



# BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss:

## Migration und Kommunalwahl

Das Thema Migration ist in aller Munde. Aus aktuellem Anlass und mit Blick auf die anstehenden Landtagswahlen in Bayern wurde die Sondersitzung des KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses in München mit Oberbürgermeistern und Landräten der CSU zum Thema „Kommunalwahl 2020“ um eine ausführliche Grußbotschaft von CSU-Generalsekretär Markus Blume, MdB, erweitert. Die Tagungsleitung oblag KPV-Landesvorsitzendem Landrat Stefan Rößle.

„Aus allen Umfragen wissen wir, dass das Flüchtlingsthema die Menschen am meisten beschäftigt“, betonte Generalsekretär Blume. Umso wichtiger sei es für die CSU, das Thema Migration zu ihrem Kernthema zu machen. „Wir wollen grundsätzlich die Asylwende in diesem Land schaffen. Gelten das Recht muss wieder zur Anwendung gebracht werden. Die ganz große Mehrheit der Bevölkerung steht in dieser Fra-

ge hinter uns. Wir handeln aus fester Überzeugung und halten konsequent Kurs: Seit Beginn der Flüchtlingskrise steht die CSU für Humanität, Integration und Begrenzung. Um die im Koalitionsvertrag festgeschriebene Obergrenze von 180.000-220.000 zu gewährleisten, müssen wir jetzt handeln und Horst Seehofers Masterplan in die Umsetzung bringen“, erläuterte der Generalsekretär.

Neben der Bekämpfung der



Markus Blume, Stefan Rößle und Jörg Kunstmann (v.l.). Bild: DK

Fluchtursachen in den Herkunftsländern gelte es, die Transitländer zu unterstützen, für eine europäische Lösung zu arbeiten und nationale Kompetenzen auszuschöpfen.

### Maßnahmenpaket

Hierzu seien u.a. folgende Maßnahmen notwendig:

- Grenzen schützen und Zurückweisungen anordnen. Seit 1. Juli unterstützt eine neue Bayerische Grenzpolizei bei dieser Aufgabe.
- Das BAMF wird vom Kopf auf die Füße gestellt. Der Ablauf der Asylverfahren muss grundlegend reformiert werden.
- Aufbau von Ankerzentren für Asylbewerber – in jedem Regierungsbezirk eines.

- Sachleistung statt Geldleistung, um Anreize zu senken.
- Die Möglichkeit für abgesenkte Asylerleistungen wird von 15 auf 36 Monate ausgeweitet.

Mit Blick auf die Landtagswahl am 14. Oktober meinte Blume: „Wir wollen auch in Zukunft Volkspartei bleiben und die absolute Mehrheit verteidigen. Wir wollen jene Wähler, die wir in den vergangenen Jahren verloren haben, zurückgewinnen. Wir müssen unseren Worten Taten folgen lassen und hart in der Sache bleiben. Glaubwürdigkeit heißt das Zauberwort.“ Hierzu soll u.a. der Haustürgewahlkampf verstärkt werden.

Grundsätzlich, so der Generalsekretär, sei die Stimmung innerhalb der CSU gut. Komrungsbezirk eines. (Fortsetzung auf Seite 4)

11. Bayerisches EnergieForum in München:

## Power für Bayerns Kommunen

zum 11. Mal veranstaltete die Bayerische GemeindeZeitung ihr EnergieForum unter dem Motto „Power für Bayerns Kommunen“. Knapp 250 Kommunalvertreter informierten sich in der historischen Gaszählerwerkstatt auf dem Gelände der SWM – Stadtwerke München GmbH einmal mehr über neue Produkte, aktuelle Dienstleistungen, konkrete Lösungsmöglichkeiten und gut funktionierende Praxis-Beispiele.

22 Aussteller, 38 Partner sowie 22 Referenten wohnten der bewährten Austauschplattform zu den Themen Energieeffizienz, Energieeinsparung, Nutzung erneuerbarer Energien und Bürgerbeteiligung bei. Kooperationspartner waren erneut Bayerischer Gemeindegtag, Bayerischer Städtetag und Bayerischer Landkreistag. Als Medienpartner fungierte einmal mehr TV Bayern live.

„In der kommunalen Energiepolitik sind immer noch viele Fragen offen; die Energie-wende ist längst nicht geschafft. Den Kommunen kommt hier ei-

ne tragende und deshalb höchst verantwortungsvolle Rolle zu“, stellte Verlegerin Theresa von Hassel in ihrer Begrüßung fest.

Einerseits hätten sie mit all ihren Immobilien und Mobilien selbst einen hohen Energiebedarf, den sie nachhaltig, sicher und preiswert decken müssen, andererseits gestalteten sie die Rahmenbedingungen für ihre Mitbürger. „Auch hier gelten die Prämissen Nachhaltigkeit, Sicherheit und Kostenkontrolle“, so von Hassel.

### Drei große Themenfelder

Bei kommunalen Energiethemen lassen sich nach ihren Worten drei große Themenfelder ausmachen: Technische Lösungsansätze, rechtliche Rahmenbedingungen und die ganz konkrete Frage, wie dies alles bezahlt werden soll.

Mit Spannung erwartet von Hassel die weitere Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur und damit zusammenhängend auch die Entwicklung der Antriebstechnologien für unsere Fortbewegungsmittel. Ihrer Ansicht nach wird der Diesel-Motor wohl schlechter geredet und geschrieben als er objektiv ist. Ob sich letztlich Elektrofahrzeuge durchsetzen, bleibe abzuwarten. „Tatsache ist, dass der Betrieb mit Gas zu einer dras-

(Fortsetzung auf Seite 2)

## Fairer Handel gewinnt an Bedeutung

1.500 bayerische „Eine Welt-Akteure“ tagten in Augsburg Politik würdigt bürgerschaftliches Engagement in Bayern

Etwa 1.500 Gäste besuchten die „Bayerischen Eine Welt-Tage“ und die „Fair Handels Messe Bayern“ in Augsburg. Dabei zeigten etwa 70 Aussteller Produkte aus dem fairen Handel.

Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth eröffnete die Veranstaltung zusammen mit der Rosenheimer Europabgeordnete Maria Noichl und den Landtagsabgeordneten Dr. Hans Jürgen Fahn, Christl Kamm und Klaus Steiner. Sie warben dabei zum Beispiel für bio-regionale faire Verpflegung in bayerischen Behörden und die Beachtung von sozialen und ökologischen Kriterien beim Einkauf durch den Freistaat Bayern.

Pfarrer Stefan Hippler aus Südafrika berichtete über die vielfältige Projektarbeit der Hope Cape Town-Stiftung und erläuterte die aktuelle politische Situation in Südafrika. Franz Maget, ehemaliger SPD-Fraktionsvorsitzender im Bayerischen Landtag, schilderte seine persönlichen Eindrücke während seiner Tätigkeit an den Deutschen Botschaften in Tunis und Kairo.

### Besondere Verantwortung von Unternehmen

Über 200 Schüler und Schülerinnen, die sich bereits im Vorfeld zu einem bayernweiten Vernetzungstreffen für „Fairtrade-Schools“ getroffen hatten, informierten sich ebenfalls über aktuelle Eine Welt-Themen und begleiteten die Eröffnung der „Bayerischen Eine Welt-Tage“ mit einem „Flash-Mob“.

Die besondere Verantwortung von Unternehmen in Entwicklungsländern mahnte die Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Dr. Bärbel Kofler MdB, an. Auch die Bundestagsabgeordnete Dr. Ulrike Bahr sowie die Landtagsabgeordneten Harald Güller, Claudia Stamm und Dr. Simone Strohmayr informier-

ten sich ausführlich über die vielfältigen Eine Welt-Aktivitäten in Bayern. Am Stand der SPD-Landtagsfraktion wurden fair gehandelte Bälle verlost.

„Eine Welt-Themen“ wurden in einem Kabarett präsentiert. Dass globales Lernen auch mobil möglich ist, vermittelte die öko-faire Lernbude. Zudem sammelte man ausgediente Handys. Mit einer gemeinsamen Aktion von bayerischen Umwelt- und Eine-Welt-Gruppen soll im Vorfeld der Landtagswahl auf globalen Themen aufmerksam gemacht werden.

### Dank an viele Initiativen

Bayerns „Eine Welt-Minister“ Georg Eisenreich hatte in einem schriftlichen Grußwort darauf hingewiesen, dass die Sorgen von Menschen in anderen Ländern auch uns etwas angehen

Die Bayerische GemeindeZeitung lädt ein:

## Dialog Wohnen

Termine: 13. Juli Moosburg; 20. Juli Wartenberg

Die Mietpreise bringen auch in den Landkreisen Freising und Erding die Mitte der Gesellschaft an ihre finanzielle Belastungsgrenze. Kommunen stehen vor der Frage, wie insbesondere bezahlbarer Wohnraum für Senioren, Alleinerziehende und junge Familien geschaffen werden kann.

Es sprechen:

- Christine Borst, 1. Bürgermeisterin Gemeinde Krailling, Vorsitzende des Verbandes Wohnen im Landkreis Starnberg
- Dr. Lore Mühlbauer und Larissa Reger, Regierung Oberbayern, Abteilung Wohnungswesen
- Dr. Christoph Maier und Markus Ostermair, baucultur project
- Maria Sommer, Hausgemeinschaft 60plus, Markt Schwaben (Wartenberg)
- Ralf Schmid, MARO Genossenschaft für selbstbestimmtes und nachbarschaftliches Wohnen eG, Ohlstadt (Moosburg a.d. Isar)
- Wolfgang Schmidt, BayernLabo, Leiter Abteilung Kommunalkredit Bayern, München

Die Kommunen sehen sich zunehmend in der Pflicht, als Wohnungsgeber selbst aktiv werden zu müssen. Wie solche Wege aussehen können und welche Unterstützung Kommunen und andere Wohnungsgeber dabei von öffentlicher und privater Seite erfahren können, beleuchtet der „Dialog Wohnen“ anhand praxisnaher Lösungsansätze in verschiedenen Formaten.

Die Termine:

- 13. Juli 2018, 9-13 Uhr, 85368 Moosburg a.d. Isar, Feyerabendhaus, Stadtplatz 14
- 20. Juli 2018, 9-13 Uhr, 85456 Wartenberg, Trachtenstadt, Thenner Str. 62

Anmeldung unter mail@baucultur.de, kostenfrei, Teilnahme nur für angemeldete Besucher, Teilnehmerzahl begrenzt.

Eine Veranstaltung in Kooperation von:

Regierung von Oberbayern | BayernLabo | Landkreis Freising | Stadt Moosburg a. d. Isar | Markt Wartenberg | baucultur project GmbH | Bayerische GemeindeZeitung

und den vielen bayerischen Initiativen gedankt, die sich dem Gedanken der Einen Welt widmen. Augsburgs Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl hatte in seinem schriftlichen Grußwort auf die Bedeutung des fairen Handels als wichtigem Baustein für weltweit auskömmliche Lebensverhältnisse hingewiesen.

Dr. Alexander Fonari, Vorstand im Eine Welt Netzwerk Bayern e.V., betonte in seiner Begrüßung, dass es viele Tausend Menschen in Bayern gibt, die sich seit langer Zeit für die „Eine Welt“ engagieren, die in Bayern jeden Tag auf tolle Weise zur Integration von Menschen beitragen und die Strukturen und Lebensweise bei uns überdenken, um nicht länger auf Kosten der Menschen in sogenannten Entwicklungsländern zu leben.



Der Bürgermeister räsoniert noch über die Gründe des aktuellen Fußball-Desasters. Dabei gelangen ihm Parallelen zum wirklichen Leben und zur großen Politik. Er ist der Meinung, dass man aus Fehlern lernen und sie deshalb ruhig auch mal zugeben kann. Seite 15

## Sie lesen in dieser Ausgabe

Vereinbarung von CSU und CDU zur besseren Ordnung, Steuerung und Verhinderung von Sekundärmigration . . . . .	Seite 2
Präsidiumssitzung des Deutschen Landkreistags . . . . .	2
Dokumentation der Hanns-Seidel-Stiftung: Eine bayerische Löwin: Mathilde Berghofer-Weichner . . . . .	2
Städte stehen vor einer digitalen Transformation . . . . .	3
DStGB-Hauptausschuss zu Sicherheit und Digitalisierung . . . . .	3
Gerd Müller: Fluchtursachen bekämpfen – wirksam helfen . . . . .	5
Kommunale Finanzthemen . . . . .	6 - 10
Kommunale Abfall- und Umweltthemen . . . . .	11 - 13
Aus den bayerischen Kommunen . . . . .	14 - 16

Präsidiumssitzung des Deutschen Landkreistags:

## Politisches Tauziehen vermeiden

„Die im Koalitionsvertrag verabredete Kommission ‚Gleichwertige Lebensverhältnisse‘ muss schnellstmöglich eingesetzt werden und darf sich nicht in Besetzungsstreitigkeiten verlieren. Wir wollen die ländlichen Räume als Wohn-, Wirtschafts- und Arbeitsort sowie als Erholungs- und Freizeitorte voranbringen“, erklärte Präsident Landrat Reinhard Sager im Rahmen der jüngsten Präsidiumssitzung des Deutschen Landkreistags im Landkreis Esslingen. Auf der Agenda standen zudem die Themen Grundsteuerreform und Langzeitarbeitslosigkeit.

„Wir erwarten von der Politik konkrete Weichenstellungen, um die Entwicklungsbedingungen für die ländlichen Räume weiter zu verbessern“, betonte Sager. Generell werde es in der Kommissionsarbeit darum gehen, die spezifischen Bedarfe ländlicher Räume herauszuarbeiten und entsprechende Lösungsansätze zu erarbeiten: „Das Beispiel der Wohnungsbaupolitik zeigt, dass Maßnahmen stets auf ihre Auswirkungen auf andere Teilräume hin betrachtet werden müssen. So konzentrieren sich Bund und Länder sehr stark auf die Verbildung des Wohnraums in großen Städten, wohingegen auf der anderen Seite in den Landkreisen die Gefahr besteht, dass Immobilien an Wert verlieren. Solche politischen Eingriffe in Marktmechanismen müssen wohlüberlegt erfolgen“, gab Sager zu bedenken. „Eines müssen wir dabei ganz klar aussprechen: Ein politisches Tauziehen zwischen städtischen und ländlichen Gebieten sollten wir möglichst vermeiden. Es muss darum gehen, jedem Teilraum gleichberechtigte Entwicklungsmöglichkeiten zu verschaffen. Das heißt nicht Gleichmacherei, sondern eine gerechte Verteilung der Zukunftschancen für Stadt und Land.“

### Turbo in die Gigabit-Gesellschaft

Die Bildung der Kommission dürfe dabei nicht zu einem Stillstand im Handeln führen. „Es gilt, die zahlreichen im Koalitionsvertrag vorgesehenen Maßnahmen zur Stärkung der ländlichen Gebiete zügig mit Finanzmitteln zu unterlegen. Ein Schwerpunkt ist hier der Breitbandausbau und die angekündigte Digitalisierungsoffensive“, fuhr der Präsident fort. So seien Digitalisierung in der Bildung, Co-Working-Spaces, Satellitenbüros, Mittelstand 4.0, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf über Heimarbeit oder E-Health ohne schnelles Internet schlichtweg undenkbar. „Hier brauchen wir einen Turbo in die Gigabit-Gesellschaft, der nur heißen kann: Glasfaser!“

Ein weiterer bedeutsamer Punkt sei eine flächendeckende

5G-Mobilfunkversorgung, die ebenfalls Bedingung dafür sei, wichtige Digitalisierungsvorhaben umzusetzen: „Bei der anstehenden Vergabe der Mobilfunkfrequenzen für die Netze der nächsten Generation müssen wirksame Auflagen zur flächendeckenden Versorgung vorgegeben werden.“

### Gemeinschaftsaufgabe Ländliche Entwicklung

Sager erwartet schließlich, dass von dem im Koalitionsvertrag vorgesehenen prioritären Ausgaben für die Bereiche Ländliche Räume und Landwirtschaft (1,5 Mrd. Euro bis 2021) der überwiegende Teil für ländliche Entwicklung bereitgestellt wird. Eine wesentliche Rolle spiele zudem die Erweiterung der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) hin zu einer Gemeinschaftsaufgabe Ländliche Entwicklung, die mit zusätzlichen Finanzmitteln ein breites Spektrum von Unternehmen und Betrieben fördere: „Dazu brauchen wir eine Grundgesetzänderung, die in diesen Wochen zusammen mit den Änderungen beim Sozialen Wohnungsbau, bei der Gemeindeverkehrsfinanzierung sowie bei der Schulinfrastruktur auf den Weg gebracht werden muss.“

Anlässlich seiner Präsidialsitzung mahnte der Landkreistag auch eine zügige und wertorientierte Reform der Grundsteuer an. Reinhard Sager forderte dazu auf, die derzeitige Debatte zur Wertabhängigkeit der reformierten Grundsteuer schleunigst zu beenden: „Ich sehe nicht, wie man nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts eine bundesgesetzliche Regelung mit einem Systemwechsel zu einer Flächensteuer rechtfertigen kann.“

### Verfassungsrechtliche Bedenken

In der aktuellen politischen Debatte werde insbesondere von Seiten der wohnungs- und grundstückswirtschaftlichen Verbände sowie der Wirtschaftsverbände sehr deutlich für ein wertunabhängiges Modell geworben. „Verfassungsrechtlich ist ein solcher Schwenk auf ein völlig neu-

es Besteuerungsmodell mit großen Risiken verbunden“ stellte der Präsident fest. Eine bundesgesetzliche Regelung, die einen Systemwechsel vornimmt, müsse sich nämlich nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts an dem verschärften Erforderlichkeitsmaßstab des Art. 72 GG messen. „Danach ist eine bundesgesetzliche Regelung nur insoweit erlaubt, wenn ohne sie gleichwertige Lebensverhältnisse nicht hergestellt oder die im gesamtstaatlichen Interesse stehende Rechts- oder Wirtschaftseinheit nicht gewahrt werden kann. Dies ist bei einer rein flächenbezogenen Grundsteuer kaum gegeben.“

### Die Grundsteuer ist eine Steuer

Gerade aus Sicht des ländlichen Raumes sei eine solche Bemessungsgrundlage auch aus Gerechtigkeitsaspekten kein gangbarer Weg. „Es wäre den Bewohnern in den vielen ländlichen Landkreisen kaum vermittelbar, wenn ihre Grundstücke künftig genauso behandelt würden wie Grundstücke in Filletlagen“, verdeutlichte Sager. Unzutreffend sei insoweit auch die Behauptung, die Grundsteuer sei eine Art „Gebühr“ für die Bereitstellung kommunaler Infrastruktur: „Das stimmt nicht. Die Grundsteuer ist eine Steuer und unabhängig von einer staatlichen Gegenleistung und damit gerade keine Gebühr.“

Eine wertunabhängige Grundsteuer sei unter Gerechtigkeitsaspekten auch mit Blick auf die Wirkungen in den Finanzausgleichssystemen nicht sachgerecht, da sich der Wohlstand gutsituierter Räume nicht mehr adäquat in den zu berücksichtigenden Steuereinnahmen widerspiegeln würde: „Ein solches Vorgehen liefe den derzeitigen Überlegungen zur Stärkung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse deutlich zuwider.“ Gerade innerhalb eines Landes wären die Fehlwirkungen sehr stark, da die kommunalen Finanzausgleiche nicht die Ländersteuereinnahmen, sondern nur das Aufkommen der Kommunalsteuern einbeziehen. „München würde damit künftig zu Lasten der übrigen Räume in Bayern im Vergleich zu heute als weniger steuerstark behandelt werden, obwohl sich real nichts verändert hat. Das kann nicht gewollt sein“, so der DLT-Präsident.

Eine Absage erteilte er schließlich auch Überlegungen, die Hebesätze der Gemeinden automatisch und aufkommensneutral anzupassen, weil damit die verfassungsrechtlich geschützte kommunale Steuerhoheit umgangen würde. Hebesatzanpassungen seien allein von den Städten und Gemeinden vorzunehmen. Außerdem müssten sich einige politische Akteure von der absurden Vorstellung verabschieden, eine wertberichtigende Reform dürfe für die einzelne Gemeinde weder zu Zuwächsen noch zu Einbußen führen. „Das hieße ja am Ende nur: Wir lassen alles beim Alten und passen die Grundstückswerte gerade nicht an die aktuelle Situation an. Das ist aber nicht Sinn und Zweck der notwendigen Reform – was ja auch das Bundesverfassungsgericht sehr deutlich zum Ausdruck gebracht hat.“

Mit Blick auf die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit meinte der DLT-Präsident: „Wir dürfen uns nicht damit zufriedengeben, dass die Arbeitslosigkeit auf einem historischen Tiefstand ist. Gerade in dieser guten konjunkturellen Situati-

on müssen wir den harten Kern der Langzeitarbeitslosen anpacken, die schon viele Jahre nicht in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Die Jobcenter brauchen hierfür flexiblere Instrumente und ausreichende Finanzmittel.“ Darüber hinaus bedürfe es weiterer Rechtsvereinfachungen, die auch Ressourcen für eine intensivere Betreuung der Leistungsberechtigten freisetzen.

Allerdings warnte Sager vor einer erneuten Systemdiskussion. „Ohne Wenn und Aber: Hartz IV mit dem austarierten Verhältnis von Fördern und Fordern hat sich bewährt. Die Reform ist mitverantwortlich dafür, dass Deutschland in Sachen Beschäftigung heute so gut da steht.“ Daran hätten die Jobcenter großen Anteil.

Wesentlich sei, langzeitarbeitslose Menschen wieder in Lohn und Brot zu bringen. „Wir halten staatliche Unterstützung zwar für notwendig, nicht aber für eine Dauerlösung im Lebenslauf der Menschen.“ Daher habe das DLT-Präsidium mit dem Papier „Langzeitarbeitslosigkeit wirksam bekämpfen – Jobcenter stärken“ eine Reihe von Vorschlägen zur Weiterentwicklung des SGB II beschlossen, derer sich die Politik annehmen sollte.

Dazu gehöre vor allem, für die bestmöglichen Instrumente und Handlungsmöglichkeiten zu sorgen. Die Intensität und Qualität der Unterstützung erwerbsloser Menschen durch die Jobcenter müsse auf stärkere Füße gestellt werden. „Der Bund muss den Mittelansatz deutlich erhöhen“, betonte Sager. „Wir empfinden es als verquer, dass wir beim Bund Jahr für Jahr um jeden zusätzlichen Euro z. B. für die Personalausstattung der Jobcenter kämpfen müssen, wo doch offen auf der Hand liegt, dass die Mittel für den laufenden Betrieb fast in einer Größenordnung von 1 Mrd. Euro pro Jahr unterzeichnet sind. Das ist ein unwürdiges Schauspiel auf den Schultern der Menschen, die auf unsere Hilfe angewiesen sind.“

### 4 Mrd. Euro zusätzlich für Jobcenter

Die Jobcenter verfügten pro erwerbsfähigem Leistungsberechtigten nur über ein Fünftel der Mittel, die den Arbeitsagenturen im Rahmen der Arbeitslosenversicherung zur Verfügung stehen – obwohl es deutlich aufwendiger und anspruchsvoller ist, Langzeitarbeitslose in den Arbeitsmarkt zu integrieren. „Von daher ist zu begrüßen, dass der Koalitionsvertrag die Jobcenter in dieser Legislaturperiode mit 4 Mrd. Euro zusätzlich ausstattet. Dies sorgt aber noch immer nicht für eine auskömmliche Finanzierung.“

Was den Ausbau des Sozialen Arbeitsmarktes anbelangt, begrüßt der Deutsche Landkreistag das geplante SGB II-Teilhabechancengesetz mit neuen Regelungen für langzeitarbeitslose Menschen: „Die Ausgestaltung muss möglichst viele Personen erreichen. Zugleich müssen die Arbeitsmöglichkeiten arbeitsmarktnäher ausgestaltet werden können, um einen Beitrag zur Integration leisten.“

Darüber hinaus seien dringend weitere rechtliche Vereinfachungen nötig. „Die gesetzlichen Regelungen sind derart kompliziert, dass zu viele Mitarbeiter der Jobcenter mit der Berechnung der Geldleistungen befasst sind. Hier müssen wir konsequent entschlacken. So enthält der Koalitionsvertrag beispielsweise gute Ansätze in Bezug auf das Bildungspaket, um den Verwaltungsaufwand in den Jobcentern zu mindern.“

Sie war eine Pionierin, die Maßstäbe setzte. Das Leben der gläubigen Katholikin war von einer christlichen Grundhaltung

Veröffentlichung von CDU und CSU:

### Vereinbarung zur besseren Ordnung, Steuerung und Verhinderung der Sekundäremigration

1. Wir vereinbaren an der deutsch-österreichischen Grenze ein neues Grenzregime, das sicherstellt, dass wir Asylbewerber, für deren Asylverfahren andere EU-Länder zuständig sind, an der Einreise hindern.
2. Wir richten dafür Transitzentren ein, aus denen die Asylbewerber direkt in die zuständigen Länder zurückgewiesen werden (Zurückweisung auf Grundlage einer Fiktion der Nicht-einreise). Dafür wollen wir nicht ungestimmt handeln, sondern mit den betroffenen Ländern Verwaltungsabkommen abschließen oder das Benehmen herstellen.
3. In den Fällen, in denen sich Länder Verwaltungsabkommen über die direkte Zurückweisung verweigern, findet die Zurückweisung an der deutsch-österreichischen Grenze auf Grundlage einer Vereinbarung mit der Republik Österreich statt.

Montag, 2. Juli 2018



„Mathilde Berghofer-Weichner leistete wesentliche Beiträge zur Verwirklichung der Gleichberechtigung. Aber auch sie musste erfahren, dass es Rückschritte gab, dass jahrhundertalte Vorurteile nur mühsam abzubauen waren, dass eingefahrene Strukturen schwer aufzubrechen sind. Ihre herausgehobene Stellung nutzte sie jedoch, um frauenpolitisch Stellung zu beziehen und etwas zu bewegen“, so Prof. Ursula Männle, Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung (li.). Mit einer umfangreichen Dokumentation würdigte sie die große Politikerin in hervorragender Weise.

Bild: Winfried Rabanus/ACSP

Dokumentation der Hanns-Seidel-Stiftung:

## Eine bayerische Löwin: Mathilde Berghofer-Weichner

Die erste Politikerin im bayerischen Kabinett

„Zu den wenigen Frauen, die man als eine der ersten auf der politischen Bühne der Bundesrepublik Deutschland bezeichnen kann, gehörte eine Frau aus dem in Sachen Frauenemanzipation landläufig als rückständig geltenden Freistaat Bayern: Dr. Mathilde Berghofer-Weichner.“, schreibt die Biographin Annelies Amberger.

Fast überall war Mathilde Berghofer-Weichner die „Erste“. Jung, mit 25 Jahren, kandidierte sie 1956 als erste Frau überhaupt für ihren örtlichen Gemeinderat in Gauting. Sie gewann und man übertrug ihr, da sie sich ja erst einmal bewähren musste, als jüngstes Mitglied das Friedhofsreferat. Mit 37 Jahren wurde sie 1968 die erste stellvertretende CSU-Parteivorsitzende und machte die Frauen nicht nur sichtbar, sondern auch hörbar.

### Die erste Frau im bayerischen Kabinett

Einige Jahre später, 1974, wurde sie als Staatssekretärin im Kultusministerium die erste Frau im bayerischen Kabinett, und als Justizministerin war sie dort dann ab 1986 die erste Ministerin. Auf dem Höhepunkt ihres Weges als Politikerin trat sie 1988 als erste Frau das Amt der ersten stellvertretenden Ministerpräsidentin an.

Wer war diese Frau, die zumindest von außen betrachtet eine für ihre Zeit beachtliche Karriere als Frau in der Politik machte?

„In China gibt es ein Schriftzeichen, das gleichzeitig Mensch und Mann bedeutet. Auch im Englischen, im Französischen und in vielen anderen Sprachen gibt es für beide Begriffe nur ein einheitliches Wort. Unsere deutsche Sprache ist also geradezu fortschrittlich, hier eine Unterscheidung zu machen und zu zeigen, daß „Menschheit“ nicht gleich „Mannheit“ ist.“

Sie war eine Pionierin, die Maßstäbe setzte. Das Leben der gläubigen Katholikin war von einer christlichen Grundhaltung

geprägt. Mit klaren Positionen, aufrechter Haltung und einer großen Portion Humor verfolgte sie ihre politischen Ziele. Sie hatte daneben eine Fülle von Ehrenämtern inne. Sie engagierte sich im Landesvorstand des Bayerischen Roten Kreuzes, sie war als stellvertretende Landesvorsitzende des VdK tätig, sie arbeitete lange im Pfarrgemeinderat ihrer Heimatpfarre und gehörte von 1994 bis 2002 der Hanns-Seidel-Stiftung als Mitglied an.

Vor zehn Jahren, am 29. Mai 2008 verstarb sie nach langer, schwerer, geduldig ertragener Krankheit in München.

### Eine Pionierin mit klaren Positionen

Um ihre beachtlichen Leistungen zu würdigen, gibt die Hanns-Seidel-Stiftung anlässlich ihres 10. Todestages einen Sammelband heraus.

Erstmals wurden eine Reihe bisher unzugänglicher Archivalien für eine ausführliche Biographie wissenschaftlich ausgewertet. Darüber hinaus berichten mehr als 20 Zeitzeugen und Wegbegleiterinnen über sie als Person und Politikerin. Zahlreiche Fotos illustrieren ihren eindrucksvollen Lebensweg, die privaten Stationen ebenso wie ihre beruflichen und politische Karriere.

Eine dieser Wegbegleiterinnen ist die Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung, Prof. Ursula Männle. Sie präsentierte dieser Tage als Herausgeberin die Publikation „Eine starke Frau in der Politik. Mathilde Berghofer-Weichner (1931-2008)“. Das überaus lesenswerte Dokument kann über die Hanns-Seidel-Stiftung bezogen werden. □

### Wir gratulieren

#### ZUM 75. GEBURTSTAG

Bürgermeister Peter König  
95700 Neusorg  
am 8.7.

#### ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Klaus Habermann  
86551 Aichach  
am 9.7.

#### ZUM 60. GEBURTSTAG

Landrat Anton Speer  
82467 Garmisch-Partenkirchen  
am 12.7.

Bürgermeister  
Stephan Heckel-Michel  
95361 Ködnitz  
am 13.7.

Bürgermeister  
Georg Wagner  
94345 Aholting  
am 13.7.

#### ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Helmut Zech  
85235 Pfaffenhofen a. d. Glonn  
am 7.7.

#### ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Jörg Fritsch  
91224 Pommelsbrunn  
am 14.7.

#### ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Christian Seeberger  
87746 Erkheim  
am 9.7.

#### ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Florian Gams  
94474 Vilshofen  
am 13.7.

Bürgermeister Jonas Merzbacher  
96163 Gundelsheim  
am 14.7.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Oberbürgermeisterkonferenz des Bayerischen Städtetags:

## Städte stehen vor einer digitalen Transformation

Digitale Möglichkeiten verändern die Erwartungen an die Verwaltung und die Rathäuser, an die Teilhabe an Entscheidungen und an die Gestaltung des öffentlichen Raums. Die digitale Transformation erfasst den gesamten Wirkungsbereich der Städte. Anwendungsfelder ergeben sich bei Mobilität, Verwaltung, Daseinsvorsorge, Energieversorgung, Wohnungsbau und dem digitalen Klassenzimmer – dies sind einige Bereiche, die bei der Oberbürgermeisterkonferenz des Bayerischen Städtetags im Augsburger Rathaus mit Georg Eisenreich, Staatsminister für Digitales, diskutiert wurden.

„Die Digitalisierung ist ein weltweiter Megatrend, der alle Lebensbereiche mit einer unglaublichen Geschwindigkeit durchdringt“, betonte der bayerische Digitalisierungsminister Georg Eisenreich auf der fünften Konferenz der Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister des Bayerischen Städtetags in Augsburg. Es gehe um die Transformation der Politik, der Verwaltungen, der Wirtschaft und der Gesellschaft in ein digitales Zeitalter. Eisenreich sieht in der Digitalisierung einen historischen Umbruch, der für die globale Wirtschaft eine disruptive Entwicklung bringe. Bayern habe viel Substanz in Industrie, Wissenschaft, Mittelstand und Handwerk, „aber wenn wir schlafen, können wir viel verlieren“. Die Staatsregierung möchte diese Herausforderung annehmen und die Chancen ergreifen, damit in einem langen Prozess alle Bürgerinnen und Bürger in allen Teilen Bayerns profitieren. Dafür müsse die digitale Transformation überall – in Wirtschaft, Politik und in den Rathäusern – zur Chefsache gemacht werden.

### Schnelles Internet unabdingbar

Eine flächendeckende technische Infrastruktur und eine moderne Breitband- und Mobilfunkversorgung sind Voraussetzungen der digitalen Transformation, sagte der Geschäfts-

fürher des Bayerischen Städtetags, Bernd Buckenhofer: „Für autonomes Fahren oder den Austausch riesiger Datenmengen braucht es schnelles Internet. Es geht neben dem Ausbau einer leistungsfähigen digitalen Infrastruktur darum, Strategien zu entwickeln, wie sich öffentliche Verwaltungen auf den digitalen Wandel einstellen können – immer mit dem gebotenen Respekt vor den Daten der Menschen.“ Städte erbringen ihre Daseinsvorsorge für alle, für technisch affine Menschen ebenso wie für Menschen, die in der analogen Welt verwurzelt sind, weil sie sich etwa wegen ihres Alters oder der Kosten für IT-Geräte von der digitalen Welt ausgeschlossen sehen. Die digitale Transformation darf keinen Menschen zurücklassen.

### Aktiv den Wandel gestalten

Die Stadt von morgen ist weit mehr als die Stadt von heute mit WLAN-Hotspot und intelligenter Straßenbeleuchtung. Rasante technische Innovationen erschließen neue Möglichkeiten und Wirtschaft an die Kommunen wecken. Die Stadt von morgen ist eine Stadt, die ein ausgewogenes und nachhaltiges Verhältnis von Ökonomie, ökologischer Tragfähigkeit und sozialer Verträglichkeit finden muss. Städte müssen ertüchtigt werden, damit sie den Rahmenbedingungen der rasanten tech-

nischen Innovationen und den gesellschaftlichen Veränderungen nicht hinterherlaufen, sondern aktiv den Wandel mit gestalten.

Der Bayerische Städtetag hat sich im Austausch mit den Mitgliedern in den vergangenen Jahren bereits mit wichtigen Aspekten der digitalen Transformation befasst und möchte daraus gewonnene Erkenntnisse in den kommenden Jahren zusammenführen und weiterentwickeln, um die Mitglieder bei den vielerorts bereits angestoßenen Prozessen zu unterstützen.

### Serviceorientierte Aufgabenerfüllung

Die Kommunen stehen bei der digitalen Transformation vor großen Herausforderungen. Städte müssen bei der Beschleunigung von Kommunikation mit der Bürgerschaft ein richtiges Maß finden: Kommunen wägen bei ihren Aktivitäten die Chancen und Risiken von technischen Innovationen ab. Es muss neben der nötigen Offenheit für neue Technologien gleichzeitig Datensicherheit gemäß den Prinzipien einer verantwortungsvollen Verwaltung bestehen. So wächst ein Spannungsfeld einerseits zwischen der Erschließung neuer Datenquellen und

der Veredelung von Daten sowie andererseits dem Datenschutz und dem Persönlichkeitsschutz.

Die Oberbürgermeister beschäftigte in der Diskussion der Zielkonflikt zwischen Datensicherheit und Datenschutz sowie einer serviceorientierten Aufgabenerfüllung. Große US-Firmen setzen durch benutzerorientierte Dienste Maßstäbe, die aus rechtlichen Gründen nicht 1:1 auf die öffentliche Hand übertragbar sind. Der ambivalente Umgang mit Daten im privaten Bereich und hohe Ansprüche an den Datenschutz der öffentlichen Hand erschwere die Bemühungen. Nach Einschätzung der Oberbürgermeister müssen Städte mittelfristig ein digitales und analoges Angebot bereitstellen. Die Fülle an neuen Aufgaben erfordert neues Personal.

### Digitales Klassenzimmer

Ein weiterer Diskussionspunkt bei der OB-Konferenz war der digitale Unterricht: Das digitale Klassenzimmer ist mehr als die Weiterentwicklung der grünen Tafel. Mit modernen Geräten ist es nicht getan. Technik hat eine dienende Funktion für Pädagogik. Laptops, Tablets und interaktive Whiteboards müssen im Unterricht sinnvoll zum Einsatz kommen. Die Finanzierung darf nicht allein den Kommunen auferlegt werden. Die Ausstattung der Schulen mit Informationstechnologie ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Freistaat und Kommunen.

Quelle: Informationsbrief des Bayerischen Städtetags

### DStGB-Hauptausschuss in Bad Zwischenahn:

## Sicherheit und Digitalisierung

Das Sicherheitsempfinden in der Bevölkerung zu stärken und konsequent gegen Bedrohungen vorzugehen, sieht der Deutsche Städte- und Gemeindebund als Aufgabe aller politischen Ebenen in Deutschland an. Mögliche Schritte, um diesen Zielen gerecht zu werden, könnten ein Ausbau der Polizeipräsenz in der Fläche sowie unterschiedliche Maßnahmen auf kommunaler Ebene sein, erläuterten der Erste Vizepräsident des DStGB, Bürgermeister Roland Schäfer, und Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg bei einer Sitzung des Hauptausschusses in Bad Zwischenahn.

„Zu einem verbesserten Sicherheitsgefühl müssen alle zuständigen Akteure beitragen. Wir müssen der zunehmenden Verunsicherung bei Bürgerinnen und Bürgern wirksam begegnen und dafür Sorge tragen, dass das Vertrauen in den Rechtsstaat keinen Schaden nimmt“, erklärten Schäfer und Landsberg. Deutschland sei nach wie vor eines der sichersten Länder der Welt. Die Zahl der Straftaten sei, wie die letzte Kriminalstatistik zeigt, rückläufig. Gleichwohl gebe es in Teilen der Bevölkerung ein tiefes Gefühl der Verunsicherung und Angst, etwa davor, Opfer einer Straftat zu werden. „Das geht so weit, dass die Menschen bestimmte Plätze und Gegenden in ihrer Stadt oder Gemeinde meiden und insbesondere in den Abendstunden nur mit Angstgefühlen aufsuchen. Dem muss wirksam begegnet werden“, betonten die beiden DStGB-Repräsentanten.

### Mehr sichtbare Polizeipräsenz

Dazu gehört aus Sicht des Deutschen Städte- und Gemeindebundes insbesondere mehr sichtbare Polizeipräsenz in der Öffentlichkeit. Aber auch kommunale Maßnahmen, etwa auf der Grundlage von Bürgerdialogen, könnten zu einem verbesserten Sicherheitsgefühl beitragen. „Teilweise sind es recht einfache Maßnahmen, die eine große Wirksamkeit haben. Hier kann es unter anderem um die Verbesserung der Beleuchtung, die Veränderung der Sichtverhältnisse durch bauliche Maßnahmen, mehr Videoüberwachung oder verstärkte Kontrollen durch die Ordnungsämter

gehen“, führten Schäfer und Landsberg aus.

### Vertrauen in den Rechtsstaat scheint zu schwinden

Mit Sorge beobachtet der DStGB, dass das Vertrauen der Bevölkerung in den Rechtsstaat und insbesondere auch in die Justiz geringer zu werden scheint. Nach jüngsten Umfragen vertrauen ihr nur noch 43 Prozent in hohem Maße. „Es ist Aufgabe der Politik, hier klare Signale zu setzen. Recht und Gesetze müssen nicht nur gelten, sondern auch konsequent angewandt werden. Gerade die Bewältigung der Flüchtlingskrise hat bei vielen Menschen – teilweise von Skandalisierungen begleitet – Zweifel an der Umsetzung des Rechts genährt. Deshalb ist es wichtig und richtig, Personen, deren Asylantrag rechtskräftig abgewiesen wurde, auch konsequent in das Herkunftsland zurück zu führen“, unterstrichen die Verbandsvertreter.

Nur so könne die notwendige Akzeptanz für eine humane Flüchtlingspolitik zu Gunsten der wirklich Verfolgten gestärkt werden. Die von der großen Koalition vereinbarten Ankerzentren könnten die entsprechenden Abläufe erleichtern und insbesondere sicherstellen, dass Personen ohne Bleibeperspektive nicht auf die Kommunen verteilt werden. „Integration ist und bleibt für die Kommunen eine Herkulesaufgabe. Wir müssen uns auf die Menschen konzentrieren können, die aller Voraussicht nach langfristig bei uns bleiben werden.“

MehrTempo fordert der DStGB dagegen bei der Umsetzung der Digitalisierung in Deutschland. Gerade bei der Schaffung

### Investitionspakt Soziale Integration im Quartier:

## Gute Investitionen in den Zusammenhalt vor Ort

Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat stellt den Ländern jährlich 200 Millionen Euro zur Förderung von sozialen Infrastrukturen zur Verfügung. Dies wurde beim Bundeskongress zum Förderprogramm „Investitionspakt Soziale Integration im Quartier – ein Beitrag zum sozialen Zusammenhalt vor Ort“ in Berlin bekannt gegeben.

Die Kommunen können mit der Förderung des Bundes und der Länder, die aufgrund des hohen Bedarfs bis zum Jahr 2020 fortgesetzt wird, ihre Kitas, Schulen, Bürgerzentren, Jugendfreizeittreffs oder Sportanlagen sanieren und damit neue Orte für Bildung, Austausch und Begegnung schaffen. Der Erhalt und die Sanierung dieser sozialen Infrastruktur in großen Städten wie in kleineren Gemeinden legen den Grundstein für einen besseren Zusammenhalt der Gesellschaft sowie für die Integration aller in der Nachbarschaft lebenden Menschen.

Rund 200 Teilnehmende aus Politik, Verwaltung, Praxis und der Wissenschaft diskutierten, wie die Angebote sozialer Infrastrukturen vor Ort den gesellschaftlichen Zusammenhalt und Integration in unseren Städten und Gemeinden ganz konkret unterstützen können. Erfahrungen und spannende Praxisbeispiele des Investitionspaktes „Soziale Integration im Quartier“ aus den Kommunen wurden ebenfalls vorgestellt.

### Das Förderprogramm wird fortgeführt

Der Bund hat das Förderprogramm Investitionspakt „Soziale Integration im Quartier“ im vergangenen Jahr gestartet. Bund und Länder unterstützen damit die Kommunen bei ihren Maßnahmen zum Umbau und der Sanierung von sozialen Infrastrukturen. Das Programm ist eine Gemeinschaftsleistung von Bund, Ländern und Kommunen. Der Bund trägt mit 75 Prozent den größten Anteil der förderfähigen Kosten.

Schon im ersten Förderjahr kamen bundesweit 235 kommunale Maßnahmen in den Genuss der Förderung. Der Förderbedarf der Kommunen ist jedoch deutlich größer. Im aktuellen Koalitionsvertrag haben sich die CDU/CSU und SPD darauf verständigt, das Förderprogramm mit 200 Millionen Euro in den Folgejahren fortzuführen. □

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund forderte zudem, dass Bund, Länder und Kommunen sich auf einheitliche und verbindliche Standards bei der Digitalisierung verständigen und einen Flickenteppich unterschiedlicher Regeln vermeiden. „Viele Vorschriften, die bislang ausschließlich analoge Verfahren vorschreiben, müssen mit Blick auf die zukünftig digitale Umsetzung angepasst werden.“ Nicht zuletzt gelte es, Optimismus und eine positive Veränderungskultur zu etablieren. „Wir müssen den Sorgen der Menschen vor der Digitalisierung wirksam begegnen und den Nutzen der neuen Services in den Blick nehmen. Es muss der Grundsatz gelten: Risiken erkennen und beherrschen, Chancen nutzen“, so Schäfer und Landsberg abschließend. DK

### DSGVO:

### Bundesratsinitiative gegen Abmahn-Missbrauch

Der Ministerrat beschloss einen Gesetzentwurf zur Anpassung zivilrechtlicher Vorschriften an die Datenschutz-Grundverordnung, den Bayern in den Bundesrat einbringen wird. Damit sollen nach Justizminister Prof. Dr. Winfried Bausback die Bürger besser gegen unseriöse Abmahnpraktiken geschützt werden.

Gerade bei Vereinen sowie kleinen und mittleren Unternehmen bestehe erhebliche Sorge, Opfer unseriöser Abmahnpraktiken zu werden und beispielsweise wegen potenziell fehlerhafter Datenschutzerklärung auf der Homepage mit Klagen überzogen zu werden.

Der Gesetzentwurf soll künftig sicherstellen:

- Keine Abmahnmöglichkeit durch (angebliche) Mitbewerber, sondern nur durch bestimmte Verbraucherschutzverbände.
- Keine Abmahnmöglichkeit wegen einer Datenschutzerklärung auf der Homepage eines Unternehmers, die allein an formellen Fehlern leidet.
- Keine Abmahnmöglichkeit, wenn Daten allein zum Zweck der Vertragsabwicklung verarbeitet werden. □

## Dreimal Gold für Bayerns zukunftsfähigste Dörfer

München – Die Landessieger des 26. Wettbewerbs „Unser Dorf hat Zukunft“ stehen fest. Wie Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber nach Entscheidung der Jury in München mitteilte, gehen die Goldmedaillen an Gestratz (Lkr. Lindau), Hellmitzheim (Stadt Iphofen, Lkr. Kitzingen) und Niederwinkling (Lkr. Straubing-Bogen). Die drei Golddörfer werden Bayern im nächsten Jahr beim Bundesentscheid vertreten.

Fünf Dörfer erhalten eine Silbermedaille, sieben weitere Bronze. Darüber hinaus werden fünf Sonderpreise verliehen. Die Ministerin gratulierte den ausgezeichneten Dörfern: „Das ist die verdiente Würdigung eines außerordentlichen Einsatzes für unsere Heimat Bayern.“

Den Sonderpreis des Bayerischen Landwirtschaftsministeriums erhält Asten (Stadt Tittmoning, Lkr. Traunstein) für die Zukunftssicherung der Dorfwirtschaft durch einen genossenschaftlichen Betrieb. Die beiden Sonderpreise des Bayerischen Landesverbands für Gartenbau und Landespflege erhalten die Gemeinde Harsdorf (Lkr. Kulmbach) für Umweltbildung von Kindern und Jugend sowie Heidelberg (Große Kreisstadt Selb, Lkr. Wunsiedel i. Fichtelgebirge) für den Erhalt des kulturhistorischen Rechtlergartens. Der Sonderpreis des Verbands Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Bayern geht an den Markt Lam (Lkr. Cham) für die Gestaltung des Friedhofs. Mit dem Sonderpreis der Bayerischen Architektenkammer wird die Gemeinde Moos (Lkr. Deggendorf) für ein Projekt neuer kompakter Wohnformen zur Stärkung der Innenentwicklung ausgezeichnet. Die Ministerin wird allen 15 Siegerdörfern ihre Preise am 24. November in Veitshöchheim bei der Abschlussfeier überreichen.

Eine 18-köpfige Bewertungskommission mit Fachleuten aus Verbänden, Institutionen und Kommunen hatte die Siegerdörfer aus allen Regierungsbezirken zuvor intensiv begutachtet. Insgesamt hatten sich am Wettbewerb, der alle drei Jahre stattfindet, diesmal 237 Dörfer aus dem ganzen Freistaat beteiligt. Die Ministerin bezeichnete den Dorfwettbewerb als „die bedeutendste Bürgerinitiative Bayerns“. Er trage dazu bei, die Lebensqualität in den Gemeinden zu verbessern. In mehr als 50 Jahren haben sich über 27.000 bayerische Dörfer daran beteiligt. Während in den Nachkriegsjahren der Wettbewerb noch von der Verbesserung des äußeren Erscheinungsbilds der Dörfer geprägt wurde, liegen die Schwerpunkte heute auf den Themen Nachhaltigkeit, Zusammenarbeit, Ökologie und Wirtschaft. Detailinformationen zum Wettbewerb finden sich auch im Internet unter [www.dorfwettbewerb.bayern.de](http://www.dorfwettbewerb.bayern.de). □

## Migration und Kommunalwahl ...

(Fortsetzung von Seite 1)  
pass und Motivation stimmten. Dabei „sind uns die Kommunen nach wie vor lieb und teuer“. Den kommunalen Frieden zu wahren, sei Maßgabe für die Zukunft, unterstrich Blume abschließend.

### Wahlverhalten wissenschaftlich betrachtet

Über das „Wahlverhalten mit Schwerpunkt Bayern“ informierte Dr. Gerhard Hirscher, Referent der Hanns-Seidel-Stiftung. Seinen Ausführungen zufolge sinken seit 1949 tendenziell die Stimmenanteile großer Parteien. Die klassischen politischen Lager werden weniger, das bürgerliche Lager zerfällt in immer mehr Einzelteile.

Nach einer hohen Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen im vergangenen Jahr wiesen die 16 Bundesländer nunmehr 13 Regierungsmodelle auf. Hirscher verwies auf eine Tendenz hin zu „Volatilität und geringerer Ausschöpfungsquote“, d.h. die Bereitschaft zum Wechsel nimmt in allen Altersgruppen zu. Die Masse an Stammwählern wird weniger. Schwankungen innerhalb kurzer Zeit sind mittlerweile die Regel.

Die „weitere Alterung der Wählerschaft“ spiele eine entscheidende Rolle, so Hirscher. Ältere Jahrgänge gingen deutlich häufiger zur Wahl. Wahlberechtigte in Deutschland hätten inzwischen ein Durchschnittsalter von 53 Jahren erreicht. Auch nähmen Glaubwürdigkeit und Vertrauen in Einzelpersonen bei der Wahlentscheidung breiteren Raum ein.

Zudem sei ein deutlicher Trend in Richtung Briefwahl erkennbar. Bei der jüngsten Bundestagswahl stimmten in Bayern immerhin 37,3 % der Wähler per

## Power für Bayerns ...

(Fortsetzung von Seite 1)  
tischen Schadstoffreduzierung führen würde und diese Technologie völlig ausgereift zur Verfügung steht“, betonte die Verlegerin.

Hausherr Dr. Florian Bieberbach, Geschäftsführer der Stadtwerke München GmbH, wartete mit einigen Anmerkungen zur Tagungsstätte auf. Die historische Gaszählerwerkstatt steht unter Denkmalschutz. 1906 wurde das architektonisch interessante Gebäude errichtet und diente 60 Jahre lang den Münchner Stadtwerken als Montagehalle. Heute wird es für vielfältige Veranstaltungen genutzt.

Das Gelände steht laut Bieberbach symbolisch für die Änderung der kommunalen Energieversorgung bzw. der kommunalen Daseinsvorsorge in den vergangenen 100 Jahren. Der Campus ist inzwischen ein von neuen Technologien dominierter Standort. Dort ist die in den vergangenen 20 Jahren aufgebaute Telekommunikations-tochter der Stadtwerke ebenso zu finden, wie ein Technologiezentrum mit Start-ups, Ladesäulen für Elektroautos sowie Photovoltaikanlagen. Demnächst ist auch wieder ein autonomer Shuttlebus im Einsatz.

### Doku in GZ 15/16

In Ausgabe 15-16/2018 der Bayerischen Gemeindezeitung (Erscheinungsdatum: 2. August) wird eine Sonderdokumentation der Tagung veröffentlicht. Unter <http://www.bayerisches-energieforum.de> stehen die Vorträge zum Download bereit. DK

Brief ab, wobei in der CSU-Wählerschaft große Unterschiede zwischen Jung und Alt den Urnen- und Briefwahlergebnissen festzustellen seien.

Interessant auch: „Die AfD nährt sich aus dem Nichtwählerbereich und kleinen Parteien und nicht aus der Masse der CDU/CSU-Wähler.“ Am stärksten punktet die AfD bei den mittleren Altersgruppen mit mittleren Bildungsabschlüssen. Grundsätzlich sieht sich der bayerische Wähler Hirscher zufolge „leicht links von der Mitte“ angesiedelt. Damit folgt er dem Empfinden des Rests der Republik.

### Die Bürger begeistern

„Den Bürger begeistern“ mit den Mitteln eines wirkungsvollen Marketings und modernem Veranstaltungsmanagement lautet nach den Worten von Wilhelm Graf, Leiter Marketing und Veranstaltungen der CSU-Landesleitung, die Strategie der CSU. Wichtig ist aus seiner Sicht die Einheitlichkeit des CSU-Logos. Freilich sei nicht nur die CSU eine Marke, sondern auch der sich zur Wahl stellende Kandidat. Die CSU biete hierzu PR-Schulungen an. Zudem könne man mit diversen Veranstaltungsformaten wie einem CSU-Messestand (siehe After Work-Party, „Lounge in the City“), dem Stammtisch oder dem CSU-Eventtrailer, verteilt auf alle Bezirksverbände, aufwarten. All diese Formate trügen dazu bei, „Näher am Menschen“ zu sein, informierte Graf.

Werbemittel könnten kostenlos über die Landesleitung bestellt werden, zudem sei eine kostenfreie Ausleihe von Versuchsmobiliar wie einer CSU-Couch im CSU-Shop möglich. Auch steht allen Parteimitgliedern die neue Online-Plattform „CSU kreativ“, ein web-to-print-Service der LaLei, zur Verfügung. Hier können Plakate, Flyer, Visitenkarten usw. online individuell gestaltet und fertige Drucksachen für die Druckerei heruntergeladen werden. Auch ist es möglich, gestaltete Printmittel direkt und günstig drucken zu lassen.

### Soziale Medien vor Ort

„Unsere Gesellschaft verändert sich. Eine Homepage ist mittlerweile Pflicht. Kommunikation aber läuft anders“, stellte Andreas Weisser, Leiter Digitale Kommunikation der CSU-Landesleitung zum Thema „Soziale Medien vor Ort“ fest. Mittlerweile werde Social Media durchschnittlich zwei Stunden pro Tag eingeräumt. Facebook bietet Chancen für Institutionen, Marken und Personen, klare Botschaften zu transportieren.

Das Augenmerk gelte digitalen Reichweiten und dem Aufbau einer Community, dem Dialog mit Usern und Bürgern sowie der Interaktion von Usern mit CSU-Inhalten. Exemplarisch nannte Weisser digitale Innovationen wie Instagram, Periscope als erste Live-Video-App, Snapchat oder Chatbot im Facebook Messenger. Weisser: „Unsere Erfolgsbasis sind die Mitglieder. Wichtig ist, dass bei unseren digitalen Aktivitäten der CSU-Vernetzungscharakter deutlich zum Vorschein kommt.“

### Änderungen im Bayerischen Kommunalwahlrecht

Zum Abschluss der Sonder-sitzung informierte CSU-Justiziar Florian Meißner über Änderungen im Bayerischen Kommunal(-wahl-)recht, die der Landtag im Februar dieses Jahres beschlossen hat. Da gerade auch von aktiven Kommunalpo-

litikern immer wieder Nachfragen kamen, berichtete Meißner kurz über politisch relevante Punkte.

**1. Neues Auszählverfahren:** Das Auszählverfahren bei der Umrechnung von Stimmen in kommunale Mandate bei der Besetzung von Stadt- und Gemeinderäten sowie Kreis- und Bezirkstagen wurde vom Verfahren nach Hare/Niemeyer in das Auszählverfahren nach Sainte-Lague/Schepers geändert. Das neue Verfahren, das auch bei der Bundestagswahl angewandt wird, bildet nach Auskunft von Experten den Wählerwillen am gerechtesten ab. Hare/Niemeyer bevorzugte tendenziell kleinere Parteien, das Verfahren nach d'Hondt hätte größere Parteien bevorzugt.

**2. Abschaffung von Listenverbindungen:** Ab der Kommunalwahl 2020 sind Listenverbindungen mehrerer Parteien oder Gruppierungen nicht mehr erlaubt. Demzufolge ist es nicht mehr möglich, zwei Listen so zu verbinden, dass diese bei der Verteilung der Sitze rechnerisch wie ein einziger Wahlvorschlag behandelt werden. Anmerkung: Es handelt sich hierbei um zwei unterschiedliche Listen! Gemeinsame Wahlvorschläge, bei denen Mitglieder verschiedener Parteien- bzw. Wählergruppen von vornherein auf einer gemeinsamen Liste antreten, blei-

ben dagegen weiterhin zulässig.

## Bayerns Heimatpolitik wird konsequent fortgeführt

Vorstellung Heimatbericht 2017 und „Offensive.Heimat.Bayern“

**Gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern – in der Stadt und auf dem Land – sind oberstes Ziel der bayerischen Landesentwicklung und ausdrücklicher Verfassungsauftrag. „Bayerns ländlicher Raum ist ein starker Zukunfts- und Chancenraum“, stellte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker bei der Vorstellung des Heimatberichts 2017 und der „Offensive.Heimat.Bayern“ fest.**

Mit der „Offensive.Heimat.Bayern“ führt Füracker die Heimatstrategie seines Vorgängers Ministerpräsident Dr. Markus Söder fort: „Nach der erfolgreichen Umsetzung der bisherigen Maßnahmen stärken wir jetzt mit neuen Impulsen den ländlichen Raum weiter und entlasten dadurch die Verdichtungs-räume. Ziel bleibt die passgenaue Unterstützung der Kommunen vor Ort“, betonte Füracker.

### Onlinezugangsgesetz

Dafür setzt Bayern zukünftig etwa verstärkt auf das „Digitale Rathaus“, das Bürgerinnen und Bürgern den Gang zur Behörde erleichtern – wenn nicht sogar ersparen – soll. „Wir schaffen für Kommunen die Möglichkeit, ihre Verwaltungsleistungen für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen baldmöglichst online anzubieten, von der Beantragung der Geburtsurkunde bis hin zur Kfz-An- und Abmeldung. Ziel ist es, Verwaltungsleistungen stationär und mobil rund um die Uhr und von überall sicher abrufen zu können“, erklärte Füracker.

„Die digitale Verwaltung wird daher mit neuen Angeboten weiter ausgebaut. Dafür starten wir ein Förderprogramm, das finanzielle Unterstützung bietet und gleichzeitig auf Beratung setzt.“ Mit dem BayernPortal wurde die bundesweit fortschrittlichste Plattform für eine digitale Verwaltung geschaffen, welche alle elektronischen Verwaltungsleistungen bündelt. Auf dieser zentralen Zugangs- und Informationsplattform werden den Bürgerinnen und Bürgern alle elektronischen Verwaltungsleistungen aus einer Hand angeboten. Bayern will mit der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes bis Ende

ben dagegen weiterhin zulässig.  
**3. Listen von Nebenorganisationen:** Grundsätzlich bleibt es verboten, dass eine Partei oder Wählergruppierung zwei verschiedene Listen aufstellt, auch nicht über eine Untergliederung. Allerdings wurde eingefügt, dass eine Organisation, in der man Mitglied sein kann, ohne zugleich Mitglied des „Wahlvorschlagsträgers“ zu sein, keine Untergliederung darstellt und damit eine zweite Liste einreichen kann. Dies ermöglicht künftig grundsätzlich die Aufstellung von z.B. JU-Listen.

### Wählbarkeitshindernisse werden abgebaut

Außerdem werden einige Wählbarkeitshindernisse abgebaut. Künftig können sich u.a. auch amtierende Bürgermeister und Landräte für einen Sitz in Kommunalparlamenten bewerben. Hinzu kommt: Wer sein kommunales Mandat während der Amtszeit niederlegt, muss dies nicht mehr öffentlich begründen. Neu geregelt werden auch Wahlwiederholungen bei Verfahrensfehlern. So muss nur noch in dem Wahllokal erneut gewählt werden, in dem der Fehler aufgetreten ist, und nicht mehr im ganzen Stimmbezirk oder gar der gesamten Gemeinde. Ferner wird bei Bürger-versammlungen das Rederecht auf Jugendliche und im Ort lebende Nicht-EU-Ausländer ausgeweitet. DK

## 450 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten für IT-Fachkräfte

Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags billigt Stellenhebungen im Volumen von 2,5 Millionen Euro ab 1. Juli 2018

„Der Freistaat Bayern bietet eine Vielzahl anspruchsvoller und vielseitiger Arbeitsplätze im IT-Bereich. Die Digitalisierung der Verwaltung ist zentrales Ziel der IT-Strategie in Bayern. Eine zuverlässige digitale Infrastruktur, die Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Verwaltung sicher vernetzt, stärkt unser Land. Unser Ziel ist es, digitale Verwaltungsdienstleistungen rund um die Uhr und von überall aus abrufbar anzubieten. Wir wollen hierfür die besten Köpfe gewinnen. Heute wurden zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten für 450 Beschäftigte im IT-Bereich gebilligt“, freute sich Finanz- und Heimatminister Albert Füracker.

Der Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags hat 450 Stellenhebungen mit einem Volumen von 2,5 Millionen Euro für das Jahr 2018 speziell für den IT-Bereich des Freistaats in Kraft gesetzt. Die Beförderungen bzw. Höhergruppierungen können ab dem 1. Juli 2018 ausgesprochen werden. Das Stellenhebungskonzept ist Bestandteil des Maßnahmenpakets zur weiteren Stärkung des öffentlichen Dienstes in Bayern.

Der Freistaat hat im Nachtragshaushalt 2018 ein Maßnahmenpaket zur Optimierung der Personalgewinnung und Stärkung der Personalbindung im IT-Bereich beschlossen. Neben den zusätzlichen Beförderungsmöglichkeiten enthält dieses Maßnahmenpaket einen Zuschlag zur Gewinnung von IT-Fachkräften und die Möglichkeit zur schnelleren Verbeamtung. Außerdem wird Anwärtern des Studiengangs Verwaltungsinformatik während des Fachstudiums in Hof kostenloser Wohnraum zur Verfügung gestellt. □

Bayerns Bauministerin Ilse Aigner:

## Praxisstudie „Bezahlbare Qualität im Wohnungsbau“

360 gelungene Wohnungen von neun Bauherren  
Neuer Leitfaden steht kommunalen Bauherren zur Seite

„Wir brauchen deutlich mehr Wohnungsbau in Bayern. Dabei darf die Qualität im Bauen nicht auf der Strecke bleiben. Wir unterstützen interessierte Bauherren und Fachplaner deshalb gerne aus unserem „Werkzeugkasten“ für mehr bezahlbaren Wohnraum in Bayern. Unsere Bezirksregierungen sind die optimalen Berater vor Ort“, so Bayerns Bauministerin Ilse Aigner. Eine neue Praxisstudie über „Bezahlbare Qualität im Wohnungsbau“ soll allen Bauwilligen von Geschosswohnungsbau jetzt als Hilfestellung dienen. Auf der Baufachtagung „Heimat schaffen“ in Würzburg hat Aigner neues Ministerium eine Broschüre zu dieser Studie vorgestellt.

Aigner: „Wohnungsbau ist das Herzstück der Baupolitik in Bayern. Insbesondere den Kommunen als Treiber des Wohnungsbaugeschehens vor Ort stehen wir deshalb mit Fördergeldern und Fachwissen zur Seite.“ Die Praxisstudie „Bezahlbare Qualität im Wohnungsbau“ zeigt anhand gelungener Projekte in Städten und Gemeinden, wie man gute, solide und bezahlbare Wohnungen auf den Weg bringen kann. Die Publikation stellt nun die gesammelten Erfahrungen aus der Praxisstudie weiteren Kommunen und interessierten Bauherren und Fachplanern zur Verfügung.

### Kommunen bei der Planung unterstützen

Das Bayerische Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr – vormals Oberste Baubehörde – hat die Praxisstudie „Bezahlbare Qualität im Wohnungsbau“ im Sommer 2016 ins Leben gerufen, um Städte und Gemeinden bei Planung und Bau von Wohnungen für einkommensschwächere Bewohner zu unterstützen.

Das Besondere ist, dass neben einigen größeren Städten vor allem kleinere Gemeinden im ländlichen Raum an der Praxisstudie teilnahmen, die keine Erfahrung als Bauherren eigener Wohnungsbauprojekte hatten:

### Regierungsbezirk Niederbayern

- Bodenkirchen (Ortsteil Hilling, Landkreis Landshut): Ein neuer Dorfplatz entsteht
- Salzweg (Ortsteil Straßkirchen, Landkreis Passau): Modulare Ortsentwicklung in Holz

### Regierungsbezirk Oberbayern

- Burghausen (Landkreis Altötting): Wohnen trotz Schall
- Freising (Ortsteil Lerchenfeld): Preisgünstigen Wohnraum umsetzen

- Ingolstadt (Ortsteil Oberhausenstadt): Wohnen am Rosengarten

### Regierungsbezirk Oberfranken

- Coburg (Bertelsdorfer Höhe): Coburg-Nord ist mehr
- Schirnding (Landkreis Wunsiedel): Potentiale des Wohnleerstandes
- Weißenbrunn (Landkreis Kronach): „Machbares“ Wohnen am Ortseingang

### Regierungsbezirk Schwaben

- Neu-Ulm: Neues Wohnen in Wiley-Nord

„Mit der Praxisstudie haben wir diesen Gemeinden eine Plattform für intensiven Fach-austausch sowie eine fachliche Begleitung und Förderung ihrer Projekte angeboten. Gemeinsam mit den Bezirksregierungen, einem international besetzten Begleitgremium, den Experten aus unserem Haus und zahlreichen Architekten hat das neue Format schnell Fortschritte erzielt und neue Entscheidungsgrundlagen geschaffen. Wir sind mit dem Ergebnis hochzufrieden“, so Aigner. 360 neue Wohnungen konnten auf diese Weise initiiert werden, die in den kommenden Jahren von neun teilnehmenden Bauherren errichtet werden.

Die neue Publikation gibt einen anschaulichen Einblick in die verschiedenen Projekte der Praxisstudie, beschreibt bereits realisierte Referenzprojekte und wird ergänzt durch Fachartikel des Begleitgremiums, beispielsweise zu den Themen ‚Wohnungsbau im ländlichen Raum‘, ‚bezahlbare Qualität im Wohnungsbau‘, ‚geförderte Finanzierung‘ und ‚Kostenreduzierung‘.

Die Publikation ist im Bestellportal der Staatsregierung unter folgendem Link verfügbar: [www.bestellen.bayern.de/shoplink/03500223.htm](http://www.bestellen.bayern.de/shoplink/03500223.htm) □

Entwicklungspolitik:

# Fluchtursachen bekämpfen – wirksam helfen

CSU-Informationsveranstaltung in München-Obermenzing mit Bundesminister Gerd Müller und Bürgermeister Josef Schmid

„Fluchtursachen bekämpfen“ lautete der Titel einer von der CSU initiierten Veranstaltung in München-Obermenzing. Neben Landtagskandidat und Zweitem Bürgermeister Josef Schmid hieß der CSU-Bundestagsabgeordnete Stephan Pilsinger den Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Gerd Müller, willkommen.

Wie Pilsinger in seiner Begrüßung betonte, habe Minister Müller in den vergangenen Jahren viel inhaltliches Stehvermögen gezeigt und demonstriert, „dass Entwicklungspolitik nicht nur darin bestehen muss,



Dr. Gerd Müller.

landes. Nach wie vor dramatisch ist die weltweite Flüchtlingssituation: Jeden Tag kommen über 40.000 Flüchtlinge hinzu. 68 Millionen Menschen sind insgesamt auf der Flucht – fast doppelt so viele wie noch vor zehn Jahren. Fast 90 Prozent von ihnen finden Aufnahme in Entwicklungsländern.

Müller informierte über die Bereiche „Krisenbogen um Syrien“, in dem derzeit acht Millionen Menschen in Zeltstädten lebten und „Afrika“. Hier liege der Ursprung der im Augenblick umfangreichsten Fluchtbewegungen nach Europa. Die Flucht aus dem Krisenbogen Syrien sei kriegsbedingt.

Mit Blick auf die Kriegsgebiete in Syrien und dem Irak wies der Minister darauf hin, dass keine andere irakische Stadt mehr unter dem IS-Terror gelitten habe als Mossul. Hier wurde das Kalifat ausgerufen. Über eine Million Menschen, darunter 500.000 Kinder, flohen. Straßen und Häuser wurden zerstört, Minen und versteckte Sprengfallen machten Teile der Stadt unbewohnbar.

## Programm „Cash For Work“

Über die unmittelbare Sicherstellung der Grundversorgung (Ernährung, Wasser) hinaus unterstützt Deutschland Flüchtlinge durch Arbeitsmöglichkeiten und Einkommen. Einen wichtigen Beitrag zum Wiederaufbau leistet vor Ort das Programm „Cash For Work“, das für einige tausend Familien sofort verfügbare Einkommen und Beschäftigung schafft. „Die Menschen bekommen eine Schaufel und einen Schubkarren, um den Schutt wegzuräumen und so ihre Stadt selbst wieder aufzubauen. Dafür erhalten sie 50 Cent, zum Teil auch einen Euro in der Stunde und arbeiten. Das ist großartig“, bekannte der Minister.

2017 investierte das Entwicklungsministerium insgesamt 105 Millionen Euro in Mossul. Mit deutscher Hilfe wurden so Wohnungen und 180 Schulen für 120.000 Kinder aufgebaut. Etwa 700.000 Binnenvertriebene konnten bereits zurückkehren. 2018 sollen 10.000 neue Jobs in der irakischen Stadt entstehen.

## Wiederaufbau unterstützen

„Angesichts der dramatischen Lage müssen wir den Wiederaufbau in Mossul und im Nord-Irak weiter unterstützen. Wir dürfen mit unseren Engagement im Irak und der gesamten Krisenregion rund um Syrien nicht nachlassen, damit der Terrorismus nicht wieder Fuß fassen kann“, machte Müller deutlich. Sie erhielten so die Möglichkeit, sich selbst und ihre Familien zu versorgen. Die finanzielle Notlage der Menschen werde gemindert, die soziale Anerkennung der Flüchtlinge im Gastland wächst und der gesellschaftliche Zusammenhalt werde gestärkt, denn an den Programmen kann auch die lokale Bevölkerung teilnehmen. Auch im Libanon sei die Lage im Übrigen dramatisch.

„Das Land hat 4,2 Millionen Einwohner und hat 1,5 Millionen Syrer aufgenommen“, betonte Gerd Müller. Durch das Programm „Perspektive Heimat“ schafft das BMZ Startchancen in ausgewählten

Ländern. Das Rückkehrer-Programm ist seit März 2017 im Aufbau und hilft seither Menschen bei der Reintegration, die nach Albanien, Kosovo, Serbien, Tunesien, Marokko, Ghana und Senegal zurückkehren wollen. Weitere Zielländer des Programms sind Nigeria, Irak, Afghanistan und Ägypten.

Schon heute finanziert das BMZ in seinen Partnerländern viele Projekte, die auch Rückkeh-



Josef Schmid.

ren offenstehen. Hierzu zählen Existenzgründerberatung, Programme zur beruflichen Bildung und Beschäftigung oder Bewerbungstrainings. Aber nicht immer decken die bestehenden Angebote den Bedarf an Förderung und Beratung oder sie sind bei Rückkehrern nicht bekannt. Deshalb verstärkt und erweitert das BMZ bestehende Projekte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in den Partnerländern und die Beratungsmöglichkeiten hierzu, um sowohl für Rückkehrer als auch für die Menschen vor Ort neue Startchancen zu schaffen.

## Marshallplan mit Afrika

Auch aus Afrika gibt es nach Müllers Ausführungen Kriegsflüchtlinge, allerdings spielen hier andere Motive eine Rolle. Die sehr starke Bevölkerungszunahme – jedes Jahr kommen 20 Mio. junge Menschen neu auf den afrikanischen Arbeitsmarkt – und die Digitalisierung würden in Zukunft die Fluchtbewegungen aus Afrika befeuern.

Da der wirtschaftliche Standard noch „im 19. Jahrhundert“ angesiedelt sei, gleichzeitig aber durch digitale Medien die Verheißung des westlichen Lebensstandards per Smartphone überall ersichtlich sei, entstünden „Pull-Faktoren“, so Müller. Gleichzeitig fuße der deutsche Wohlstand zu großen Teilen auf dem Rücken dieser Menschen: „Kein Handy funktioniert, kein Auto fährt ohne seltene Metalle, die wir aus afrikanischen Ländern beziehen“, meinte der Minister. Auch hieraus entstehe die Verpflichtung zur Hilfe, die ganz große Aufgabe für Europa.

Müller verwies auf seinen „Marshallplan mit Afrika“. Dabei handelt es sich um ein integriertes Gesamtkonzept mit Vorschlägen und Reformideen für eine kohärente Politik in den Bereichen Wirtschaft, Stabilität, Handel und Sicherheit. Der Plan fußt auf den vier Kerngedanken: 1. Private Investitionen fördern, 2. Gute Regierungsführung stärken, 3. Handelsbeziehungen fairer gestalten und 4. Frieden und Stabilität sichern. Hauptziel des Marshallplans ist es, Kapital für Afrika zu mobilisieren. Und zwar nicht nur in Form von Geld oder Krediten, sondern vor allem durch politisches und unternehmerisches „Kapital“.

„Afrikas größtes Kapital sind seine Menschen. Afrika ist einer der jüngsten Kontinente unseres Planeten“, führte Müller aus. Doch die Jugendarbeitslosigkeit sei hoch. Darum hat Deutschland gemeinsam mit der African Union (AU) die „Skills Initiative for Africa“ entwickelt. Die praxisbezogene Berufsausbildung in Afrika, insbesondere für Mädchen und Frauen, wird verbessert und erweitert. Wichtige Partner dafür sind die afrikanische und internationale Privatwirtschaft. Deutsche Unternehmen etwa haben Müller zufolge mit beruflicher Qualitäts-Ausbildung viel Erfahrung.

Der Zugang afrikanischer Staaten zu den Märkten im Norden stelle dabei eine wichtige Komponente dar. Umgekehrt gilt: Europäische Unternehmer müssten angehalten werden, sich in Afrika zu engagieren. Derzeit werde dazu ein Entwicklungsinvestitions-gesetz erarbeitet.

## Faire Konditionen gefordert

„Mit öffentlichen Geldern lösen wir die Probleme Afrikas und der Entwicklungsländer nicht. Wir müssen die selber schaffen lassen und ihnen selber die Möglichkeit geben, in Arbeit zu kommen und ihnen einen fairen Preis und ein faires Handelsangebot machen“, urteilte Müller. Weltweit arbeiteten mehr als 60 Millionen Menschen in der Textil- und Bekleidungsbranche, die meisten von ihnen in Entwicklungs- und Schwellenländern. Der Wirtschaftszweig sei international stark verflochten, die Lieferketten seien komplex. Der Beitrag zum Wirtschaftswachstum und zur Entwicklung sei groß. Jedoch entsprächen die Produktions- und

## Auftakt für fairen Landkreis München

14 Euro – so viel gibt jeder Deutsche im Jahr durchschnittlich für Fairtrade-Produkte aus. Das entspricht in etwa einem, höchstens zwei Päckchen fair gehandeltem Kaffee. Ein Betrag, der ausreichen mag, das eigene Gewissen für eine Weile zu beruhigen – aber sicherlich nicht, um die Versorgung der Bauern und Plantagenhändler im globalen Süden zu sichern. Auch wenn diese an Fairtrade-Produkten immerhin schon mehr verdienen als an konventionellen Erzeugnissen. Der Landkreis München hat beschlossen, seinen Teil zur Verbesserung der Situation der Produzenten beizutragen und sich um die Zertifizierung zum Fairtrade Landkreis zu bemühen. Jetzt wurde mit einer Steuerungsgruppe der Startschuss für den Weg in Richtung Fairtrade Landkreis gegeben. 33 Teilnehmer werden sich künftig dafür einsetzen, fairen Konsum und faire Gastronomie im Landkreis voranzutreiben, neue Projekte und Ideen zu entwickeln, Netzwerke mit anderen Fairtrade Towns zu knüpfen und so den Landkreis auf seinem Weg zur Zertifizierung zu begleiten. □

Arbeitsbedingungen in manchen Ländern noch nicht international definierten Umwelt- und Sozialstandards.

Der Großteil der in Deutschland verkauften Kleidung wird im Ausland hergestellt, vor allem in China und Bangladesch. Die Löhne, die in der Textilbranche gezahlt werden, reichen häufig nicht aus, um Miete, Essen, den Schulbesuch der Kinder oder eine ärztliche Versorgung der Arbeiterinnen und Arbeiter zu sichern. Selbst die gesetzlich festgelegten Mindestlöhne sind oft zu niedrig, um davon leben zu können. In Bangladesch erhalten ungelernete Näherinnen zum Beispiel nur einen Mindestlohn von ungefähr 50 Euro im Monat.

## Chancen für Arbeit schaffen

In Deutschland kostete eine Arbeitsstunde in der Bekleidungsindustrie im Jahr 2011 laut Angaben des Gesamtverbands der Textil- und Modeindustrie 27,70 Euro. In anderen EU-Ländern ist das Lohnniveau ähnlich.

Aus Kostengründen werden viele Produktionsstufen in Niedriglohnländern in Asien oder Afrika verlagert.

Im Bereich der Textilwirtschaft setzt sich Deutschland auf verschiedenen Ebenen für Umwelt- und Sozialstandards ein. Das BMZ engagiert sich in internationalen Organisationen und in der Zusammenarbeit mit seinen Partnerländern für das Thema. Außerdem entwickelt das BMZ gemeinsame Initiativen mit der Privatwirtschaft und der Zivilgesellschaft, wie zum Beispiel das Bündnis für nachhaltige Textilien.

Müllers Appell: „Wir müssen in Entwicklungsländern Chancen für Arbeit schaffen. 20 Mio. Jobs pro Jahr braucht allein Afrika, d.h. in 20 Jahren 400 Mio. Jobs. Schaffen wir das nicht und leiten den Paradigmenwechsel in der europäischen Zusammenarbeit nicht ein, kommen die Menschen zu uns. Deshalb ist es angesagt, in einer neuen Zeit auch neue Antworten zu geben. Ohne dass wir auf unseren Wohlstand verzichten müssen.“ DK

## Drei Säulen der Hilfe

Laut Münchens Zweitem Bürgermeister Josef Schmid gibt es bei den schwierigen Themen Flucht, Migration, Vertreibung, Integration und Hilfe nicht nur eine einzige Sichtweise, vielmehr seien es nach Ansicht der CSU drei Säulen. „Wir sind eine christlich-soziale Partei, deshalb besteht die erste Säule darin, den Menschen zu helfen, die bei uns Hilfe suchen und die rechtmäßig eine Bleibeperspektive haben. Um jedoch gut helfen zu können, müssen wir Zuwanderung begrenzen. Das ist die zweite Säule. Die wirtschaftlichen Probleme der einzelnen Länder können wir nicht hier bei uns lösen. Aber wir müssen den Ländern vor Ort helfen. Denn sonst kommen die Menschen zu uns. Deshalb, und das ist die dritte Säule, müssen wir Fluchtursachen vermeiden.“

Deutsche Kommunen können hier mit ihrem Know-how, ihren Erfahrungen und Fertigkeiten einen Beitrag zur Entlastung der Aufnahmekommunen leisten. Dies ist der Ansatz für die 2016 gestartete neue BMZ-Initiative „Kommunales Know-how für Nahost“. München und die türkische Stadt Mardin an der syrischen Grenze seien dabei die beiden ersten Partnerstädte gewesen, erklärte Schmid. Ein weiteres erfolgversprechendes Projekt betreffe die Zusammenarbeit mit der tunesischen Stadt Kasserine.

Flucht und Migration bleiben nach Minister Müllers Ausführungen die große Herausforderung der Zukunft. Im Moment leben und arbeiten 250 Mio. Menschen außerhalb ihres Heimat-



## Packen Sie lokale Herausforderungen gemeinsam an

Klimawandel, Migration, Mobilität, Digitalisierung – Zukunftsfragen lösen Kommunen leichter in Zusammenarbeit mit ihren globalen Partnern. Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt unterstützt Städte, Gemeinden und Landkreise beim Aufbau und der Gestaltung kommunaler Partnerschaften auf Augenhöhe.

Wir beraten Sie · Telefon: 0228 20 717-670 · [www.kommunal-global-engagiert.de](http://www.kommunal-global-engagiert.de)

ENGAGEMENT GLOBAL  
Service für Entwicklungsinitiativen



mit ihrer

SERVICESTELLE  
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

Im Auftrag des

Bundesministerium für  
Wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung

# Grundsteuer auf gerechte Grundlage stellen

Ausschuss für Finanzen und Kommunalwirtschaft des Deutschen Städte- und Gemeindebundes beriet in Wismar

Mit den Themen Grundsteuer und Erneuerbare Energien befasste sich der Ausschuss für Finanzen und Kommunalwirtschaft des Deutschen Städte- und Gemeindebundes in Wismar. Wie der Ausschussvorsitzende, Oberbürgermeister Dr. Bernhard Gmehling (Neuburg a. d. Donau) und die gastgebende 2. stellvertretende Bürgermeisterin und Senatorin Heike Bansemmer betonten, sei der Gesetzgeber aufgefordert, die Grundsteuer endlich auf eine neue gerechte, rechtssichere und nachvollziehbare Grundlage zu stellen.

Das Bundesverfassungsgericht hatte entschieden, dass die bisherige Form der Grundsteuererhebung verfassungswidrig ist und dem Gesetzgeber eine Frist bis Ende des Jahres 2019 für die Erarbeitung einer neuen gesetzlichen Grundlage gesetzt. Auf dem Spiel stehen 14 Milliarden Euro und damit mehr, als den Städten und Gemeinden jährlich für freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben zur Verfügung steht.

Die Kommunalfinanzen haben sich in der Summe in den vergangenen Jahren erfreulicherweise positiv entwickelt, zugleich haben allerdings auch die Unterschiede zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kommunen zugenommen. Trotz sprudelnder Steuereinnahmen ha-

ben nach wie vor viele Städte und Gemeinden erhebliche Finanzprobleme und sind hochverschuldet. Bund und Länder sind daher angehalten, die Kommunen im Bereich der Sozialkosten weiter zu entlasten und eine Lösung des kommunalen Altschuldenproblems zu finden.

Angesichts einer über Jahrzehnte anhaltenden strukturellen Unterfinanzierung der Städte und Gemeinden ist der investive Nachholbedarf enorm, weshalb eine nachhaltige Investitionsoffensive mit langem Atem benötigt werde, „denn kommunale Investitionen sind Zukunftsinvestitionen“, erklärten Gmehling und Bansemmer. Um den massiven kommunalen Investitionsrückstand abzubauen, würden auch künftig zusätz-

lich Mittel des Bundes notwendig sein. Zudem seien aber ebenfalls Investitionshemmnisse, in organisatorischer wie rechtlicher Hinsicht, abzubauen.

## Schiefelage bei kommunaler Wertschöpfung

Mit Blick auf die Frage, wie Akzeptanz und kommunale Wertschöpfung bei den Erneuerbaren Energien gestärkt werden können, stellte OB Gmehling fest, dass vielerorts eine Schiefelage bei der kommunalen Wertschöpfung besteht und sich dies auf die Akzeptanz vor Ort auswirkt. „Die Energiewende wird zwar in Berlin und Brüssel geplant, muss aber lokal umgesetzt werden. Wenn die Bundesregierung ihre ehrgeizigen Ziele erreichen will, dann sollte eine bessere Beteiligung der Städte und Gemeinden notwendig“, unterstrich der Vorsitzende.

Der Ausbau der erneuerbaren Energieanlagen, insbesondere bei der Windenergie, führe oft zu deutlichen Widerständen der lokalen Bevölkerung. Die betrof-

fenen Standortgemeinden nähmen dabei immer auch eine vermittelnde Rolle zwischen den unterschiedlichen Interessen ein, um eine möglichst für alle Seiten akzeptable Lösung zu schaffen.

„Vor diesem Hintergrund ist die Vorgabe im Koalitionsvertrag zur besseren Beteiligung der Kommunen an der Wertschöpfung ausdrücklich zu begrüßen. Erforderlich ist es, neue Möglichkeiten zu schaffen, wie EE-Anlagen zur lokalen Wertschöpfung beitragen und einen langfristigen und substanzialen finanziellen Ausgleich für die mit den Anlagen verbundenen Lasten liefern können“, hob Gmehling hervor.

## Standortgemeinden besser finanziell beteiligen

Der Ausschuss sprach sich in diesem Zusammenhang auch für eine bessere finanzielle Beteiligung der Standortgemeinden von Windenergie- und PV-Anlagen bei der Gewerbesteuer aus. Die im Jahr 2009 mit dem Ziel der Akzeptanzsteigerung eingeführte Sonderregelung zur Gewerbesteuererlegung hat aus seiner Sicht nicht die erwarteten Verbesserungen beim Gewerbesteuerertrag gebracht.

„Der bestehende Zerlegungsmaßstab hat sich für die Standortgemeinden aufgrund der Abschreibungen für EE-Anlagen als unzureichend erwiesen. Der Koalitionsvertrag formuliert die klare Zielstellung, die Standortgemeinden stärker an der Wertschöpfung von EE-Anlagen zu beteiligen. Um langfristig erfolgreich zu sein, muss die Beteiligung der Städte und Gemeinden auf mehrere Säulen gestellt werden. Dazu muss die Gewerbesteuererlegung angepasst und eine bessere Verteilung des bestehenden Aufkommens erreicht werden“, lautete Gmehlings Forderung. DK

## Starker Partner für die Finanzverwaltung

# Servicecenter Finanzwesen entlastet Kommunen

Das Servicecenter Finanzwesen ist kompetenter Outsourcing-Partner für Kommunen. Finanzverwaltungen, die personelle und fachliche Unterstützung brauchen, können das gesamte Finanzwesen auslagern. Bei der Entscheidung für eine Outsourcing-Lösung spielt die Wahl eines vertrauensvollen Partners eine wichtige Rolle.

Buchhaltung, Gewerbesteuer oder Verbrauchsgebührenabrechnung: Jeden Tag türmen sich die Aufgaben in der Finanzverwaltung von Kommunen. Und das bei chronisch knappen Personal- und Finanzressourcen. Mittlerweile profitieren Verwaltungen von durchgängig digitalen Workflows. Und Apps auf Smartphones oder Tablets ermöglichen mobiles Arbeiten, zum Beispiel beim Wasserzählerwechsel oder bei der Erfassung der Inventurdaten. Dennoch sind viele kommunale Mitarbeiter überlastet. Kein Wunder, denn die Anforderungen an Kommunen wachsen stetig, nicht zuletzt aufgrund der Gesetzgebung.

Die Sachbearbeitung wird immer komplexer und erfordert hohes Spezialwissen. Viele potenzielle Mitarbeiter ziehen die Arbeit im Privatsektor vor. Dieser Hintergrund zwingt Kommunen zum Umdenken und zur Suche nach neuen Lösungswegen, um auch in Zukunft handlungsfähig zu bleiben und Bürgern den bestmöglichen Service bieten zu können.

## Schnell und sicher: Das Finanzwesen auslagern

Die AKDB unterstützt Kommunen mit ihren gehosteten Fachanwendungen im Rechenzentrum sowie mit individuellen Dienstleistungen. Neben dem Servicecenter Personalwirtschaft etabliert sich nun das Servicecenter Finanzwesen: Das neueste Outsourcing-Angebot ist eine geeignete Lösung, um sämtliche Aufgaben einer Finanzverwaltung trotz personeller

## KfW-Kommunalpanel 2018:

# Merklich höherer Investitionsstau

Einen deutlichen Anstieg des wahrgenommenen Investitionsrückstandes verzeichnet das KfW-Kommunalpanel 2018. In der repräsentativen Hochrechnung für alle Kommunen ab 2.000 Einwohner beträgt er insgesamt 159 Mrd. Euro (2017: 126 Mrd. Euro). Dieser merkliche Zuwachs kann laut KfW vor allem auf das allgemeine Bevölkerungswachstum und höhere Anforderungen an die Infrastruktur selbst zurückgeführt werden. Ebenfalls zu berücksichtigen seien die steigenden Baukosten.

Mehr als die Hälfte der Investitionsbedarfe gehen auf die Bereiche Schulen und Erwachsenenbildung (47,4 Mrd. Euro) sowie Straßen und Verkehrsinfrastruktur (38,6 Mrd. Euro) zurück. Neben den deutlich gestiegenen Investitionsbedarfen im Schulbereich ist auch der wahrgenommene Investitionsrückstand bei der Kinderbetreuung deutlich auf 7,6 Mrd. Euro angewachsen. Ein ebenfalls merklich höherer Rückstand wurde auch beim Brand- und Katastrophenschutz mit 10,3 Mrd. Euro wahrgenommen.

## Vielschichtige Gründe

Die Gründe für den starken Anstieg des wahrgenommenen Investitionsrückstandes sind vielfältig. Im Vergleich zum Jahr 2010 nahm die Bevölkerung in Deutschland in Folge von Geburtenanstieg und Migration allein bis zum Jahr 2016 netto um 3,5 Mio. zu. Ein weiterer Aspekt ist die Binnenwanderung: Während etliche Kommunen an Wachstumsgrenzen stoßen, schrumpfen andere Kommunen weiter. Der sich hieraus ergebende große Ausbaubedarf zeigt sich auch bei der näheren Betrachtung der Zahlen des KfW-Kommunalpanels. Während in der Gesamtheit je ein Drittel auf Ausbau (30

%), Umbau (37 %) und Erhalt (30 %) der Infrastruktur zurückzuführen sind (Rückbau der Infrastruktur 3 %), gehen beim Investitionsrückstand bei der Kinderbetreuung 54 Prozent auf den notwendigen Ausbau zurück. Hinzu kommen höhere Standards und stark steigende Baukosten. In der Summe erklären diese Faktoren den massiven Anstieg des Investitionsstaus im Kinderbetreuungs- und Bildungsbereich.

Immerhin geht für diese Bereiche gut jede zweite der befragten Kommunen davon aus, dass der Investitionsrückstand im Bereich Schulen (51 %) und Kinderbetreuung (49 %) etwas oder deutlich abgebaut wird. Deutlich pessimistischer fällt hingegen die Einschätzung hinsichtlich des Investitionsstaus bei Straßen und der Verkehrsinfrastruktur aus. Hier erwarten nur 32 Prozent einen Abbau, jedoch 37 Prozent sogar einen weiteren Anstieg. Insgesamt gehen 42 Prozent der befragten Kammereien von einem leichten bzw. deutlichen Abbau des bestehenden Investitionsstaus und 37 Prozent von einem gleichbleibenden Investitionsrückstand aus.

Mit Blick auf die Gesamtfinanzsituation gaben 39 Prozent der befragten Kammereien an, dass ihre Finanz- und Haushaltssituation „mangelhaft“ bzw. „ausreichend“ sei. 51 Prozent der Befragten erklärten, dass sich ihre Finanz- und Haushaltssituation in den vergangenen zehn Jahren eher positiv entwickelt hat. Demgegenüber stehen 29 Prozent, die eher eine negative Entwicklung sehen. Betroffen sind hier vor allem Kommunen mit 20.000 bis 50.000 Einwohnern. Mehr als die Hälfte der Kommunen aus dieser Einwohnerklasse erwarteten für 2017 keinen Haushaltsausgleich.

## Kommunen unterstützen!

„Das KfW-Panel zeigt eindrücklich, dass gerade in den Städten und Regionen, die über Jahrzehnte hohe Investitionsrückstände angehäuft haben, die aktuellen Investitionen äußerst gering ausfallen“, erklärte Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages. Dort reichten die Haushaltsmittel selbst in den aktuell konjunkturell guten Zeiten nicht aus, den Investitionsrückstand merklich abzubauen. Der jetzt hinzukommende, zusätzliche Bedarf und neue Anforderungen etwa an die Infrastruktur könnten dort kaum noch aufgefangen werden.

Ob prosperierend oder strukturschwach, wachsend oder schrumpfend, jede Stadt und ihre Region habe unterschiedliche Herausforderungen und Probleme, unterstrich Dedy. Um hier Abhilfe zu schaffen, blieben Bund und Länder gefordert, die Kommunen zu unterstützen: sei es bei der Förderung des sozialen Wohnungsbaus, bei Hilfen für strukturschwache Städte und Regionen oder bei der Entlastung von Sozialausgaben.

Deutliche Signale sendete der Verbandsvertreter auch an die Bauindustrie und ermunterte sie, ihre Kapazitäten auszuweiten: „Das Kommunalpanel zeigt, dass die Städte großen Investitionsbedarf haben. Die Städte können und wollen mehr Investitionen tätigen, wenn dies zu vertretbaren Preisen möglich ist.“ DK

## Ausstieg aus älteren Darlehen:

# Durch Widerruf der Konditionen-Anpassungen oft weiterhin möglich

Auf Druck der Bankenlobby hat der Gesetzgeber bekanntermaßen eine Erlöschensvorschrift zum 21.06.2016 eingeführt. Danach ist bei Altverträgen der Widerruf in einigen Fällen nicht mehr möglich. Jedoch kann der sogenannte „Widerrufsjoker“ auch dann weiterhin stechen, falls die Darlehensverträge nach Ende des Zinsfestschreibungszeitraums verlängert worden sind. „Eine sorgfältige Prüfung der Vertragsunterlagen lohnt sich daher immer noch“, empfehlen Dr. Marcus Hoffmann und Mirko Göpfert, Partner der im Bank- und Kapitalanlagerecht tätigen Kanzlei Dr. Hoffmann & Partner Rechtsanwälte aus Nürnberg.

Auch für Darlehensnehmer, die den Widerruf nicht vor dem 21.06.2016 erklärt haben, ist es oftmals nicht zu spät. Denn entgegen einer weit verbreiteten Auffassung gilt die gesetzliche Erlöschensvorschrift des Art. 229 § 38 Abs. 3 EGBGB nicht etwa pauschal für sämtliche, vor dem 11.06.2010 geschlossene Immobilienkredite. Vielmehr ist das Widerrufsrecht des Verbrauchers nur unter bestimmten und im jeweiligen Einzelfall zu prüfenden Voraussetzungen mit Ablauf des 21.06.2016 ausgeschlossen. „In nicht wenigen Fällen können sich Verbraucher auf verschiedene Besonderheiten berufen, sodass auch ältere Verträge heute noch wirksam widerrufen werden können“, weiß Rechtsanwalt Göpfert aus der Praxis zu berichten.

Wenn der Altvertrag nicht mehr widerruflich sein sollte, können Darlehensnehmer nichtsdestotrotz oftmals noch aus ihrer teuren Baufinanzierung aussteigen, falls das Darlehen bereits prolongiert, also verlängert worden ist. Bei diesen „Anschlusszinsvereinbarungen“, „Konditionenvereinbarungen“ oder auch „Konditionenvereinbarungen“ beschränkt sich die rechtliche Diskussion typischerweise darauf, ob dem Darlehensnehmer ein neues Kapitalnutzungsrecht eingeräumt wird. Dies ist nach Auffassung der Nürnberger Rechtsanwälte jedoch bei weitem zu kurz gegriffen.

Es ist zwar bekannt, dass dem Verbraucher nach ständiger Rechtsprechung des BGH bei einer sogenannten unechten Abschnittsfinanzierung kein Widerrufsrecht nach den Vorschriften über Verbraucherdarlehensverträge gemäß §§ 495 Abs. 1 BGB zusteht, wenn nach Auslaufen der Zinsbindungsfrist mit der Bank lediglich neue Konditionen für die Zukunft vereinbart werden und die

Konditionenanpassung entsprechend dem ursprünglich geschlossenen Darlehensvertrag vollzogen wird. „Hierbei wird jedoch regelmäßig außer Acht gelassen, dass es nicht nur ein verbraucherrechtliches, sondern auch ein fernabsatzrechtliches Widerrufsrecht gibt“, erläutert Rechtsanwalt Dr. Hoffmann.

## Bestehendes Widerrufsrecht

Wenn die Prolongation im Wege des Fernabsatzes, d. h. unter ausschließlicher Verwendung von Fernkommunikationsmitteln (Brief, Email etc.)

zustande gekommen ist, besteht ein Widerrufsrecht nach § 312d Abs. 1 BGB a.F. Im Regelfall wird dem Kunden das Konditionenanpassungsangebot postalisch übersandt, der es nach Unterzeichnung an die Bank zurücksendet. Widerrufsbelehrungen wurden hier typischerweise überhaupt nicht erteilt. Damit kann die Prolongation wirksam widerrufen werden, was beispielsweise auch das LG Nürnberg-Fürth bereits in einem Urteil vom 08.12.2014, 6 O 3699/14, zutreffend feststellte.

Auch wenn der Widerruf nur zu einer Rückabwicklung der Prolongationsvereinbarung führt, kann der Darlehensnehmer ohne Vorfalligkeitsentschädigung aus dem Darlehen aussteigen und die Restschuld zu den aktuell günstigen Zinsen weiterfinanzieren. Verbraucher, die den Widerruf nicht vor dem 21.06.2016 erklärt haben, sollten ihre Finanzierungen daher weiterhin durch einen auf dem Gebiet des Bankrechts fachkundigen Rechtsanwalt prüfen lassen. □

# Das Parteiengesetz ist kein Selbstbedienungsladen!

BdSt lehnt Erhöhung der Steuerzuschüsse an die Parteien ab

Der Bundestag hat mit der Stimmenmehrheit von Union und SPD eine Anhebung der staatlichen Parteienfinanzierung beschlossen. Die deutschen Parteien bekommen demnach vom nächsten Jahr an insgesamt 190 Millionen Euro. Das sind 25 Millionen Euro mehr als bislang. Der Bund der Steuerzahler lehnt dies strikt ab.

„Das durchschaubare Manöver der Koalitionsparteien läuft unterm Strich auf eine Selbstbedienung auf Kosten der Steuerzahler hinaus. Es ist an den Parteien, mit den bisherigen Staatszuschüssen auszukommen, die zudem seit 2010 bereits um mehr als 32 Millionen Euro angehoben wurden“, so BdSt-Präsident Reiner Holzengel kritisch.

Die Teilfinanzierung der Parteien durch den Bundeshaushalt stellt jetzt schon die größte Einnahmequelle der Parteien dar. Eine Anhebung der Staatszuschüsse würde diese Alimentierung deutlich ausbauen. Zwar kosten die geringere Wählergunst und zunehmende Vielfältigkeit der Parteienpräsenz in den Landtagen und im Bundestag Union und SPD Anteile am staatlichen Transfervolumen. Doch darf dies kein Grund sein, einfach so im Blitzverfahren sich mehr Steuergeld aus der Staatskasse zu gönnen, zumal die Parteien noch über beträchtliche Vermögenswerte verfügen.

Reiner Holzengel stellt heraus: „Die gesellschaftliche Akzeptanz der Parteien muss sich hauptsächlich über das Engagement der Bürger in den Parteien und die Wählergunst definieren, nicht aber über deutlich steigende Zuschüsse durch die Steuerzahler.“ □

Bayerischer Sparkassentag 2018 in Rosenheim:

## Gemeinsam #AllemGewachsen

Die Position der bayerischen Sparkassen im digitalen Zeitalter stand im Mittelpunkt des Bayerischen Sparkassentags 2018 in Rosenheim. Vor über 400 Teilnehmern unterstrich Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, „dass wir stark, relevant und sichtbar bleiben und in den Regionen unseren Auftrag erfüllen werden“.

Sparkassen, so Netzer, liefern dafür heute im Hybridmodus: „Die Kombination ‚Benzin und Strom‘ heißt bei uns ‚stationär und online‘ – mit der Geschäftsstelle vor Ort und mobil im Smartphone.“ Die Sparkassen seien anpassungsfähig, schafften es schlanker und effizienter zu werden, dabei technische Innovationen voranzutreiben und trotzdem in der Fläche zu bleiben. Sie blieben dabei laut Umfragen auch 2018 die Nr. 1 im Kundenvertrauen unter den deutschen Banken. Netzer verspricht sich daher auch weiterhin Unterstützung von der Staatsregierung für die Sache der öffentlich-rechtlichen Sparkassen.

### Neue Spielräume

Was die digital organisierte Welt anbelangt, so eröffneten sich fast täglich neue Spielräume genauso wie neue Unsicherheiten und Herausforderungen, betonte der Präsident. Für die Kunden der Sparkassen entstehe damit eine Vielzahl von neuen Möglichkeiten für ihre Finanzgeschäfte, es stelle sich aber zunehmend auch die Frage nach Datensicherheit und -souveränität. Für die Sparkassen veränderten sich Prozesse, Produkte, Plattformen und Vernetzungen. Dies berge eine große Bandbreite von Chancen zur Profilierung in der digitalen Welt. Gleichzeitig steige die Zahl der Offensiven anderer Anbieter.

Ein Beispiel ist die neue europäische Zahlungsdienstrichtlinie PSD II (Payment Services Directive II), die die Öffnung von Schnittstellen zwischen den Anbietern von Finanzdienstleistungen fordert. Bankkunden erhalten damit künftig mehr Flexibilität, sie können Angebote verschiedener Unternehmen bequem miteinander verbinden. Das bedeutet auch mehr Datensouveränität, Kunden kön-

nen entscheiden, welchen Drittanbietern sie Zugriffsrechte auf ihr Konto erteilen.

### Sparkassen bleiben sichtbar

„Auch bei der enormen Veränderungsgeschwindigkeit, die die Finanzwelt momentan an den Tag legt, bleiben die Sparkassen immer relevant und sichtbar – in der Fläche, bei der Bargeldversorgung und beim gesellschaftlichen Engagement!“, machte Netzer deutlich. Sie stünden für die privaten Kunden und den regionalen Mittelstand ein, zählten dabei aber auch auf Existenzgründungsprogramme und staatliche Initiativen zur Stärkung des ländlichen Raums, wie z.B. die Förderung von Unternehmensverlagerungen.

Die Regional- und Strukturpolitik müsse für gleichwertige Lebensverhältnisse von Stadt und Land sorgen, um den ländlichen Raum zu stärken. Denn wo es kommerzielle Infrastruktur gebe, brauche man immer auch die regionalen Sparkassen: „Wo Schulen, ärztliche Versorgung, Bäcker, Metzger und Supermarkt sind, da ist auch die Sparkasse nicht weit“, unterstrich Netzer.

### Unternehmensfinanzierung

Verantwortung für die Regionen übernehmen die Sparkassen klassischerweise auch als tragende Säule der Unternehmensfinanzierung im örtlichen Mittelstand, der gewerblichen Wirtschaft und im Handwerk. Basis für ihre erfolgreiche Arbeit sei aber, so wiederholte der Präsident des Sparkassenverbands Bayern seinen Appell der Vorjahre, auch eine angemessene, also proportionale Regulierung. Die Forderung nach einer „Small and Simple Banking Box“, die sich von den Regelungen für internationa-

len Geschäftsbanken mit riskanteren Geschäftsmodellen abhebt, müsse deshalb bald umgesetzt werden. Dies zähle zu den Grundlagen für eine bestmögliche Unterstützung der mittelständischen Wirtschaft.

An die Adresse des Freistaats gerichtet, hob Netzer hervor: „Um stark zu bleiben, brauchen wir weiterhin ein klares Bekenntnis zum 3-Säulen-Modell und zur öffentlich-rechtlichen Struktur unserer Sparkassen.“ Darüber hinaus erteilte er eine klare Absage an die geplante Zentralisierung der Einlagensicherung in Europa: „Seit 2015 haben wir eine Einlagensicherung, die in allen EU-Mitgliedstaaten mit einem einheitlichen Sicherungsniveau nach einheitlichen Standards festgeschrieben ist. Die Bankenunion ist also in diesem Punkt längst vollendet. Wenn man Möglichkeiten schafft, dass Risiken an die europäische Ebene „durchgereicht“ werden können, dann werden Risiko und Haftung getrennt und die bewährte Institutssicherung in Deutschland beendet.“ Die EU sei dann wirtschaftlich stabil, wenn jeder seine Hausaufgaben erledigt, seine Lasten nicht auf andere abschiebt und die „non performing loans“ abgebaut werden.

### Sehr gutes Kreditgeschäft

Nach Netzers Angaben verzeichnen die bayerischen Sparkassen in den ersten fünf Monaten 2018 erneut ein sehr gutes Kreditgeschäft: Das Kreditvolumen stieg um 1,7 Mrd. Euro (+1,3 %) auf rund 132 Mrd. Euro. Dieser Anstieg wird besonders durch das sehr dynamische Unternehmenskreditgeschäft getragen (+ 2,1 Prozent).

Die bemerkenswert starke Entwicklung der Firmenkredite spiegelt sich auch in den Zusagen für künftige Darlehen wieder: Bisher wurden 2018 9,9 % mehr Kredite an Unternehmen und Selbstständige als im gleichen Zeitraum 2017 zugesagt. Auch die Einlagen bei den bayerischen Sparkassen nehmen wieder zu. Seit Jahresbeginn ist der Einlagenbestand um 0,8 % auf rund 161 Mrd. Euro gestiegen. Die Zuwächse bei den Sichteinlagen der Privatkunden überkompensieren wieder die Abflüsse bei Unternehmenskunden und öffentlichen Haushalten.

Im gleichen Vorjahrszeitraum waren hier erstmals Verschiebungseffekte aufgrund der 2017 neu eingeführten Verwahrentgelte für diese Kundengruppen zu beobachten gewesen, so dass die Einlagenentwicklung bei den Sparkassen insgesamt rückläufig gewesen war. Dieser Prozess flacht nun deutlich ab. Normale Sparer sind nach wie vor von Verwahrentgelten nicht betroffen und parken, sofern sie freie Mittel haben, diese weiterhin bevorzugt in täglich fälligen Anlagen.

### Bemerkenswertes Wertpapiergeschäft

Bemerkenswert ist die Entwicklung des Wertpapiergeschäfts der bayerischen Sparkassen: Seit Beginn des Jahres 2018 lag der Nettoabsatz trotz dem Inkrafttreten der EU-Finanzmarkt-Richtlinie MiFiD II zum Jahresbeginn um 38 % über dem des gleichen Vorjahreszeitraums. Damit setzt sich der bereits 2017 beobachtete Trend fort: Immer mehr Kunden schwenken von derzeit ertragslosen Sparprodukten auf Wertpapieranlagen und Investmentfonds.

Hauptredner der hochkarätig besetzten Veranstaltung war Ministerpräsident Dr. Markus Söder, der sich zu aktuel-

len wirtschafts- und finanzpolitischen Themen äußerte. Ebenso als Redner zu Gast war Ulrich Wilhelm, Intendant des Bayerischen Rundfunks. In seinem Beitrag ging es darum, wie sich der BR auf den Sprung in die neue, digitale Welt vorbereitet und wie es gelingen kann, die Kunden dabei mitzunehmen. Den Bayerischen Rundfunk nahm man als Thema auf, weil, so die Veranstalter, die bayerischen Sparkassen mit ihm einiges gemeinsam hätten. Etwa die öffentlich-rechtliche Organisation, den Versorgungsauftrag, die dezentrale Vertretung in den Regionen. Und weil man „von der digitalen Welt aufgefordert sei, sein Geschäftsmodell zu überdenken“.

### Erfolgsgarant für den Finanzplatz Bayern

„Die Sparkassen sind ein wesentlicher Eckpfeiler unserer Finanzarchitektur und Erfolgsgarant für den Finanzplatz Bayern“, betonte Ministerpräsident Söder. Die Staatsregierung bekenne sich ganz klar zum Drei-Säulen-Modell der deutschen Bankwirtschaft. Sie werde sich dafür weiterhin mit aller Macht in Brüssel einsetzen. Gleiches gelte für die Privilegierung der Mittelstandskredite bei Eigenkapitalunterlegung und Bürokratie. Gefragt sei eine Bankenregulierung mit Vernunft und Augenmaß, die die Besonderheiten auch der Sparkassen ausreichend berücksichtigt. „Schließlich benötigen unsere Mittelständler und Existenzgründer weiterhin eine vernünftige Finanzierung“, erklärte Söder.

Um die Firmen wettbewerbsfähiger zu machen, sprach er sich für eine Reform zur Sen-



Von links: Walter Strohmaier, Bundesobmann der Sparkassen, Ministerpräsident Dr. Markus Söder, der Präsident des Sparkassenverbands Bayern Dr. Ulrich Netzer und Erster Verbandsvorsitzender des Sparkassenverbands Bayern und Landrat Prof. Dr. Ulrich Reuter.

kung der Unternehmenssteuern in Deutschland aus. Der Ministerpräsident verwies hierbei auf die US-Steuersenkungen, nannte aber auch Frankreich als möglicherweise erstarkenden Konkurrenten am Markt.

Im Rahmen einer Podiumsdiskussion wurden Söders und Netzers Positionen im Anschluss mit Landesobmann Walter Strohmaier und Roland Schmutz, Vizepräsident des Sparkassenverbands Bayern, angeregt diskutiert.

### Spende für Tafelarbeit

2018 ist nach Angaben von Präsident Netzer ein Jahr, in dem das Engagement der bayerischen Sparkassen für Tafelarbeit besonders deutlich wird. Mit 2 x 10.000 Euro aus dem Reinertrag ihrer Gewinnspartlotterie Sparkassen-PS-Sparen

und Gewinnen unterstützen die bayerischen Sparkassen die Arbeit von Einrichtungen in Stadt und Landkreis Rosenheim, die Lebensmittel einsammeln und an wirtschaftlich benachteiligte Bürger ausgeben. Insgesamt elf Einrichtungen mit 15 Ausgabestellen erhalten eine Spende für z. B. die Anschaffung von Transport- und Kühlmöglichkeiten, die Ergänzung des Angebots durch haltbare Lebensmittel oder eine Aktion „Kino und Eis“ für über 100 Kinder, deren Familien auf die Tafel angewiesen sind. Die Spenden überreichte Ulrich Netzer, stellvertretend für die begünstigten Organisationen, an Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer und Landrat Wolfgang Berthaler.

Eine ausführliche Dokumentation des Bayerischen Sparkassentags erscheint in Ausgabe 17/2018 der BGZ. **DK**

## Bayerns „Beste Fördermittelberater 2017“

BayernLB und Sparkassenverband Bayern verliehen Auszeichnung in Kooperation mit der KfW Bankengruppe, der LfA Förderbank Bayern und der Landwirtschaftlichen Rentenbank

Mit dem Preis „Bester Fördermittelberater 2017“ wurden in den Räumen der LfA Förderbank Bayern zehn Kundenberater bayerischer Sparkassen in unterschiedlichen Kategorien ausgezeichnet.

Roland Reichert, Leiter Bereich Sparkassen & Verbund bei der BayernLB, gratulierte den Gewinnern: „Um Förderdarlehen bei der Finanzierung optimal zu nutzen, brauchen die Kundenberater einen guten Überblick. Das zahlt sich für die Kunden aus. Denn mit zinsgünstigen Förderkrediten können Privatleute und Unternehmer ihre Finanzierungskosten erheblich reduzieren. Die ausgezeichneten Fördermittelberater haben eindrucksvoll gezeigt, dass sich ihr Einsatz zur Integration von Fördermitteln für die Kunden gelohnt hat.“

Alle 65 bayerischen Sparkassen und die BayernLB haben im vergangenen Jahr gemeinsam rund 18.400 zinsgünstige Förderkredite mit einem Volumen von rund 3,0 Mrd. Euro an Privatleute, Unternehmen und Kommunen ausgereicht. Mit einem Anteil von 35,7 Prozent aller im Jahr 2017 in Bayern vergebenen Förderdarlehen bleiben die bayerischen Sparkassen gemeinsam mit der BayernLB

Marktführer im Fördergeschäft in Bayern. Damit lag die Sparkassen-Finanzgruppe wie schon in den Vorjahren vor den Genossenschaftsbanken und den Privatbanken. Während die Landesbank als zentraler Dienstleister auftritt und die Mittel der Förderbanken an die Sparkassen durchleitet, bedienen diese die privaten und gewerblichen Endkunden.

### Preisträger aus allen Regionen

Mit der Auszeichnung „Bester Fördermittelberater 2017“ wurden heuer zum fünften Mal Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der bayerischen Sparkassen ausgezeichnet, die ihren Kunden vergangenes Jahr aufgrund ihrer Beratungsleistung hinsichtlich der Einbindung staatlicher Fördermittel vielfach besonders günstige Kreditkonditionen bieten konnten. Eine Jury hat die Preisträger aus zahlreichen Vorschlägen aus allen Regionen Bayerns ausgewählt. **□**



# Alter ist einfach.



sparkasse.de/alter

Wenn man sich mit der passenden Vorsorgestrategie auch bei niedrigen Zinsen auf die Zukunft freuen kann.

Sprechen Sie mit uns.

Wenn's um Geld geht

BKPV-Geschäftsbericht 2017:

# Geldanlage und Umsatzbesteuerung

**Aktuelle Fragen aus der Prüfungs- und Beratungstätigkeit bilden den Schwerpunkt des Geschäftsberichts 2017 des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands, München. Neben aktuellen Entwicklungen bei Geldanlagen im kommunalen Bereich sowie Fragen der Vergütungsanpassung und Umsatzbesteuerung wird das Thema „Tax Compliance Management Systeme bei Kommunen und kommunalen Unternehmen“ eingehend beleuchtet.**

Bei der Entscheidung über die „richtige“ Geldanlage sind laut BKPV unter den derzeitigen Rahmenbedingungen unterschiedliche Aspekte zu berücksichtigen. Zahlreiche Anfragen an die Geschäftsstelle belegten, dass eine große Ungewissheit und Unsicherheit herrschen, z.B. welche Geldanlagen bei welchem Institut noch möglich sind angesichts einer Zeit, in der für (bisher und nach wie vor zulässige) Geldanlagen „Strafzinsen“ oder „Verwahrentgelte“ anfallen und man zum Teil für aufgenommene Kredite Zinserträge generieren kann.

## Die richtige Geldanlage

Der Verband hat den Eindruck gewonnen, dass die kommunalen Körperschaften häufig mit den pauschalen Hinweisen auf die kommunale Selbstverwaltung und die (eigene) selbstständige Anlageentscheidung nicht ausreichend unterstützt werden. Eine Reduzierung der Rechtsposition auf die Einhaltung der Grundsätze der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit sowie „Sicherheit vor Ertrag“ sei wenig hilfreich und schaffe in der Praxis keine Klarheit.

Dringend wird dazu geraten, die Überlegungen, Daten und Informationen, die für eine Anlageentscheidung maßgeblich

sind, nachvollziehbar darzulegen und zu dokumentieren“. Dies sei auch deswegen wichtig, da es sich bei wesentlichen Entscheidungen über die Anlage von kommunalen Mitteln grundsätzlich um keine laufende Angelegenheit im Sinne des Art. 37 Abs. 1 GO handelt. Dem zuständigen Gremium müssten die maßgeblichen Handlungsalternativen und Begründungen hierzu sowohl für Einzelentscheidungen als auch für Rahmenentscheidungen vorgelegt werden. Es liege im ureigenen Interesse der Verwaltung, die der Anlageempfehlung und -entscheidung zugrundeliegenden Fakten nachvollziehbar und aktenkundig nachzuweisen.

## Viele offene Fragen

Der BKPV empfiehlt, „nicht nur bei rechtsfähigen und fiduziarischen Stiftungen, sondern generell die Grundsätze der Anlage und Verwaltung von Geldanlagen in Anlagerichtlinien vom zuständigen Gremium beschließen zu lassen sowie die Einzelheiten... durch Dienstabweisung zu regeln“.

Der 2016 ins Gesetz eingefügte § 2b UStG zur „Neuregelung der Umsatzbesteuerung bei juristischen Personen des öffentlichen Rechts“ trat 2017 in Kraft. Auch wenn der Großteil

der Körperschaften des öffentlichen Rechts die Übergangsregelung bis Ende 2020 und damit zunächst die Fortführung des alten Rechts in Anspruch nimmt, rückt der Ablauf der Übergangsfrist immer näher und die offenen Fragen werden nach Auffassung des Kommunalen Prüfungsverbands „oftmals mehr als weniger“.

## Haushaltsscreening

Sämtliche, bisher nicht der Umsatzsteuer unterliegende Einnahmen sollten die bayerischen Kommunen, Landkreise, Zweckverbände und Kommunalunternehmen dahingehend überprüfen, inwieweit diese ab 2021 Umsatzsteuer auslösen (könnten). Hierzu sollten alle Einnahmen-Haushaltsstellen einem sogenannten Haushaltsscreening unterworfen werden. Dies könne durch eigene Fachkräfte oder auch externe Berater erfolgen. Im Rahmen des Haushaltsscreenings sei jede einzelne Haushaltsstelle bzw. Einnahme zu durchleuchten.

Zu prüfen sei u.a., ob die Einnahmen auf privatrechtlicher oder öffentlich-rechtlicher Grundlage erzielt werden. Handelt es sich um Einnahmen auf privatrechtlicher Grundlage, bestehe Umsatzsteuerpflicht ab dem ersten Euro, soweit keine Steuerbefreiung gemäß § 4 UStG greift.

Handelt es sich um Einnahmen auf öffentlich-rechtlicher Grundlage, bestehe Umsatzsteuerpflicht, wenn eine Behandlung als Nichtunternehmer zu einer mehr als unbedeutenden Wettbewerbsverzerrung führen würde. „Dies ist nicht der Fall, wenn die Umsätze aus gleichartigen Tätigkeiten

nicht die Grenze von 17.500 Euro überschreiten oder es sich um Umsätze handelt, die zwingend umsatzsteuerfrei sind (z. B. Kindergartengebühren), oder die Einnahmen im Rahmen einer IKZ erzielt werden und dabei die Voraussetzungen des § 2b Abs. 3 Nr. 1 oder Nr. 2 UStG erfüllt sind.“

Es gibt also viel zu tun bis Ende 2020. In einigen Fällen kann auch ein vorzeitiger Widerruf der Option vorteilhaft sein.

Stichwort Tax Compliance Management System: Dabei handelt es sich um einen eingrenzenden Bereich, der der Erfüllung von steuerlichen Pflichten dient. Kommunen und kommunale Unternehmen sind wie alle Subjekte der Besteuerung verpflichtet, die Steuern inhaltlich richtig, zeitgerecht und vollständig zu deklarieren. Bei Kommunen sind hier insbesondere bei den Ertragsteuern die Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer und bei den Verbrauchsteuern die Umsatzsteuer zu nennen.

## Tax Compliance Management System

Auch im Hinblick auf die Erweiterung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand durch die Anwendung des § 2b UStG spätestens bei Option ab 2021 ist laut BKPV mit einer zunehmenden Anzahl und Komplexität der umsatzsteuerlichen Fragestellungen in der kommunalen Praxis zu rechnen.

Mit einem Anstieg von Sachverhalten, die der Besteuerung unterliegen, und einer gleichzeitigen Zunahme der Komplexität ist auch ein Anstieg von berichtigspflichtigen Sachverhalten zu erwarten.

„Unter Berücksichtigung dieser Entwicklungen... kann den Kommunen und kommunalen Unternehmen zur Verhinderung möglicher haftungsrechtlicher und steuerstrafrechtlicher Ansprüche nur angeraten werden, ein solches Tax Compliance Management System einzuführen“, heißt es abschließend im Prüfungsbericht. **DK**

Förderung im 10.000-Häuser-Programm:

## Jetzt auch ohne verpflichtende KfW-Förderung

**Im bayerischen 10.000-Häuser-Programm wurden die Richtlinien überarbeitet, wodurch sich für angehende Bauherren damit zwei wesentliche Verbesserungen ergeben:**

Zum einen wird die Antragsfrist bis zum 31. Dezember 2018 verlängert. Das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Energie und Technologie geht davon aus, dass auch bis zum Jahresende genügend Förderfälle verfügbar sind. Interessenten können sich mithilfe eines Zählers auf der Antragsplattform über die noch verfügbare Anzahl von Förderfällen informieren. Derzeit sind noch etwa 3.000 Anträge möglich.

Zum anderen hat das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Energie und Technologie die vielfache Kritik an der verpflichtenden Inanspruchnahme

der KfW-Förderung aufgegriffen. Für viele Bauherren ist eine Förderung aufgrund der verschlechterten Kreditkonditionen derzeit wenig attraktiv. Es sind zwar weiterhin die KfW-Anforderungen einzuhalten, die Inanspruchnahme der KfW-Förderung ist aber künftig optional und keine verpflichtende Voraussetzung mehr. Vom Energieeffizienz-Experten ist nur noch die Bestätigung der KfW-Förderfähigkeit mithilfe der KfW-online-Plattform zu erstellen.

Weitere Informationen auf der Website des 10.000-Häuser-Programms unter [www.energiebonus.bayern](http://www.energiebonus.bayern). **□**

Finanzminister Füracker:

## Eurozonen-Haushalt geht am tatsächlichen Europa-Problem vorbei

**„Europa braucht nicht noch mehr öffentliche Mittel, sondern gute Rahmenbedingungen, um private Investitionen anzukurbeln“, kritisiert Bayerns Finanz- und Heimatminister Albert Füracker die Pläne von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron.**

„Der Vorschlag eines Haushalts für die Eurozone geht am tatsächlichen Problem in Europa vorbei. Die EU stellt mit ihren zahlreichen Fonds bereits umfangreiche Mittel für Investitionen zur Verfügung und die extrem lockere Geldpolitik der EZB sorgt am Markt für Liquidität im Überfluss. Es sind vielmehr Strukturmaßnahmen nötig, damit diese Mittel gerade in bedürftigen Staaten auch auf fruchtbaren Boden fallen und nicht einfach verpuffen“, betonte Füracker.

Die Regierungschefs von Frankreich und Deutschland haben in ihrer gemeinsamen Erklärung von Meseberg unter anderem einen Haushalt für die Eurozone ins Spiel gebracht. Dieser solle die Wettbewerbsfähigkeit, Annäherung und Stabilisierung in der Eurozone mit Hilfe von Investitionen in Innovationen und Humankapital fördern. Auch neue Investitionen könnten aus diesem Haushalt finanziert werden, heißt es in der Erklärung. Daneben wollen beide Länder ei-

nen Europäischen Stabilisierungsfonds für Arbeitslosigkeit für den Fall schwerer Wirtschaftskrisen prüfen. Über den Umfang der Instrumente gab es noch keine Einigung, der Eurozonen-Haushalt solle aber aus nationalen Beiträgen, Steuereinnahmen und europäischen Mitteln finanziert werden.

„Solche Einrichtungen auf EU-Ebene untergraben letztlich die Anreize, auf nationaler Ebene ausreichend Vorsorge zu treffen. Wenn die Krise kommt, gibt es ja schließlich EU-Mittel. Und ob die vereinbarten Regeln, wer wann wieviel bekommt, eingehalten werden, wenn es erst einmal knirscht, ist aufgrund der Erfahrungen der letzten Krise mehr als fraglich“, stellt Füracker fest. Auch mit Blick auf die Finanzierung des Eurozonen-Haushalts ist er skeptisch: „EU-Steuern kommen zur Finanzierung jedenfalls nicht in Frage. Sie sind mit dem Charakter der EU als Staatenbund nicht vereinbar. Das Recht der Besteuerung liegt in der Souveränität der Mitgliedstaaten.“ **□**

Zukunft der erhöhten Gewerbesteuerumlagen:

## Kommunen vertrauen auf Entlastungen bei Umlagen

**Nach geltender Rechtslage sollen die Städte und Gemeinden ab 2020 bei der Gewerbesteuerumlage deutlich entlastet werden. Grund ist das Auslaufen der erhöhten Gewerbesteuerumlagen, deren Aufkommen sich in Bayern 2017 auf rund 920 Mio. Euro belief. Der Bayerische Städtetag lehnt Initiativen einzelner Bundesländer für eine Fortführung der Solidarpaktumlage grundlegend ab.**

Die Städte und Gemeinden führen nach dem Gemeindefinanzreformgesetz von der vereinbarten Gewerbesteuer Umlagen an den Bund und die Länder ab. Die Gewerbesteuerumlage der West-Kommunen beträgt 2018 68,3 Prozentpunkte und lag 2017 bei 68,5 Prozentpunkten.

Knapp die Hälfte der Gewerbesteuerumlage resultiert aus den erhöhten Gewerbesteuerumlagen zur Finanzierung des Fonds „Deutsche Einheit“ (4,3 Prozentpunkte) und anlässlich der Neuordnung Finanzausgleich - Solidarpaktumlage (29 Prozentpunkte) im Jahr 1995. Die erhöhten Umlagen fließen an die Länder. Das Volumen von 33,3 Prozentpunkten belief sich 2017 bayernweit auf rund 920 Mio. Euro.

Aufgrund des erheblichen Umlagevolumens ist es für die Städte und Gemeinden von hoher Bedeutung, dass die erhöhten Gewerbesteuerumlagen nach der aktuellen Rechtslage ab dem Jahr 2020 gänzlich entfallen und sich für die Kommunen mehr finanzielle Hand-

lungsspielräume ergeben. Um dem weiter wachsenden Ausgaben- und Druck standzuhalten und den unverändert hohen Investitionsbedarf in die kommunale Infrastruktur bewältigen zu können, ist die Beibehaltung der aktuellen Rechtslage unerlässlich. Bei den Verhandlungen für den Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD wurde in Bezug auf die erhöhte Gewerbesteuerumlage „Solidarpakt“ (29 Prozentpunkte) kein gesetzgeberischer Handlungsbedarf fixiert.

Auch im Zuge der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen im Jahr 2017 blieb die aktuelle Rechtslage unberührt. Deshalb lehnt der Bayerische Städtetag aktuelle Initiativen in anderen Bundesländern, die erhöhte Gewerbesteuerumlage „Solidarpakt“ über das Jahr 2019 hinaus fortzuführen, grundlegend ab. Die Fortführung der erhöhten Gewerbesteuerumlagen wäre für die kommunale Ebene ein nicht hinnehmbarer Einschnitt in ihre finanzielle Planungssicherheit. **IBSt**

## Mehr EU-Mittel für bayerische Start-ups

Venture-Capital-Dachfonds wird auf 200 Millionen Euro aufgestockt

**Die LfA Förderbank Bayern und der Europäische Investitionsfonds (EIF) bauen ihre erfolgreiche Zusammenarbeit für Start-ups weiter aus. Die LfA-EIF-Fazilität, ein Dachfonds zur Verbesserung der Finanzierungsbedingungen für innovative Unternehmen, wird von LfA und EIF jeweils um 25 Millionen Euro auf insgesamt 200 Millionen Euro aufgestockt. Der Anteil der LfA beläuft sich damit auf 100 Millionen Euro.**

Der Fonds wurde auf Initiative des Bayerischen Wirtschaftsministeriums, der LfA und des EIF geschaffen und investiert seit 2009 in Venture-Capital-Fonds in Bayern. Ziel ist es, das Wagniskapitalangebot im Freistaat für kleinere und mittlere Technologieunternehmen zu erweitern. Bislang sind Zusagen an 26 Fonds mit Sitz oder Niederlassung im Freistaat erfolgt. Über 50 bayerische Unternehmen haben bereits von Investitionen aus den Fonds der LfA-EIF-Fazilität profitiert.

## Finanzierung weiter fördern

Der Geschäftsführende Direktor des Europäischen Investitionsfonds, Pier Luigi Gilbert, kommentiert: „Der EIF ist hoch erfreut, sein Engagement für die LfA-EIF-Fazilität zur Unterstützung von KMU in Bayern weiter auszubauen. Die LfA-EIF-Fazilität investiert in VC-Fonds, um Unternehmen den Zugang zu finanziellen Mitteln zu erleichtern. Unser Engagement wird weiter dazu beitragen, die Finanzierung von Unternehmen durch bestehende und neue Fondsmanager weiter zu fördern.“

Bayerns Wirtschaftsminister

und LfA-Verwaltungsratsvorsitzender Franz Josef Pschierer erklärt: „Der Zugang zu Wagniskapital ist gerade für junge technologieorientierte Unternehmen eine wichtige Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg. Mit der Aufstockung des bayerisch-europäischen Dachfonds schafft die LfA nachhaltige Anreize, mehr Wagniskapital nach Bayern zu holen. Das stärkt die bayerische Venture-Capital-Landschaft, verbessert die Finanzierungschancen für innovative Start-ups und setzt Wachstumsimpulse am Standort.“

## Kooperation ist großer Erfolg

Dr. Otto Beierl, Vorstandsvorsitzender der LfA, ergänzt: „Unsere Kooperation mit dem EIF für mehr Wagniskapital in Bayern ist ein großer Erfolg. Durch unsere Investitionen in den Dachfonds des EIF konnten bislang rund 3 Milliarden Euro an zusätzlichem Kapital bei Drittinvestoren eingeworben werden. So fließt ein Vielfaches unseres Mitteleinsatzes an bayerische Hightech-Gründer über Eigenkapital zurück. Im Interesse der bayerischen Start-ups weiten wir unser Engagement nun erneut aus. **□**

## Kommunale Kassenlage im ersten Quartal 2018

**Die Ergebnisse der Kassenstatistik für das Auftaktquartal geben eine erste Orientierung zur Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens sowie zu den Einnahmen und Ausgaben der bayerischen Kommunen. Im Vergleich zum Vorjahr steigt das Defizit um rund 27 Prozent auf knapp - 1,6 Milliarden Euro.**

Die kassenmäßigen Steuereinnahmen (Netto) der bayerischen Kommunen stiegen im Jahresauftaktquartal um 7,7 Prozent auf rund 3 Milliarden Euro. Da die Steuerbeiträge (Einkommensteuer, Umsatzsteuer) nicht im ersten Kalendervierteljahr kassenwirksam werden (sondern nur die Zahlungen aus der Spitzabrechnung für das Jahresabschlussquartal 2017), richtet sich das Hauptaugenmerk für diesen Betrachtungszeitraum auf die Gewerbesteuer. Das Netto-Gewerbesteueraufkommen (Gewerbesteueraufkommen abzüglich Gewerbesteuerumlage) der Städte und Gemeinden betrug in Summe rund 2,55 Milliarden Euro und liegt deutlich über dem Vorjahresaufkommen (+ 10,1 Prozent). Anders als zum Vorjahresauftakt ist fand der Aufwuchs sowohl bei den kreisfreien Städten (+ 12,3 Prozent) als auch bei den kreisangehörigen Städten und Gemeinden (+ 8,5 Prozent) statt. Die kreisfreien Städte verzeichneten im vergangenen Jahr noch einen Rückgang um 6,6 Prozent.

Die Kassenlage hat sich im Vergleich zum Vorjahresquartal etwas verschlechtert. Dem Anstieg auf der Einnahmeseite um 0,3 Prozent auf 7,87 Milliarden Euro stehen Zuwächse auf der Ausgabenseite um 3,9 Prozent auf 9,45 Milliarden Euro gegenüber. Daraus resultiert ein negativer Finanzierungssaldo in Höhe von - 1,59 Milliarden Euro (Vorjahr: - 1,25 Milliarden Euro).

Mit Ausnahme der Ausgabepositionen für Zinsaufwendungen und sonstige soziale Leistungen fanden durchgängig bei allen Gruppierungsebenen Ausgabensteigerungen statt. Einen beachtlichen Aufwuchs (+ 23 Prozent) gab es bei den Bauausgaben, die insbesondere auf die aktuelle Hochkonjunktur in der Bauwirtschaft zurückzuführen sein dürften. Die Ausschreibungsergebnisse für kommunale Baumaßnahmen sind aufgrund überhöhter Angebotspreise und ausbleibender Angebote oftmals ernüchternd. Dies führt dazu, dass wichtige kommunale Infrastrukturprojekte häufig deutlich teurer und später umgesetzt werden können.

**Quelle: Informationsbrief des Bayerischen Städtetags Kontakt: [johann.kronauer@bay-staedtetag.de](mailto:johann.kronauer@bay-staedtetag.de) **□****

Ehrenamt-Symposium der Versicherungskammer Stiftung:

## Neue Wege über Grenzen hinweg

„Ehrenamt grenzenlos“ lautete das Motto des 5. Ehrenamt-Symposiums der Versicherungskammer Stiftung in München, zu dem sich rund 200 Vertreter aus dem Ehrenamt sowie aus Kirche, Politik, Kommunen und Verbänden einfanden. Schirmherrin der Veranstaltung war Sozialministerin Kerstin Schreyer.

Das Ehrenamt muss sich mit gesellschaftlichen Entwicklungen und veränderten Lebenswelten auseinandersetzen, um weiterhin seine so wichtige Rolle für den gesellschaftlichen Zusammenhalt auszuführen, unterstrich Wolfgang Reif, Vorstandsvorsitzender der Versicherungskammer Stiftung, während eines Begrüßungsgesprächs mit Dr. Frank Walther, Vorstandsvorsitzender des Konzerns Versicherungskammer und Dr. Markus Gruber, Ministerialdirektor im Bayerischen Sozialministerium.

Wichtige Handlungsfelder im Ehrenamt wurden in vier Diskussionsforen „Ehrenamt 4.0“, „Frauen in den Vorstand“, „Migranten in Blaulichtorganisationen“ und „Ehrenamt barrierefrei“ intensiver beleuchtet. Wie im Forum „Ehrenamt 4.0“ deutlich wurde, eröffnet die Digitalisierung neue Wege für Kommunikation und Zusammenarbeit; gleichzeitig verändert sie das Innenleben von Vereinen.

### Digitale Transformation

Laut Forschungskordinator Hendrik Epe von der Katholischen Hochschule Freiburg lässt sich digitale Transformation als relevante Unterstützung der Arbeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Engagierten nutzen. Digitales Engagement sei eine wichtige und effektive Ressource der Zivilgesellschaft, die mitgestaltet werden muss. Digitalisierung könne die Zivilgesellschaft durch ihre zahlreichen Möglichkeiten stärken, wie z.B. durch stärkere Vernetzung, höhere Sichtbarkeit und vielfältigere Angebote. Dies beschränke sich bei weitem nicht nur auf Soziale Medien. Um diese Möglichkeiten zu nutzen, seien eine fundierte Digitalstrategie sowie Maßnahmen der Entwicklung der Organisationen nötig, die den Bedürfnissen, Zielen und Ressourcen der jeweiligen Institution und ihren haupt- und ehrenamtlichen Engagierten Rechnung trägt.

### Frauen in den Vorstand!

Wie Dr. sc. Eckhard Priller vom Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft im Forum „Frauen in den Vorstand!“ erläuterte, sind diese in Führungspositionen immer noch unterrepräsentiert, obwohl sie eine wichtige Ressource für die Besetzung ehrenamtlicher Funktionen darstellten. Um eine Geschlechterparität herzustellen, müsse zunächst Transparenz geschaffen werden - es gelte, Perspektiven und Berechenbarkeit zu bieten. Außerdem seien die spezifische Motivation zu beachten, entsprechende Anreize zu schaffen und individuelle Zeitstrukturen zu berücksichtigen. Neben einer direkten und persönlichen Ansprache müssten Frauen durch Netzwerke, Qualifikation, Mentoring und Coaching gestärkt werden. Bereits bei der Nachwuchsförderung müsse damit begonnen werden, Frauen an ehrenamtliche Positionen heranzuführen.

### Wichtig ist gezielte Förderung

Claudia Scheerer, Leiterin Unternehmenskommunikation der VKB und engagiert in der Diversity-Initiative, sieht große Gemeinsamkeiten zwischen der freien Wirtschaft und Non-Profit-Organisationen bei der Ge-

winnung von Frauen für die obere Führungsebene. Mut machen gehöre dazu, aber es gelte auch, die unterschiedlichen Motive von Frauen wie stärkere Sachorientierung und weniger Machtstreben zu berücksichtigen sowie das Augenmerk auf persönliche Ansprache und gezielte Förderung zu richten.

Im Forum „Migranten in Blaulichtorganisationen“ wies Susanne Huth, INBAS-Sozialforschung GmbH, darauf hin, dass sich Zugänge zum Engagement vor al-



Wolfgang Reif, Vorsitzender der Versicherungskammer Stiftung. □

lem durch aufsuchende, persönliche Ansprache und durch Multiplikatoren der eigenen ethnischen Community, beispielsweise aus Migrantenorganisationen oder Ausländervertretungen in den Kommunen, eröffneten. Hilfreich seien zudem Stadtteil- und Lebensweltorientierung.

Insgesamt müsse die Förderung des Engagements von Menschen mit Migrationshintergrund und eines interkulturellen Miteinanders auf der individuellen Ebene (Schaffung von Zugängen und Beteiligungsmöglichkeiten durch Ansprache, Gewinnung, Bindung und Anerkennung), der strukturellen Ebene (Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen in Migrantenorganisationen und Interkulturelle Öffnung traditioneller Engagementstrukturen) sowie der Vernetzungsebene (Kooperation und Vernetzung von Migrantenorganisationen und traditionellen Engagementstrukturen) ansetzen.

### Blaulichtengagement

Wie in der Diskussion mit dem Publikum deutlich wurde, können Jugendfeuerwehren als Einstieg dienen. Die lokale Engagementförderung sollte die Bedeutung des Blaulichtengagements für den Heimatort vermitteln. Beispielhaft wurde auf das schulische Wahlpflichtfach Feuerwehr in Rheinland-Pfalz verwiesen.

Fazit: Für Blaulichtorganisationen stellt das Heranführen neuer Ehrenamtlicher eine Anstrengung dar, die Ausbildung ist aufwändig und teuer. Der Ressourceneinsatz dafür aber lohnt sich und ist ein Gewinn - nicht nur für die Organisationen, sondern auch für den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft.

Inklusion muss gelebt werden, damit sie stattfindet. Eine inklusive Gesellschaft bedeutet Kontakte und auch Auseinandersetzungen zwischen Menschen. Mit dieser grundsätzlichen Haltung der Beteiligten startete das Dis-

kussionsforum „Ehrenamt barrierefrei“, durch das Henning Baden von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e.V. (bagfa) in Berlin führte und dabei Unterstützung aus der Praxis von Bettina Wirth und Martin Falger vom BRK Kreisverband Würzburg erhielt.

### Motor für Inklusionsprozesse

Unter Inklusion ist Teil-Habe, Teil-Sein und Teil-Gabe zu verstehen. Menschen mit Behinderung wollen nicht nur Empfänger von ehrenamtlichem Engagement anderer sein, sie wollen und können hier selber eine aktive Rolle übernehmen. Das freiwillige Engagement, so die These von Henning Baden, tut der Inklusion gut. Es könne gelingende inklusive Prozesse dokumentieren und so auch eine gewisse Leichtigkeit in eine oft verkopfte, problembeladene Debatte bringen. Freiwilliges Engagement könne ein Motor für Inklusionsprozesse sein.

Passend zum Jahresthema und dem Titel der Veranstaltung wurde im Rahmen des Kongresses der Ehrenamtspreis 2018 überreicht. Unter dem Motto „Mia san digital – Ehrenamt 4.0“ bewarben sich über 50 Projekte, die die (Zusammen-)Arbeit und Vernetzung im Ehrenamt durch digitale Lösungen verbessern.

In der Kategorie „Wir gestalten!“ ging die mit 5.000 Euro dotierte Auszeichnung an die Freiwilligen-Agentur Tatendrang München für ihr Projekt „Whats to do?“ – Freiwilliges Engagement für Kurztentschlossene über WhatsApp.

### Ehrenamtspreis 2018

Mit „What's to do?“ wird Interessierten die Möglichkeit geboten, sich spontan und flexibel ehrenamtlich zu engagieren. Seit November 2016 können sich Interessierte für eine WhatsApp-Gruppe registrieren lassen, die Angebote zu spontanem ehrenamtlichen Engagement bietet. Jede Woche werden ein bis zwei Nachrichten an die mittlerweile rund 730 freiwilligen Helfer verschickt. Dabei wird bewusst in Zusammenarbeit mit rund 30 Partnern auf eine breite Vielfalt von Einsatzbereichen und unterschiedlichen Tätigkeiten geachtet.

Um die Rahmenbedingungen für die Ehrenamtlichen und die beteiligten Einrichtungen zu klären und eine Verbindlichkeit herzustellen, waren alle Personen, die in der WhatsApp-Gruppe registriert sind, vorher bei einer persönlichen Beratung bei der Freiwilligen-Agentur. Durch diese zeitgemäße digitale Form der Kommunikation hat Tatendrang einen niedrighschwelligem Zugang zu bürgerschaftlichem Engagement geschaffen, sodass jeder sich spontan, gemäß seiner individuellen Situation und Interessen, engagieren kann.

### Preis für Notfallseelsorge Augsburg

In der Kategorie „Wir starten durch!“ wurde das Projekt „App NFS Landkarte – Digitale Unterstützung unserer Ehrenamtlichen im Einsatz“ der Notfallseelsorge des Bistums Augsburg mit 2.000 Euro prämiert. Zusätzlich erhält die Notfallseelsorge Unterstützung in Form eines Coachings zur Weiterentwicklung der App.

Die Notfallseelsorge des Bistums Augsburg widmet sich der akuten psychosozialen Notfallversorgung von Menschen nach dramatischen Ereignissen. Fast ausschließlich ehrenamtlich tätig, waren allein im Jahr 2017 ca. 200 Mitarbeiter über 1.200

Mal im Einsatz. Mit einer eigenen App will die Notfallseelsorge des Bistums Augsburg seine Ehrenamtlichen im Einsatz digital unterstützen. Sie kann kostenfrei von jedem im Apple- und GooglePlay-Store heruntergeladen werden. Durch die Aufteilung in zwei Ebenen sind sensitive Daten per individuellem Login der Einsatzkräfte geschützt.

Die erste, öffentlich zugängliche Ebene der App zeigt in Form einer Landkarte u.a. ortsbezogene Informationen zu Verwaltungsgrenzen und Kontaktdaten von Organisationen im Bereich der psychosozialen Notfallversorgung (PSNV) an. Die zweite Ebene, die passwortgeschützt und verschlüsselt ist, wird von den Einsatzkräften selbst genutzt und soll die Vernetzung und den schnelleren Zugriff auf Informationen während eines Einsatzes ermöglichen, darunter fallen z.B. Kontaktdaten aller Mitarbeiter der Notfallseelsorge, Routen und Einsatzmappen.

### Weitere Funktionen geplant

In Zukunft sind weitere Funktionen für die App geplant, wie beispielsweise ein Messenger, um eine noch schnellere Kommunikation und Unterstützung während des Einsatzes zu ermöglichen. Langfristiges Ziel der App ist es auch andere Notfallseelsorge-Teams der Bayerischen Bistümer einzubeziehen, insbesondere für bistumsübergreifende Einsätze bei Großschadenslagen. Darüber hinaus sollen weitere Informationsschnittstellen zu anderen Institutionen wie Klinik- Polizei-, Rettungsdienst- und KIT-Einrichtungen angezeigt und aufgebaut werden. DK

## Der Geldautomat feiert 50. Geburtstag

Bargeld ist weiterhin das beliebteste Zahlungsmittel in Deutschland / Stadtparkasse München unterhält mit 215 Geldautomaten münchenweit das dichteste Netz

Vor 50 Jahren stellt die Kreissparkasse Tübingen den ersten Geldautomaten Deutschlands auf, 1977 wird der erste Online-Geldautomat moderner Bauart Deutschlands von der Stadtparkasse München in Betrieb genommen. Mittlerweile gibt es über 60.000 davon in ganz Deutschland. Mit Abstand die meisten davon, nämlich 25.700, gehören den Sparkassen.

Und obwohl es mittlerweile Alternativen wie das Geldabheben im Supermarkt gibt, bevorzugen die Deutschen immer noch den traditionellen Automaten: Rund 42-mal im Jahr hebt der Durchschnittsdeutsche an einem Geldautomaten Bargeld ab. Durchschnittlich sind es dabei jedes Mal 189 Euro.

### Studie zum Zahlungsverhalten

Die aktuelle Bundesbankstudie „Zahlungsverhalten in Deutschland 2017“ stellt zudem fest, dass sich eine große Mehrheit der Deutschen, 88 Prozent, eine Zukunft ohne Bargeld nicht vorstellen kann. Sie lehnt eine Bargeldabschaffung oder -einschränkung deutlich ab. 96 Prozent der Befragten befürchten, ohne Bargeld Schwierigkeiten beim Bezahlen für einige Bevölkerungsgruppen, beispielsweise ältere Menschen. Die Zahlen sprechen für sich: Rund 74 Prozent aller Transaktionen wurde 2017 mit Bargeld getätigt, besonders kleinere Beträge werden hierzulande fast ausschließlich bar bezahlt.

Die Stadtparkasse München unterhält unter allen Banken in München das dichteste Geldau-

tomatennetz mit 215 Automaten und es kommen neue dazu: In der Sonnenstraße steht ab sofort ein neuer Geldautomat, integriert in die Fassade des Münchner Mietervereins.

### Die Stadtparkasse München

Fast jeder zweite Münchner vertraut in Geldfragen auf die Stadtparkasse München, die seit 1824 besteht. Der Marktführer unter den Münchner Banken im Privatkundenbereich, bezogen auf Hauptbankverbindungen, bietet mit 58 Standorten das dichteste Filialnetz aller Kreditinstitute im Stadtgebiet. Mit ihren Partnern aus der Sparkassen-Finanzgruppe, dem größten Finanzverbund Deutschlands, stellt sie das gesamte Spektrum von Finanzdienstleistungen, Anlagemöglichkeiten und Finanzierungsformen bereit. Auch die S-Apps gehören zu den meistgenutzten Banking-Apps in Deutschland für Smartphone und Tablet.

Mit einer durchschnittlichen Bilanzsumme von 17,3 Milliarden Euro ist die Stadtparkasse München die größte bayerische und fünftgrößte deutsche Sparkasse. □



## Wir machen uns stark für die Kommunen.

### Intelligente Lösungen für Kommunkunden

Gemeinsam mit den bayerischen Sparkassen bieten wir Kommunkunden in Bayern ein lückenloses Leistungsspektrum – von der Finanzierung bis zur Energieberatung. Die BayernLabo ergänzt diese Leistungen durch zinsgünstige Kommunalkredite und spezielle kommunale Förderprogramme. ▶ [www.bayernlb.de/oeffentliche\\_hand](http://www.bayernlb.de/oeffentliche_hand)

Stadtsparkasse München unterstützt Kampagne des Münchner Netzwerks Wohnungslosenhilfe:

## „München: Wohnstadt mit Herz“

Rund 9.000 Münchnerinnen und Münchner sind derzeit wohnungslos

Der Vorstandsvorsitzende der Stadtsparkasse München, Ralf Fleischer, bekräftigte gegenüber der Schirmherrin Petra Reiter, Ehefrau des Münchner Oberbürgermeisters, die volle Unterstützung für die Aktion des Münchner Netzwerks Wohnungslosenhilfe. Mit ihrer Kampagne „München – Wohnstadt mit Herz“ appelliert das Münchner Netzwerk Wohnungslosenhilfe an die Solidarität der Münchner Stadtgesellschaft: Wer Wohnraum zur Verfügung stellen kann, soll den Menschen, die es auf dem Wohnungsmarkt besonders schwer haben, eine Chance geben.

„Es ist mir ein Anliegen, auch denjenigen Münchnerinnen und Münchnern, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen, zu helfen, eine eigene bezahlbare Wohnung in München zu finden“, sagt Ralf Fleischer. Dazu verteilen die Mitarbeiter der Stadtsparkasse München das ganze Jahr über Postkarten an ihre Kunden mit dem Aufruf des Netzwerks. Da die Stadtsparkasse München Marktführer bei Privat- und Firmenkunden in der Stadt ist, hat sie auch laufend Kontakt zu

Kunden mit Immobilienbesitz und nutzt diese, um auf die Aktion aufmerksam zu machen.

### Große Konkurrenz auf dem Mietmarkt

Denn in München gibt es zu wenig bezahlbare Wohnungen für sozial Schwache. Die Konkurrenz auf dem Mietmarkt ist entsprechend groß. Das Nachsehen haben dann besonders Geringverdiener und Alleinerziehende sowie Menschen mit vielen Kindern oder gesund-

heitlichen Problemen. Die sozialen Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe, die Beherbergungsbetriebe und städtischen Notquartiere sind voll, auch weil die Menschen aus diesen Einrichtungen heraus nur schwer eine eigene Wohnung finden.

### Vermieter als Adressaten

Die Kampagne „München: Wohnstadt mit Herz“ spricht deshalb gezielt Vermieter an. Das Münchner Netzwerk Wohnungslosenhilfe bietet den Wohnungssuchenden darüber

### Sparkasse Niederbayern-Mitte:

## Informationsbesuch von MdEP Manfred Weber

Über den enormen Aufwand bei der Umsetzung der europäischen Regulierung vor Ort hat der Bundesobmann der Sparkassen und Vorstandsvorsitzende der Sparkasse Niederbayern-Mitte, Walter Strohmaier, mit dem Fraktionsvorsitzenden der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament und stellvertretenden CSU-Parteivorsitzenden Manfred Weber informiert.

„Die anhaltende Regulatorik, die ursprünglich auf international tätige Bankkonzerne abzielen sollte, belastet inzwischen kleine und mittlere, regional verankerte Kreditinstitute übermäßig“, so Strohmaier. Gleichzeitig führe der teilweise überbordende Verbraucherschutz zu Frust bei Kunden und den Mitarbeitern. „Wir brauchen dringend eine praxisgerechtere Auslegung der bestehenden Gesetze durch die deutschen und europäischen Aufsichtsbehörden.“

### Wichtiger Ortstermin

Strohmaier, der als Bundesobmann der Sparkassen mit seiner fachlichen Expertise die Interessen der Sparkassen in den Gremien des DSGV vertritt und zugleich einer der Vizepräsidenten des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) ist, begrüßte den Besuch Webers. „Es ist wichtig und richtig, dass Abgeordnete des Europaparlaments sich vor Ort ein Bild darüber machen, welche Auswirkungen die europäischen Gesetze und Verordnungen haben. Nur so können wir vor Ort Verbesserungen für die Menschen erreichen“, so Strohmaier.

### Regulierungsunami

Beispielsweise in der Wertpapierberatung seien die Institute überall in Deutschland inzwischen von einem bürokratischen Regulierungsunami erfasst worden, der weit über das Ziel hinausschieße. „Sparkassen sind bei der Wertpapierberatung dazu verpflichtet, dem Kunden eine Fülle von Dokumenten auszuhändigen, selbst wenn dieser ausdrücklich dar-

hinaus verschiedene Hilfsangebote wie Fachberatungen und Mittagstische und unterstützt sie vor, während und nach dem Umzug in die eigene Wohnung.

Auch die Stadtsparkasse München trägt mit ihren rund 1.800 Wohnungen dazu bei, die Wohnungsnot zu lindern und nutzt konsequent Ausbaureservern in ihrem Bestand, um mehr Wohnraum zu bieten. Sie vermietet ausschließlich zu Preisen des Münchner Miet spiegels. Frei werdende Wohnungen, die nicht von Mitarbeitern in Anspruch genommen werden, kommen auf den freien Wohnungsmarkt. Jede dritte Wohnung der Stadtsparkasse wird derzeit von Mitarbeitern der Stadtsparkasse bewohnt. □



Von links: Ralf Fleischer, Vorstandsvorsitzender der Stadtsparkasse München, Petra Reiter, Schirmherrin des Münchner Netzwerks Wohnungslosenhilfe, und Christoph Frey, Geschäftsführer der AWO München-Stadt. □

### Berlin Hyp und MünchenerHyp.

## Piloten der EEMI

Mit mehr als 35 europäischen Banken startet die Pilotphase der Energy Efficient Mortgages Initiative (EEMI). Unter den aus Deutschland teilnehmenden Banken sind die Berlin Hyp und die Münchener Hypothekenbank eG (MünchenerHyp) Gründungsmitglieder der Initiative.

Die EEM Initiative wird vom Europäischen Hypothekenverband (EMF) und vom European Covered Bond Council (ECBC) koordiniert und von der EU unter dem Horizon 2020 Programm finanziell gefördert. Ziel der im September 2016 ins Leben gerufenen Initiative ist es, auf europäischer Ebene zu definieren, was unter einem „energieeffizienten Hypothekendarlehen“ (EEM) zu verstehen ist und solche Darlehen durch die teilnehmenden Banken auszuweiten.

### Eckpfeiler

Dabei stehen einige grundsätzliche Eckpfeiler bereits fest: Die Darlehen dürfen für den Erwerb und das Development energieeffizienter Gebäude ebenso verwendet werden wie für Renovierungsmaßnahmen, die der Verminderung des Energiebedarfs eines Gebäudes gelten. Dabei geht es sowohl um wohnwirtschaftliche als auch gewerbliche Objekte.

„Wir freuen uns sehr, an diesem großen europäischen Projekt von Beginn an mitzuwirken“, so Gero Bergmann, Mitglied des Vorstands der Berlin Hyp. „Die Berlin Hyp hat sich in den vergangenen Jah-

ren den Ruf als einer der führenden Green Finance Banken und Green Bond Emittenten erarbeitet. Im Rahmen der EEMI können wir unser Know-how mit anderen teilen und dazu beitragen, den Stellenwert von Nachhaltigkeit im Kerngeschäft von Banken weiter zu steigern. Gleichzeitig können die Banken mit der EEM Initiative einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele der EU liefern.“

### Nachhaltigkeit im Kerngeschäft verankern

„Es ist uns ein großes Anliegen, unsere Expertise in Fragen der Nachhaltigkeit auf europäischer Ebene einzubringen“, sagt Bernhard Heinlein, Mitglied des Vorstands der MünchenerHyp. Bereits im November 2015 haben wir ein grünes Hypothekendarlehen für die private Immobilienfinanzierung entwickelt, um Nachhaltigkeit noch tiefer im Kerngeschäft der MünchenerHyp zu verankern. Das grüne Darlehen wurde zudem von oekom research als nachhaltig zertifiziert.“ Weitere Informationen zur Initiative unter <http://eem.energyefficientmortgages.eu/> □

## Regulatorische Entlastungen für kleinere Banken

GVB begrüßt Votum für Bürokratieabbau im Europäischen Parlament

Der Genossenschaftsverband Bayern (GVB) begrüßt erste politische Fortschritte beim Abbau überzogener regulatorischer Vorschriften für kleinere und risikoarme Kreditinstitute. So hat der Wirtschafts- und Währungsausschuss des Europäischen Parlaments dafür gestimmt, unverhältnismäßige Melde- und Offenlegungspflichten zu lockern, die für Regionalbanken mit hohen Kosten verbunden sind und allenfalls einen überschaubaren Nutzen stiften. Wesentliche Voraussetzung dafür soll sein, dass die Bilanzsumme eines Instituts in Deutschland einen Schwellenwert von fünf Milliarden Euro nicht überschreitet.

„Endlich geht es vorwärts. Nach Lippenbekenntnissen und langwierigen Debatten kommt der dringend erforderliche Bürokratieabbau für Regionalbanken in die Gänge“, kommentierte Verbandspräsident Jürgen Gros den Beschluss.

Der GVB hatte sich als Interessenvertreter der Volksbanken und Raiffeisenbanken im Freistaat in den vergangenen Jahren vehement für eine differenzierte Regulierung der Finanzwirtschaft eingesetzt, die insbesondere auch der mittelständischen Wirtschaft gerecht wird.

Die Ausschussempfehlung wird im nächsten Schritt dem Plenum des Europäischen Parlaments zur Abstimmung vor-

gelegt. Zusätzlichen Handlungsbedarf sieht der GVB im weiteren politischen Prozess bei der Definition des Schwellenwerts. Statt eine dauerhaft starre Größe zu etablieren, spricht sich der Verband dafür aus, den Grenzwert von fünf Milliarden Euro laufend an die Wirtschaftsentwicklung anzupassen.

### Kundenwachstum fördern

„Regionalbanken sollte es möglich sein, nachhaltiges Wachstum ihrer Kunden durch die Vergabe von Krediten zu unterstützen – ohne dass sie dadurch in eine andere Regulierungsklasse rutschen“, machte Gros abschließend deutlich. □



Von links: Susanne Stippler (Stiftungsberaterin HAUS DER STIFTER), Gerd Merkle, (Baureferent Stadt Augsburg), Florian Freyer (Steinmetz- und Steinbildhauermeister), Cornelia Kollmer (Kuratoriumsvorsitzende HAUS DER STIFTER), Gerhard Huber (Untere Denkmalschutzbehörde), Robert Mattmann (Hochbauamt).  
Bild: Stadtsparkasse Augsburg

## Brunnenmaske für die Stadt

Übergabe einer rekonstruierten Brunnenmaske für den Wandbrunnen im Bürgerhof

Die großzügige Spende einer Stiftung aus der „HAUS DER STIFTER – Stiftergemeinschaft der Stadtsparkasse Augsburg“ ermöglichte die Rekonstruktion einer Brunnenmaske am kleinen Wandbrunnen im Hof des Verwaltungsgebäudes I der Stadt Augsburg (Bürgerhof).

Den Stiftern, die nicht genannt werden möchten, war es ein besonderes Anliegen, sich gezielt für den Erhalt historischer Zeugnisse in Augsburg einzusetzen. Anhand von Bildmaterial der Unteren Denkmalschutzbehörde konnte die Bronzeplatte rekonstruiert und gegossen werden.

Der kleine Wasserspeier stammt aus der Erbauungszeit des Gebäudes Anfang des 20. Jahrhunderts und befindet sich nun wieder an seinem ursprünglichen Platz im sog. „Bürgerhof“.

Die feierliche Übergabe durch

die HAUS DER STIFTER – Stiftergemeinschaft der Stadtsparkasse Augsburg an die Stadt Augsburg fand vor einigen Tagen im Innenhof des Verwaltungsgebäudes 1 statt.

An der Rekonstruktion und dem Abguss waren die Gießerei Strassacker, die Keramische Werkstätte Pittroff und Steinmetz Freyer beteiligt. Alle organisatorischen Belange erfolgten federführend durch die Untere Denkmalschutzbehörde, Gerhard Huber, und das städtische Hochbauamt, Robert Mattmann. □

## DSGV begrüßt Willen zum Risikoabbau

Schleweis: „In einem verantwortungsvollen Europa müssen Risiko und Haftung zusammen bleiben“

Als „wichtigen Verhandlungserfolg für die Bundesregierung“ bezeichnet Helmut Schleweis, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), das Bekenntnis der europäischen Staats- und Regierungschefs zur Weiterentwicklung des Europäischen Stabilitätsmechanismus. Auch hier muss nach Ansicht des DSGV der Zusammenhang von Risiko und Haftung gelten.

Der Risikoabbau im europäischen Bankenmarkt ist mit konkreten und im Erfolg messbaren Maßnahmen voranzubringen. „Unverhältnismäßig hohe Bestände an notleidenden Krediten und zu große Abhängigkeiten von Staaten und Banken können die Stabilität von Bankenmärkten bedrohen. Deshalb ist der Wille zum Risikoabbau wie ihn Frankreich und Deutschland derzeit konkret vorantreiben ein wichtiges Signal“, so Schleweis. „Wir bestärken die Bundesregie-

lung darin, diesen Kurs zu halten.“

### Gegen Protektionismus

Erfreulich ist nach Ansicht des DSGV, dass der Gipfel der Staats- und Regierungschefs bei wichtigen gemeinsamen europäischen Themen große Übereinstimmung gebracht habe. Dazu zählten eine effektivere Sicherung der europäischen Außengrenzen und eine gemeinsame Haltung gegen Protektionismus. □



Der Vorstandsvorsitzende der Sparkasse Niederbayern-Mitte, Walter Strohmaier (l.), gemeinsam mit dem Fraktionsvorsitzenden der EVP im Europäischen Parlament, Manfred Weber. □

Internationaler Altkunststofftag in Bad Neuenahr:

## Recycling-Strukturen nach Qualität ausrichten

„Für uns sind Kunststoffabfälle nicht wertlos, sondern Wertstoffe. Sie gehören nicht auf den Müll. Weder hier in Deutschland und Europa, noch irgendwo auf der Welt.“ Das erklärte Eric Rehbock, Hauptgeschäftsführer des bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung, vor mehr als 430 Teilnehmern des 21. Internationalen Altkunststofftags in Bad Neuenahr.

Rehbock betonte, dass diejenigen, die bisher auf den Export gesetzt haben, umdenken müssen. „Vergeuden Sie nicht zu viel Energie damit, Alternativen für China zu suchen. Vietnam, Malaysia, aber auch osteuropäische Länder, wie beispielsweise Polen, sind allenfalls temporäre Lösungen. Diese Länder werden sehr schnell, sehr genau darauf achten, welche Materialqualitäten sie hineinlassen und welche nicht“, betonte Rehbock.

Eric Rehbock wies in seiner Rede darauf hin, dass das Thema Kunststoffrecycling in den letzten sieben Monaten eine große Medienresonanz hatte. „Das ist insoweit gut, weil dadurch die Bedeutung des Kunststoffrecyclings einer breiten Öffentlichkeit bewusst geworden ist. Andererseits diskutieren jetzt nicht mehr nur Experten, sondern eine breite Öffentlichkeit unsere Themen. Das bedeutet für uns, dass wir genau darauf achten müssen, unsere Po-

sitionen gut und verständlich zu erklären.“

Das sei eine Herausforderung, aber auch eine Chance für die Branche. „Wir müssen jetzt und nicht irgendwann gute Rahmenbedingungen für die Kreislaufwirtschaft in Europa schaffen.“

### Recycling vor Verbrennen

Es sei deshalb an der Zeit, die Recycling-Strukturen in Deutschland vom Kopf auf die Füße zu stellen und endlich nach Qualitätskriterien auszurichten. Rehbock: „Unsere Forderung ist deshalb ganz klar: Das Kunststoffrecycling muss ausgebaut und gefördert werden. Grundsätzlich gilt: Recycling vor Verbrennen und Qualität vor Quantität.“

Spätestens hier müsse aber auch die Sprache auf die Recyclingfähigkeit der Kunststoffprodukte kommen. Kunststoffprodukte müssen so hergestellt

werden, dass sie auch recycelt werden können. Rehbock kritisierte: „Da sind wir in Deutschland noch nicht gut genug. Wir benötigen dafür einen intensiven Austausch zwischen denen, die Produkte designen und produzieren sowie denen, die sie recyceln.“

### Working-Groups einrichten

Der bvse-Hauptgeschäftsführer wiederholt daher das Angebot seines Verbandes, gemeinsame Working-Groups einzurichten, die sich zu technischen Fragen austauschen oder sich beispielsweise auch auf praxisnahe Standards verständigen können.

Rehbock forderte in seiner Eröffnungsrede Industrie und insbesondere die öffentliche Hand auf, mutiger zu werden und endlich mehr Recyclingprodukte einzusetzen. Möglichkeiten dazu gebe es von der Elektro- oder der Autoindustrie bis hinein in den Baubereich. „Da ha-

ben wir noch jede Menge Luft nach oben.“

Er warnte davor, in Verbotsdiskussionen abzugleiten. „Unsere heutige Gesellschaft, unsere europäische Volkswirtschaft ist ohne Kunststoffe nicht denkbar.“ Es komme darauf an, wie mit den Abfällen umgegangen werde und verwies darauf, dass in Europa jährlich 25 Millionen Tonnen Kunststoffabfälle anfallen. Nur 30 Prozent davon würden recycelt.

### Für europaweites Deponieverbot

Das sei viel zu wenig, kritisierte der bvse-Hauptgeschäftsführer und forderte ein europaweites Deponieverbot. Rehbock: „Solange die Deponierung, aber auch die Verbrennung der leichtere Weg ist, solange werden wir hier nicht weiter kommen.“

Deshalb setze sich der bvse dafür ein, dass EU-Kreislaufwirtschaftspaket in diesem Punkt nachzubessern. Die Erfahrung in Deutschland habe gezeigt, dass erst mit dem Verbot der Deponierung von unbehandelten Abfällen, die Aufbereitungstechnik und insbesondere die Abfallverwertung deutliche Fortschritte machen konnten. □



Dr. Marcel Huber, Bayerischer Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz, hat die Bayerische Staatsmedaille für besondere Verdienste um die Umwelt sowie den Verbraucherschutz an Ralf Klocke von der Bayerischen Elektrizitätswerke GmbH (BEW) verliehen. Klocke wurde für sein herausragendes Engagement zur ökologischen Entwicklung von Flüssen ausgezeichnet. Er setzt sich seit vielen Jahren für eine nachhaltige Entwicklung der Wasserkraft an Donau, Iller, Lech, Wertach und Günz ein. Die Umweltmedaille ist die höchste Auszeichnung des Bayerischen Staats für „besondere Verdienste um die Umwelt“. Staatsminister Huber würdigte in seiner Laudatio Klockes großen Einsatz für die ökologische Entwicklung von bedeutenden Flüssen in Bayern. „Mit Ihrem Engagement ist die Entwicklung und Umsetzung einer innovativen Strategie zur nachhaltigen Nutzung der Wasserkraft bei den Bayerischen Elektrizitätswerken gelungen. Dabei haben Sie einmal mehr in vielerlei Hinsicht bewiesen: Sie sind ein Brückenbauer par excellence.“ Klocke gelinge es stets vorbildlich, die unterschiedlichen Interessen unter einen Hut zu bringen. □

## Alleinstellungsmerkmal: Ausgezeichnet sauber

Alle drei Seen, über denen in Bayern die Blaue Flagge weht, liegen im Landkreis Lichtenfels

„Das ist für den Landkreis Lichtenfels ein weiteres Alleinstellungsmerkmal: Alle drei Seen, über denen in Bayern die Blaue Flagge weht, liegen im Gottesgarten am Obermain“, freute sich Landrat Christian Meißner bei der Übergabe und zentralen Verleihungsfeier für den Freistaat Bayern am Naturbadesee in Ebensfeld. Dieser und der Ostsee in Bad Staffelstein wurden bereits zum achten Mal in Folge von der Deutschen Gesellschaft für Umwelterziehung ausgezeichnet, der Rudufersee bei Michelau zum vierten Mal. „Das erfüllt uns natürlich mit Stolz“, betonte Meißner.

In ganz Bayern sind die drei Seen im Landkreis die einzigen, die die strengen Kriterien für die Vergabe erfüllen. Darüber hinaus ging die Auszeichnung noch an fünf Sportboothäfen in Bayern, nämlich die des Motor und Segelclub Coburg, der Yachtclubs Forchheim und Miltenberg, des 1. Motorsportclubs Obertheres und des Yacht Clubs Bad Wiessee.

### Anspruchsvolle Kriterien

„Wenn ich an einem Strand bin, an dem die Blaue Flagge weht, geht es mir gleich besser, denn da kann man beruhigt ins Wasser“, sagte der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Umwelterziehung, Klaus Hübner, in seinem Grußwort. Die Kriterien seien anspruchsvoll und müssten jedes Jahr neu erfüllt werden. Die Blaue Flagge sei in dreierlei Hinsicht wichtig: einmal für die Umwelt, einmal für die Gemeinden als Qualitätssiegel und vor allem für die Badegäste.

Wo die Blaue Flagge weht, gelten höchste Maßstäbe für die Wasserqualität, die Sauberkeit der Strände und die Infrastruktur. Die Blaue Flagge darf nur wehen, solange die Werte für eine ausgezeichnete Badegewässerqualität eingehalten werden. Ein zentrales Kriterium ist die Information über die Wasserqualität. Sie wird von den Landkreisen während der Badesaison regelmäßig einmal im Monat gemessen. Weiterhin gehören ausreichend Toiletten, die umweltgerechte Müllentsorgung, eine Notrufsäule und eine Trinkwasserstelle zum verpflichtenden Angebot.

Landrat Meißner wies in seinem Grußwort darauf hin, dass die Hygienekontrollenure des Landratsamtes Lichtenfels, Heiko Stedler und Helmut Zapf, im Landkreis die Badegewässer regelmäßig prüfen. Die Ergebnisse finden sich unter [www.lkr-lif.de](http://www.lkr-lif.de).

Erster Bürgermeister Bernhard Storath aus Ebensfeld hob hervor, dass durch die Auszeichnung des Naturbadesees inzwischen viele Auswärtige nach Ebensfeld kämen. Er werde von Badegästen und Anglern gleichermaßen genutzt. Die Gemeinde sei um eine nachhaltige Gestaltung bemüht, unterstrich Storath.

### Blaue Flaggen in 45 Staaten

Insgesamt 138 „Blaue Flaggen“ wurden 2018 in der Bundesrepublik Deutschland vergeben – 95 an Sportboothäfen und 43 an Badestellen. Weltweit wehen in diesem Jahr in 45 Staaten 4.477 Blaue Flaggen, davon 3.778 an Badestellen und 699 an Sportboothäfen.

Die „Blaue Flagge“ gibt es seit 1987 in Europa, seit 2001 weltweit. Sie wird jeweils für ein Jahr von der „Foundation for Environmental Education“ (FEE, Stiftung für Umwelterziehung) verliehen. Die Stiftung ist eine Nicht-Regierungsorganisation und wird in den einzelnen Ländern durch entsprechende Organisationen vertreten. In Deutschland ist das die Deutsche Gesellschaft für Umwelterziehung e.V.

Weitere Infos gibt es auch unter [www.blaue-flagge.de](http://www.blaue-flagge.de) und [www.umwelterziehung.de](http://www.umwelterziehung.de) □

**LEW**

**LECH REPORTER**

**Was hat Friedberg mit Geheimagenten zu tun?**

Und welche Rolle spielen dabei 2.800 km Glasfaserkabel der LEW TelNet in der Region?

Videos auf [www.lechreporter.de](http://www.lechreporter.de)

10. Bayerische Immissionsschutztag in Augsburg:

## Lärmschutz und Luftreinhaltung

**Aktuelle Entwicklungen im Immissionsschutz, bei Luftreinhaltung und Lärmschutz sowie dem Umweltinformationsgesetz standen auf der Agenda der 10. Bayerischen Immissionsschutztag im Bayerischen Landesamt für Umwelt in Augsburg, veranstaltet vom KUMAS – Kompetenzzentrum Umwelt. Begleitet wurde der zweitägige Kongress von einer Fachausstellung im Foyer des Bayerischen Landesamtes für Umwelt. Branchenspezifische Unternehmen und Dienstleister präsentierten den Besuchern ihre Umweltkompetenz.**

In Ihrem Eröffnungsvortrag wies Ministerialdirigentin Dr. Monika Kratzer vom Bayerischen Umweltministerium darauf hin, dass der Immissionsschutz die Grundlage für den umweltverträglichen Anlagenbetrieb bildet. Regionale Besonderheiten müssten bei der immissionsschutzfachlichen Beurteilung zum Wohle der Umwelt und zum Schutz der Nachbarschaft berücksichtigt werden.

### Umweltschutz positiv denken

Die Umweltgesetzgebung selbst könne jedoch nicht gesellschaftlich bedingte Spannungen ausräumen. Grenzwerte würden schließlich nicht um ihrer selbst willen festgelegt, sondern fänden ihre Basis in der Auswertung epidemiologischer Untersuchungen, der Berücksichtigung wirtschaftlicher Rahmenbedingungen und der technischen Möglichkeiten.

Umweltschutz müsse „positiv“ gedacht werden, rechtliche Rahmenbedingungen böten Bandbreiten in den Entscheidungsmöglichkeiten und die zu-

ständigen Verwaltungen seien stets bemüht, Gesamtabwägungen zu treffen, die eine für alle verträgliche und zumutbare wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen.

### Chancengleichheit gewährleisten

Dr. Thomas Brinkmann vom Europäischen Büro für integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung (Sevilla-Büro) informierte darüber, dass die Vorgaben aus den Merkblättern und Schlussfolgerungen zu den bestverfügbaren Techniken (BVT) den Rahmen abstecken, den Betreiber von Anlagen zwingend zu berücksichtigen haben. Dadurch soll eine Harmonisierung der Umweltstandards in den EU-Mitgliedstaaten sowie die Wahrung der Chancengleichheit in der wirtschaftlichen Entwicklung gewährleistet werden.

Aktuell stehe die Bearbeitung der BVT für Abfallbehandlungsanlagen (Veröffentlichung

noch in 2018 geplant), für Anlagen der Nahrungsmittelindustrie und für Abfallverbrennungsanlagen im Fokus.

### Stuttgart als Vorreiter

Dieselmotoren und die automobilen Gesellschaft sind durch die Überschreitung von Grenzwerten in etlichen Großstädten in die Kritik geraten. Technische Nachrüstkonzepte für eine wirkungsvolle Minderung z. B. von Stickstoffoxiden stehen inzwischen zur Verfügung.

Am 21. Februar 2017 hat mit Stuttgart erstmals eine deutsche Stadt beschlossen, ab 2018 die Einfahrt für Dieselfahrzeuge zu verbieten, die nicht die Abgasgrenzwerte der EURO 6 Norm erfüllen und hat damit auch für viele weitere deutsche Großstädte den Stein ins Rollen gebracht. Um die EURO 6 Norm zu erfüllen, müssen Dieselfahrzeuge den NOx Ausstoß auf unter 0,08 g/km reduzieren. Für Fahrzeuge, die nicht mindestens die EURO 6 Norm erfüllen, werden starke Wertverluste befürchtet.

### Blaue Plakette

Analog zur bereits vorhandenen grünen Plakette für EURO 4 Fahrzeuge sollen nur Fahrzeuge die blaue Plakette erhalten, die die EURO 6 Norm erfüllen. Mit der blauen Plakette sollen ältere Fahrzeuge weiterhin in die von Städten und Kommunen ausgewiesenen blauen Zonen einfahren können, wenn sie mit einer Nachrüstung wie z.B. dem BNOx System auf EURO 6 Werte verbessert werden. Die Einführung der blauen Plakette und deren Bedingungen werden zurzeit auf Bundesebene diskutiert.

Sollte die blaue Plakette vom Gesetzgeber nicht beschlossen und eingeführt werden, drohen bald mehreren Millionen Dieselfahrzeuge Fahrverbote in stark Stickoxid belasteten Großstädten und damit einhergehend ein enormer Wertverlust der Fahrzeuge.

### Software-Lösung nicht zielführend

Seitens der Automobilbranche wird eine Software-Lösung suggeriert. Diese erweist sich allerdings als nicht zielführend, wie Winfried Dölling, Twintec-Technologie GmbH, Königswinter, erläuterte. Tests zeigten, dass eine solche Lösung den Schadstoffausstoß um maximal 30 bis 60 % reduziert und damit bestenfalls zwischen EURO 5 und EURO 6 liegen würde. Voraussetzung sind Außentemperaturen zwischen 5°C und 35°C, die in der Realität natürlich nicht immer gegeben sind. Des Weiteren ist davon auszugehen dass

sich der Motorverschleiß durch die Rückführung der Abgase in die Verbrennungskammer, erhöht. Unter realen Bedingungen werden mit einer Software-Lösung nicht einmal EURO 5 Grenzwerte erreicht.

Mit dem BNOx System hat die Twintec Baumot Group eine Nachrüstung, die Stickoxide unter realen Bedingungen um über 90 % reduziert. Die damit erreichten Emissionswerte von nachgerüsteten Fahrzeugen ab der Schadstoffklasse EURO 4 sind unter realen Bedingungen besser als jene der aktuellen EURO 6 Kategorie. So könnten in Zukunft Fahrzeuge nachgerüstet und z. B. mit einer blauen Plakette qualifizierten Zugang zu den „blauen Zonen“ erhalten.

### Münchener Checklisten

In der Landeshauptstadt München wurden Handlungsempfehlungen in Form von Checklisten für die Reduzierung von Lärmbelastungen durch Gewerbe, Verkehr und Nachverdichtung im Wohnungsbau entwickelt. Dieter Kemmather vom Referat für Gesundheit und Umwelt erläuterte die Umsetzung und die Erfolge bei der Anwendung des Leitfadens.

Durch gute Planung können seinen Ausführungen zufolge auch lärmvorbelastete Standorte für eine Wohnnutzung erschlossen werden. Dabei sollten vorrangig Mittel der planerischen Optimierung wie Abstandsvergrößerung, Baukörperorientierung und Grundrissgestaltung angewendet werden.

Beim Gewerbelärm sei darüber hinaus die Systematik der TA Lärm zur Konfliktvermeidung geeignet. Die Immissionsrichtwerte der TA Lärm für Wohnen wurden im Rahmen der Baurechtsnovelle tagsüber auf 63 dB(A) angehoben (Urbane Gebiete). Nachts bleibt der höchstzulässige Immissionsrichtwert für Wohnen unverändert bei 45 dB(A) (Mischgebiet oder Urbane Gebiete). Das damit festgesetzte Schutzniveau sollte nicht weiter abgesenkt werden. Das Referat für Gesundheit und Umwelt begrüßt, dass passive Schallschutzmaßnahmen bei Gewerbelärm nach wie vor unzulässig sind.

### Orientierungsrahmen

Beim Verkehrslärm geben die aufgrund der Vorgaben aus dem BImSchG aufgestellten verschiedenen Richtlinien und Verordnungen einen Rahmen, an dem sich auch die Bauleitplanung hinsichtlich des vorsorgenden Lärmschutzes orientieren kann. Passive Schallschutzmaßnahmen sollten auch beim Verkehrslärm nur bis zu bestimmten Grenzen und möglichst nur dann eingesetzt werden, wenn aktive Maßnahmen oder die planerische Optimierung nicht möglich oder unverhältnismäßig sind. DK

Kampf gegen Plastikmüll:

## Neue Steuer als Lösung?

**Im Kampf gegen Plastikmüll hält die deutsche Recyclingwirtschaft eine Steuer auf Plastik für den falschen Weg. Die EU-Kommission hatte an die deutsche Regierung appelliert, ihre Absage zur Einführung einer Plastiksteuer zu überdenken. Eine Plastiksteuer böte einen klaren Handlungsanreiz zur Reduktion von Verpackungsabfall, der nicht wiederverwertbar sei.**

Nach Angaben des Präsidenten des Bundesverbands der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft (BDE), Peter Kurth, brauche es einen klugen Einsatz von Kunststoffen und die Förderung von recyclingfähigen und bereits recycelten Materialien. Die öffentliche Hand müsse nicht das billigste Angebot wählen, sie kann das beste Angebot wählen, betonte Kurth.

### Hersteller in der Pflicht

Für VKU-Hauptgeschäftsführerin Katherina Reiche sind auch die Hersteller in der Pflicht: „Design sollte sich daran orientieren, wie die Herstellung, der Gebrauch und am Ende auch das Recycling erfolgen kann.“ Pro Jahr fallen in Deutschland rund 400 Millionen Tonnen Abfall an, das sind 4.800 Kilo pro Bundesbürger im Jahr. Der größte Teil davon ist Bauschutt oder entsteht beim Abbau von Bodenschätzen. 37 Millionen Tonnen Abfall pro Jahr kommt aus privaten Haushalten. Die Kreislaufwirtschaft macht in Deutschland nach eigenen Angaben einen Jahresumsatz von 76 Milliarden Euro und beschäftigt mehr als 290.000 Erwerbstätige.

Als wirkungslos erachtet der Bund der Steuerzahler die angedachte Plastiksteuer. Laut Präsident Reiner Holzengel ist Müllreduzierung ohne Frage eine wichtige Aufgabe, die Lösung könne aber nicht eine neue Steuer sein. Die Erfahrung spreche dagegen: „Mit einer Steuer das Verhalten von Bürgern und Betrieben zu steuern, bringt meist nicht den gewünschten Effekt.“ Die Diskussion müsse ehrlich geführt werden, weil die Einnahmen aus der Steuer nicht zweckgebunden seien: „Selbst wenn wir Verbraucher die Plas-

tiksteuer zahlen, heißt das nicht, dass die Einnahmen auch für den Umweltschutz eingesetzt werden.“

Neben Plastikverböten hat sich die Präsidentin des Umweltbundesamts, Maria Krautzberger, auch für die Prüfung einer Plastiksteuer ausgesprochen. Aus ihrer Sicht sind die ökonomischen Anreize, die Umwelt zu schützen, nach wie vor schwach ausgeprägt. Darum sei es sinnvoll, über eine solche Steuer nachzudenken. Allerdings komme es auf die Art der Steuer-Ausgestaltung an.

### UBA für Prüfung einer Plastiksteuer

Krautzberger begrüßte den Vorschlag der EU-Kommission, Einwegprodukte aus Plastik wie Trinkhalme oder Plastikbesteck zu verbieten. Für viele Produkte wie etwa Plastiktüten gebe es gute Alternativen, die viele Male benutzt werden können. Schwierig sei es hingegen, Einwegprodukte aus Plastik durch Einwegprodukte aus anderen Materialien zu ersetzen. So seien etwa Papiertüten als Alternative zum Plastikbeutel nur sinnvoll, wenn sie mehrfach verwendet werden. Sonst seien sie nicht besser für die Umwelt, weil bei ihrer Herstellung viel Kohlendioxid entstehe.

Die EU-Kommission erwägt eine nationale Strafsteuer auf Kunststoffreste, die nicht recycelt werden können. 80 Cent pro Kilo nicht wiederverwertetem Plastikmüll soll ein Land zahlen. Dies ergäbe pro Jahr eine Summe von bis zu 8 Milliarden Euro.

Die deutsche Umweltministerin Svenja Schulze hatte sich zuletzt gegen eine generelle Plastiksteuer ausgesprochen. Stattdessen forderte sie ein europaweites Verbot von Mikroplastik. DK

## Umweltministerium erhält Maxhütte-Flächen

**Ehemalige Abbau- und Vorratsflächen der Maxhütte in Auerbach sollen wieder erblühen. Damit werden hochwertige Lebens- und Rückzugsräume für Insekten, Feldvögel und andere gefährdete Arten geschaffen. Das Umweltministerium übernimmt dazu große ökologisch wertvolle Flächen der ehemaligen Maxhütte.**

Umweltminister Dr. Marcel Huber betonte dazu in Auerbach: „Bayern muss wieder blühen. Der Freistaat Bayern wird hier seiner Verantwortung auf staatseigenen Flächen gerecht. Wir wollen die ehemaligen Bergbauflächen wieder mit neuem Leben füllen. Auf rund 160 Hektar, einer Fläche 10 Mal so groß wie die Insel Frauenthiemsee, entsteht ein riesiges Schmuckstück des Biotopverbunds. Zusammen mit bereits bestehenden angrenzenden Naturschutzgebieten wie zum Beispiel der ‚Grubenfelder Leonie‘ wird hier ein weiteres Bauteil unserer Öko-Firewall für den Artenschutz entstehen.“

### Vereinbarung

Für die Betreuung der insgesamt 201 Grundstücke vor Ort wurde eine Vereinbarung zwischen dem Umweltministerium, dem Bayerischen Naturschutzfonds, dem Landschaftspflegeverband Amberg-Sulzbach sowie dem Landesbund für Vogelschutz geschlossen. Der Bayerische Naturschutzfonds wird nun naturschutzfachliche Konzepte erstellen, die dann mit den Part-

nern vor Ort auf den einzelnen Flächen umgesetzt werden sollen. Beispielsweise sollen Biotopverbünde gegründet, Blühflächen angelegt und Flächen in das Vertragsnaturschutzprogramm überführt werden. Huber: „Klar ist: Ein solches Projekt kann nur gelingen, wenn alle zusammen an einem Strang ziehen. Dazu wollen wir auch die Landwirte vor Ort begeistern. Durch eine dem Standort angepasste Pflege können auch sie helfen, die Schätze der Natur sowie die Artenvielfalt zu stärken.“

### „Blühpakt Bayern“

Mit diesen Maßnahmen auf staatlichen Flächen ergänzt das Umweltministerium den „Blühpakt Bayern“, ein neu gestartetes Großprojekt zum Insekten- und Artenschutz. Gemeinsam mit Partnern aus Landwirtschaft, Wirtschaft und Landschaftspflegeverbänden sollen beispielsweise insektenfreundliche Maßnahmen in den Kommunen umgesetzt werden. Auch eine deutliche Aufstockung des Vertragsnaturschutzes sowie ein Wettbewerb sind Bestandteil des Projekts. □



Von links: Hans Schmid, Dr. Uwe Brandl, Johann Brunner, Konrad Ettengruber.

## Selbst die „Trump-Anlage“ brachte ihn nicht aus der Fassung

**Im Rahmen einer kleinen Feierstunde wurde Johann Brunner Anfang Mai in den Ruhestand verabschiedet. Der langjährige Chef der Abensberger Kläranlage begann im Juni 1977 bei der Stadtverwaltung seinen Dienst im Wasserwerk, ab November 1990 war er auf der Kläranlage beschäftigt. Im Juli 1991 absolvierte er die Prüfung zum „Ver- und Entsorger, Fachrichtung Abwasser“ und war dann Chef der Kläranlage.**

In seiner Zeit passierte einiges - die dritte Reinigungsstufe kam, ein Umbau mit 17 Millionen DM Investitionskosten wurde unter seiner Ägide geplant. Ein neues Verfahrenssystem aus den USA für sieben Millionen DM wurde angeschafft und in Betrieb genommen. Stadtwerke-Chef Hans Schmid dazu: „Hans musste sich nicht nur einarbeiten, bei dieser US-Anlage gab es auch ständig neue Aggregatzustände, auf die reagiert werden musste. Aber auch diese ‚Trump-Anlage‘ brachte ihn nicht aus der Fassung“, so Schmid unter dem Lachen der Kolleginnen und Kollegen.

### Klärschlamm als Herausforderung

Ebenso herausfordernd war der Umgang mit dem Klärschlamm. Ganz früher wurde dieser, so Schmid, auf der Kläranlage vererdet, später folgte die Aufbringung in der Landwirtschaft. Parallel dazu wuch-

sen die Auflagen durch die Politik und die Behörden, „mittlerweile ist die Klärschlammabfuhr für uns Geschichte“, so Schmid.

### Moderne Kläranlage

„Der Hans ist eine treue Seele“, so Schmid weiter. „Er hat immer zu seinen Mitarbeitern gehalten und ein kollegiales Verhältnis gezeigt.“ Nun gehe er verdient in Rente. „Alles Gute im Ruhestand“ wünschte auch 1. Bürgermeister Dr. Uwe Brandl, der sich ebenfalls herzlich bei Brunner bedankte. „Du hast Dich nie unterkriegen lassen, hast immer eine moderne Kläranlage mit gutem Personal geführt.“

Ganz ruhig wird der Ruhestand nicht für den Brunner Hans: „Die Enkel sorgen dafür“, so Hans Schmid. Auch Melanie Schmid vom Personalrat dankte Hans Brunner, sowie sein direkter Nachfolger, Konrad Ettengruber, mit den Kollegen der Kläranlage. □

### Neue Publikation:

## „Wiederverwendung – Optionen öffentlich-rechtlicher Entsorger“

**Die Vielfalt der kommunalen Realitäten vor Ort im Blick hat die neue VKU-Publikation „Wiederverwendung – Optionen öffentlich-rechtlicher Entsorger“. Die Broschüre leistet einen Beitrag zur derzeit intensiv geführten Debatte zur Förderung der Umsetzung der europäischen Abfallhierarchie.**

Die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger nehmen den Ressourcengedanken sehr ernst. Die Handreichung beschreibt Maßnahmen zur Förderung der (bzw. Vorbereitung zur) Wiederverwendung, die von unterschiedlicher Intensität und organisatorischem Aufwand sind. Einen Königsweg, der von allen kommunalen Abfallwirtschaftsunternehmen beschritten werden könnte, gibt es nicht. Aber einen Werkzeugkasten, aus dem kommunale Unternehmen je nach Größe und Kapazität die für sie geeigneten Instrumente auswählen können. Darüber hinaus enthält die Publikation Handlungsempfehlungen für die politischen Entscheidungsträger. DK

## Deutschland drohen Milliarden Strafzahlungen

Studie der Universität Kiel: Keine Nitrat-Entlastung durch neues Düngerecht

„Die Verurteilung Deutschlands durch den Europäischen Gerichtshof ist eine Ohrfeige mit Ansage für die deutsche Landwirtschaftspolitik. Das Urteil bestätigt die bisherigen Einschätzungen der Wasserwirtschaft. Im Unterschied zu anderen EU-Mitgliedstaaten ist die EU-Nitratrichtlinie in Deutschland auch 25 Jahre nach Inkrafttreten nicht umgesetzt worden. Auf den permanenten Bruch europäischen Rechts kann in Deutschland niemand stolz sein“, sagte Martin Weyand, BDEW-Hauptgeschäftsführer Wasser/Abwasser, in Berlin.

28 Prozent der Messstellen hierzulande halten immer noch nicht den vorgeschriebenen Grenzwert von 50 Milligramm pro Liter im Grundwasser ein. „Schwerpunkt der Entscheidung ist das nicht ausreichende Aktionsprogramm der Bundesregierung zur Nitratreduzierung. Dabei ist wesentlich, dass diese regelmäßig überprüft und nachjustiert werden müssen. Hierin sieht der Europäische Gerichtshof ein schweres Umsetzungsdefizit in Deutschland“, so Weyand.

### Für umweltgerechte Lösung

Es müsse jetzt endlich eine verursachungsgerechte und umweltgerechte Lösung her: „Es wäre ein Schildbürgerstreich, wenn der Verbraucher die Milliarden-Strafzahlungen an Brüssel zahlen müsste, die eine direkte Folge einer verfehlten Landwirtschaftspolitik sind.“

Auch das neue Düngerecht bringt keine wesentliche Reduzierung der Nitratbelastungen. Dies zeigt eine aktuelle Studie von Prof. Taube, Universität Kiel, der auch Mitglied im Sachverständigenrat des Bundeslandwirtschaftsministeri-

ums ist. Hauptgrund für die Unwirksamkeit des neuen Düngerechts ist demnach die „weitgehende Missachtung aller agrar- und umweltwissenschaftlichen Fachempfehlungen“. Laut Studie ermöglichen die neuen Regelungen, dass bei gleichen Ertragswerten mitunter mehr Dünger auf den Feldern ausgebracht wird als bisher. Auch lässt die neue Düngerechtsverordnung weiterhin zu, dass die Obergrenze von 170 Kilogramm Stickstoff pro Hektar selbst in ohnehin „gefährdeten Gebieten“ weiterhin überschritten wird. Hinzu kommt, dass die Bundesländer die Düngerechtsverordnung nicht einheitlich umsetzen.

### Dringliche Kehrtwende

Eine Kehrtwende der deutschen Landwirtschaftspolitik ist dringend notwendig. „Die europäische Agrarpolitik darf die Landwirtschaft nicht länger für die Missachtung des EU-Rechts bezahlen. Eine Umweltorientierung im Rahmen der neuen Gemeinschaftlichen Agrarpolitik ist überfällig, damit Böden und Wasserressourcen auch für künftige Generationen gesichert werden können“, so Weyand. □

## Kunststoff ist böse – oder etwa nicht?

Deutschlands erste Aufklärungswebsite geht an den Start

Kunststoff ist überall. Ob in den Weltmeeren, in Flüsse, im Trinkwasser oder auf Agrarflächen. Es bringt viele Tiere um, verändert den Hormonhaushalt beim Menschen und ist eine Belastung der Umwelt für Jahrhunderte! Ja, das alles stimmt, aber dennoch in der Betrachtung viel zu einseitig. Kunststoff ist aus unserem Alltag und Lebensumfeld nicht mehr wegzudenken, dies ist ein Fakt. Dieser Umstand bewog, den vielfach ausgezeichneten Unternehmer Lutz Frischmann, aus dem thüringischen Eisfeld zum Erstellen und Betreiben einer eigenfinanzierten Aufklärungswebsite.

„Ihr könnt doch als Hersteller von Verpackungsfolien keine Internetseite mit dem Titel „böser Kunststoff“ ins Leben rufen“ wurde gesagt. „Doch, das geht! Denn so kann und darf es nicht weitergehen, wir müssen wachrütteln! Nicht alles ist schlecht an Kunststoff, ganz im Gegenteil. Ich möchte zum Nachdenken anregen und zu einer Versachlichung der zum Teil hoch emotional geführten Diskussion beitragen“ so der 47-jährige Initiator und Ideengeber der Aufklärungskampagne „Böser-Kunststoff.de“.

### Information durch Fakten

Ab sofort kann jedermann unter [www.boeser-kunststoff.de](http://www.boeser-kunststoff.de) sich über die guten, aber auch schlechten Seiten bei der vielschichtigen und teilweise unersetzlichen Verwendung von Kunststoffen informieren. „Als Hersteller von Folien stehen wir in der Verantwortung! Unsere Website ist ein kleiner Beitrag zur Aufklärung. Sie soll nichts beschönigen, aber durch Fakten informieren. Kunststoffe sind ein Teil unserer heutigen Lebenswelt. Es gibt keinen Ersatz, sie sind und bleiben ein Wundermaterial! Ob in der Medizin, dem Lebensmittelhandel, bei technischen Geräten oder dem Baugewerbe. Es würde niemand auf die Idee kommen Papier zu verbieten, weil dessen Herstellung durch einen energietechnisch sehr aufwendigen Prozess geschieht. Ob Holz, Stein oder Baumwolle. Je-

de dieser Nutzungen ist heute zu Tage selbstverständlich aber auch mit jeweiligen Vor- und Nachteilen behaftet.“ Die Frage ist doch: Verteufeln wir Kunststoff generell oder denken wir ein wenig über den berühmten Tellerrand hinaus“, so Lutz Frischmann.

So wird auf [www.boeser-kunststoff.de](http://www.boeser-kunststoff.de) schonungslos, transparent und offen über die Herausforderungen im Umgang mit dem Recycling von Kunststoff berichtet aber ebenso objektiv und nachfragend über den Einsatz von Glas und Papier. „Wir werden niemals eine buchstäbliche eierlegende Wollmilchsaure haben, das ist eine Illusion. Auch der Einsatz von biobasierten Kunststoffen, löst das Problem nicht sondern wirft nur neue auf“, betont Frischmann. So lädt [www.boeser-kunststoff.de](http://www.boeser-kunststoff.de) zur aktiven Diskussion mit den Usern ein. Zeitnah wird es einen eigenen Blog geben sowie eine Plattform zum aktiven Austausch.

„Wir müssen in Deutschland wieder zu einer sachlich und Fakten basierten Diskussion kommen. Derzeit wird größtenteils polemisch, gegen alle Vernunft oder auch Logik argumentiert oder auch sogar aktiv gehandelt. Ich denke dabei nur an die generelle Verteufelung von Plastiktüten. Es gehört schlichtweg Ehrlichkeit in der Sache dazu! All dies ohne politisches Kalkül und einseitiger populistische Meinungsmache“, stellt Lutz Frischmann fest. □



Sonja Gruner (2.v.l.), Stephan Zipf und Carolin Sommer (l.) überreichen Oberbürgermeister Christian Schuchardt und Umweltreferenten Wolfgang Kleiner (r.) die Wunschbox und den Stadtplan mit den Wunsch-Standorten für neue Bäume. Bild: Christian Weiß

### Würzburg:

## Mehr Bäume für die Stadt

Würzburg soll grüner werden. Im Rahmen des „Tag des Baumes“ hat der Aktiven-Kreis \*StadtNatur“ des BUND Naturschutzes, Kreisgruppe Würzburg, die Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, Wünsche nach Bäumen im Würzburger Stadtgebiet zu formulieren.

Insgesamt rund 270 Wunschzetteln mit möglichen Baumstandorten - davon der Großteil innerhalb des Bischofshuts - überreichen nun Sonja Gruner, Stephan Zipf und Carolin Sommer vom BUND Oberbürgermeister Christian Schuchardt und Umweltreferenten Wolfgang Kleiner.

„Jeder Wunsch nach einem Baum in der Stadt ist auch mein Wunsch“, sicherte Oberbürger-

meister Christian Schuchardt wohlwollende Prüfung zu.

Sicherlich ist es nicht an jedem Standort möglich, da oft Versorgungsleitungen oder Straßenbahngleise im Untergrund verhindern, dass ein Baum wachsen kann. Doch alleine im vergangenen Jahr wurden von der Stadt zusätzlich 40 neue Bäume an unterschiedlichen Orten im Stadtbild gepflanzt. □

## Regensburg soll sauberer werden!

CSU für Müllvermeidung und Mülltrennung auf öffentlichen Plätzen

Mit einem Antrag will die CSU-Stadtratsfraktion die Müllproblematik in Regensburg anpacken. Dabei sollen nicht nur größere Mülleimer angebracht und die vorhandenen öfter geleert werden, sondern auch geprüft werden, inwieweit Mülltrennsysteme aufgestellt werden können.

Das Wetter ist herrlich und die „nördlichste Stadt Italiens“ lädt Regensburger wie Touristen mit ihren Ufern und Parkanlagen zum Grillen und Entspannen im Freien sowie zum Feiern auf den Plätzen der Altstadt ein. Doch diese Freizeitaktivitäten haben oft einen ungeschmackvollen Beigeschmack, wenn weggeworfene Kaffeebecher, Plastikflaschen, Glasflaschen, Pizzaschachteln und anderer Unrat die beliebten Plätze und den Naturraum zur Müllhalde machen.

Um eine weitere Verschmutzung zu verhindern, hat nun die CSU-Stadtratsfraktion einen Antrag unter dem Motto „Regensburg soll sauberer werden“ gestellt. „Wer unsere Stadt und die Uferbereiche liebt, sollte sich an die Spielregeln halten und seinen Müll in die vorgesehenen Abfallcontainer werfen; leider sind aber häufig gerade an Sommertagen deren Kapazitäten bald erschöpft“, so Stadträtin Dagmar Schmidl.

### Mehr Müllbehälter aufstellen

Die Initiatoren fordern deshalb die Verwaltung zu einen auf, mehr Müllbehälter aufzustellen und diese insbesondere in den Sommermonaten häufiger zu entleeren, zum anderen aber auch zu prüfen, inwieweit eine Mülltrennung bereits unmittelbar vor Ort möglich ist. „Schön wäre, wenn Mülltrennsysteme installiert werden könnten, um die Wertstoffe zu sammeln und gleich etwas für unsere Umwelt zu tun“, sind sich die CSU-Stadträte Dr. Armin Gugau, Dagmar Schmidl, Hans Renter, Brigitte Schlee und Hermann Vanino beim Ortstermin am Donauufer einig.

Doch nicht nur die Altstadt, die Uferbereiche und die Parkanlagen sollen vom Müll befreit werden. Auch die Umgebung der Continental Arena samt der angrenzenden Feldwege ist nach Fußballspielen oft

verschmutzt. Deshalb wird auch dort ein Bedarf gesehen, mehr Mülleimer aufzustellen. □

### Staatsminister Huber und Füracker:

## Neues Artenschutzprojekt in Bayerischen Schlossgärten

Gemeinsame Kooperation zur Erfassung der Artenvielfalt

In einer besonderen Kooperation zwischen Umwelt- und Finanzministerium werden in den Anlagen der Schlösser Nymphenburg in München und Rosenau bei Coburg sowie in der Eremitage Bayreuth erstmals die heimischen Tier- und Pflanzenarten systematisch erfasst. Die Minister präsentieren jetzt gemeinsam im Schlosspark Nymphenburg das neue Artenschutzprojekt der Öffentlichkeit.

Umweltminister Dr. Marcel Huber stellte heraus: „Die Bayerische Schlösserverwaltung ist ein wahrhaft königlicher Partner im Kampf gegen den Artenschwund. Genaue Kenntnis ist der erste Schritt auf dem Weg zum Schutz der Artenvielfalt. Unser Projekt in den Grünanlagen der Schlösser ist ein wichtiges Puzzelstück für den Artenschutz in ganz Bayern. Im neuen Bayerischen Artenschutzzentrum in Augsburg Spezialisten auf höchstem Niveau eine flächendeckende ökologische Firerwall hochziehen.“

### Paradebeispiel

„In den Parks und Gärten der bayerischen Schlösser sind durch die behutsame und kontinuierliche Pflege über Jahrhunderte wertvollste Biotope entstanden. Hier hat eine Fülle von bedrohten Tier- und Pflanzenarten einen Rückzugsort gefunden, den es zu bewahren gilt. Es handelt sich um ein Paradebeispiel für einen gelunge-

nen Einklang von Natur- und Denkmalschutz durch unsere Schlösserverwaltung“, betonte Heimat- und Finanzminister Albert Füracker.

Die Spanne der vorkommenden Arten ist weit: Sie erstreckt sich vom Sonnenröschen im Kalkmagerrasen des Schlossparks Nymphenburg bis zum Eremitenkäfer in der Eremitage Bayreuth. Die Koordination des Projekts erfolgt durch die zuständigen Regierungen von Oberbayern und Oberfranken. Die Kosten des Gesamtprojekts werden voraussichtlich rund 200.000 Euro betragen.

Mit den aus dem Projekt neu gewonnenen Informationen können die naturschutzfachlichen Belange bei der Pflege der Anlagen künftig noch stärker berücksichtigt werden. Auf Grundlage der systematischen Erfassung der Artenzusammensetzung sowie der Erkenntnisse über die Zusammenhänge mit Pflegeeingriffen kann der Artenschutz noch zielgerichteter erfolgen als bisher und die Biodiversität noch besser geschützt werden. □



Marcel Huber (l.) gemeinsam mit Albert Füracker. □

TV BAYERN

LIVE

Ganz Bayern in 60 Minuten.

Ganz nah bei den Zuschauern Bayerns. Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden.

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus Ihrer Region

\* Ab jetzt immer samstags von 17:45 bis 18:45 Uhr im Programm von RTL und jeden Sonntag um 17:00 Uhr auf den bayerischen Lokalprogrammen.

Mehr unter: [www.tvbayernlive.de](http://www.tvbayernlive.de)

# Ein Online-Portal für den Klimaschutz

Neue Beteiligungsplattform soll den digitalen Klimadialog fördern

Auf dem Weg in eine klimafreundliche Zukunft hat der Landkreis München ein weiteres Puzzleteil seines Handlungsprogramms fertiggestellt: Ab sofort gibt es ein Portal für den Klimadialog im Landkreis München: <http://klimadialog.landkreis-muenchen.de>. Der Klimadialog ist die digitale Beteiligungsplattform der Klima- und Energieinitiative 29++. Er soll die vielfältigen Aktionen des Landkreises, seiner Kommunen, der Unternehmen, Verbände, Interessensgruppen, aber vor allem auch die Anstrengungen und Ideen der Bürgerschaft sammeln und sichtbar machen und zum Mitmachen animieren.

„Sie können sich den Klimadialog als eine Art ‚schwarzes Brett‘ vorstellen, wie man es aus Schulen, Universitäten oder auch aus dem Supermarkt kennt. Hier kann man Informationen einholen, Angebote und Gesuche einstellen oder Gleichgesinnte kennenlernen. Aber man kann es von zuhause aus und jederzeit nutzen. So schaffen wir eine niederschwellige und unverbindliche Möglichkeit für den Einzelnen, sich dem

Thema Klimaschutz anzunähern“, erläutert Landrat Christoph Göbel. „Der Gedanke dahinter ist, die Menschen zusammenzubringen, die sich über gemeinsame Interessen, Ideen und Aktionen in Sachen Umweltschutz und Energiewende austauschen möchten, die mitreden und gestalten wollen“, so Göbel weiter. Ideen, Vorstellungen und Wünsche zu diesen Themen gebe es in der Bürgerschaft zuhauf; oft fehle es aber

an Mitstreitern, am Netzwerk oder am fachlichen Know-how.

„Und genau hier setzen wir mit dem Klimadialog an“, ergänzt Christian Wolf, Leiter des Sachgebiets Energie und Klimaschutz im Landratsamt München. „Hier finden umwelt- und klimaschutzinteressierte Menschen eine einfach erreichbare Anlaufstelle für ihre Anliegen. Sie können Projektpartner finden, Interessensgemeinschaften gründen, als Gruppe Projekte planen und koordinieren oder sich von den Aktionen anderer Kommunen oder Bürger inspirieren lassen. Außerdem finden sie hier kompetente Ansprechpartner für organisatorische oder fachliche Fragen, beispielsweise bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus dem Bereich Energie und Klimaschutz des Landrats-

amts, bei unseren Mobilitätsexperten, bei den Umweltreferenten und Klimaschutzmanagern im Landkreis oder einem der zahlreichen weiteren Experten.“

**Vier Kernelemente für den Klimadialog im Landkreis**

Der Aufbau des Klimadialogs ähnelt ein wenig dem eines klassischen Online-Forums. Auf der Startseite erfahren die Besucher die neuesten Termine, Angebote und Aktionen aus dem und für den Landkreis. Eine Landkarte zeigt eine Übersicht, welche Projekte gerade in den jeweiligen Kommunen laufen. Außerdem gibt es die aktuellsten Pressemitteilungen des Landkreises und neue Beiträge aus dem Klimadialog nachzulesen.

Der eigentliche Klimadialog selbst besteht aus vier Kernelementen: Dialog, Projekt, Aktuelles, Pinnwand. Im „Dialog“ können Teilnehmer Meinungen austauschen und konkrete Fragen zu neuen Ideen diskutieren. Der Bereich ist Ort für freie Gedankenspiele, Geschichten und Wünsche. „Projekt“ informiert über laufende Projekte im Landkreis und bietet Platz, eigene Projekte vorzustellen oder gemeinsam Aktivitäten zu entwickeln. Unter „Aktuelles“ ist Platz für alle aktuellen Ankündigungen und besondere Ereignisse zu laufenden Aktivitäten und Projekten; der Bereich beinhaltet alle Termine, Veranstaltungen und besondere Neuigkeiten. Die „Pinnwand“ bietet Gelegenheit, nach Herzenslust zu tauschen, teilen, leihen, schenken und helfen. Sie ist der digitale Marktplatz für Nachbarschaftshilfe.

In allen Themenbereichen – mit Ausnahme der Pinnwand – finden sich bereits passende thematische Unterkategorien wie Abfallvermeidung, Klimaschutz für Kommunen sowie Unternehmen, nachhaltiges Bauen und Sanieren, Angebote zur Klimabilidung sowie diverse Unterpunkte zum Thema Mobilität.

**Individuelle thematische und ortsbezogene Schwerpunktsetzung möglich**

Um alle Möglichkeiten und Werkzeuge des Beteiligungsportals zu nutzen, ein Benutzerprofil mit Bild zu erstellen und Beiträge zu verfassen und zu kommentieren und Dokumente hochzuladen, müssen sich Nutzer einmalig kostenlos beim Klimadialog registrieren. Danach kann mit wenigen Klicks eine individuelle Nutzereinstellung konfiguriert werden. So ist es beispielsweise möglich, sich speziell über aktuelle Veranstaltungen und Projekte ausgewählter Orte oder ausschließlich zu bestimmten Themen informieren zu lassen.

Der Klimadialog soll künftig als

**Landkreis Pfaffenhofen:**

## Bildungsmagazin „Chancen“ mit dem Thema Inklusion erschienen

Das Bildungsbüro am Landratsamt Pfaffenhofen hat ein erstes Bildungsmagazin herausgegeben. Das Magazin „Chancen“ wird zu den Themenkomplexen, die 2016 auf der Bildungskonferenz als Arbeitsfelder für die Bildungsregion festgelegt worden sind, sachinhaltlich berichten.

Die erste Ausgabe beschäftigt sich mit der Säule „Kein Talent darf verloren gehen“, wobei die Landkreisbevölkerung 2016 hierbei bei der „Inklusion“ den größten Bedarf identifiziert hatte. „Im Landkreis Pfaffenhofen bleibt das Bekenntnis zur Inklusion nicht bloße Rhetorik. Gemeinsam arbeiten Vertreter der Wirtschaft, der Schule und der Sozialverbände daran, dass das inklusive Engagement in unserem Heimatkreis weiter wächst“, so Landrat Martin Wolf.

Das Magazin bietet eine Zusammenstellung rund um das Thema „Inklusive Bildung und Ausbildung im Landkreis Pfaffenhofen“. Neben allgemeinen Informatio-

**700 Jahre Rothenbuch:**

## Vitale Dorfgemeinschaft

Am 3. Juli 1318 schlossen der Mainzer Erzbischof Peter von Aspelt und der Würzburger Bischof Gottfried von Hohenlohe bei einer Konferenz „zu der Rodenboychen“ - an der Roten Buche - einen Vertrag über die Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen ab. Dies ist die erstmalige schriftliche Erwähnung des unterfränkischen Dorfes Rothenbuch (Landkreis Aschaffenburg) und ein guter Grund, ein ganzes Jahr lang dieses Jubiläum zu feiern.

Im Rahmen des Festabends der 700-Jahrfeier schlossen sich nach der Begrüßung durch Ersten Bürgermeister Gerd Aulenburg u.a. eine Jubiläumslaudatio von Landrat Dr. Ulrich Reuter sowie Grußworte von Aschaffenburgs Oberbürgermeister Klaus Herzog und Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer an. Letzterer verwies darauf, dass durch o.g. Ersterwähnung Rothenbuch heute zu den ältesten Orten des Innerspessarts zählt – mitten im Herzen des Spessarts und damit mitten in Deutschlands größtem Laubwaldgebiet.

**Geschichtsbewusstsein**

Rothenbuch ist durch seine kulturelle, wirtschaftliche und soziale Geschichte geprägt. Die Lage im Spessart sowie die Bedeutung als früheres Zentrum der kurmainzischen Forstverwaltung waren und sind laut Beinhofer identitätsstiftend für den Ort und seine Menschen. Durch die Teilnahme an dem europäischen, grenzüberschreitenden Projekt „Wege in die Europäische Kulturlandschaft“ habe die Region in den Jahren 2000 bis 2003 unter der Trägerschaft der Gemeinde Albersdorf im Kreis Dithmarschen (Schleswig-Holstein) und durch das professionelle Management des Archäologischen Spessart-Projektes in Aschaffenburg und Lohr gezeigt, dass sie geschichtsbewusst und gewillt ist, den großen Schatz der europäischen Kultur auch für die Zukunft fruchtbar zu machen.

Darüber hinaus ist Rothenbuch Teil des Europäischen Kulturwegs Hafenlohrtal, der unter dem Motto „Kulturlandschaft in Natur und Literatur“ steht und viele Schriftsteller, die sich mit dem Spessart befasst haben, zu Wort kommen lässt.

Die Entwicklung ländlicher Räu-

zentrales Projekt- und Veranstaltungswerkzeug für die Maßnahmen im Rahmen der 29++ Klima. Energie. Initiative. des Landkreises München genutzt werden. Insbesondere Projekte wie die Kampagne „regional – fair – bio“, die Klimabilidung für Kinder und Jugendliche oder die Bemühungen zur Zertifizierung als Fairtrade Landkreis sollen künftig auch über den Klimadialog vorangetrieben werden. □

me ist eine der Schwerpunktaufgaben der kommenden Jahre, um insbesondere die negativen Folgen des demographischen Wandels für diese Regionen abzumildern. Dass Rothenbuch hier bereits in der Vergangenheit viel getan und die Weichen für eine weiterhin erfolgreiche Zukunft gestellt hat, beweisen die zahlreichen Auszeichnungen beim Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“, mit dem besonders das Engagement der Dorfgemeinschaft, die Entwicklung des Ortes insgesamt voranzubringen, gewürdigt wird.

**Zweitätiges Dorffest**

Auch das bevorstehende Dorffest am 21. und 22. Juli, bei dem der gesamte Ortskern mit über 70 Ständen, diversen Ausstellungen und Programmpunkten einbezogen sein wird, ist Ausdruck dieser vitalen Dorfgemeinschaft. „Ein solches Jubiläum gelingt bei gerade einmal 1.800 Einwohnern nur mit Beteiligung nahezu aller Bewohnerinnen und Bewohner“, betonte Beinhofer. **DK**

**BAYERISCHE GemeindeZeitung**  
KOMMUNALPOLITIK • VERKEHR • SPORT • THEMA • BILDUNG

ISSN 0005-7045  
Fachblatt der KPv in Bayern

**Herausgeber:**  
Landrat Stefan Rößle

**Redaktion:**  
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)  
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst  
Jakob Döring  
Telefon 08171 / 9307-11

**Ständige Mitarbeiter:**  
Lutz Roßmann (Landtag)  
Jörg Kunstmann (KPv)  
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

**Anzeigen- und Vertriebs:**  
Constanze von Hassel (verantwortlich)  
Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 52 vom 01.01.2018  
Anzeigenschlusstermine:  
siehe Erscheinungs- und Themenplan

**Veranstaltungen:**  
Theresa von Hassel (verantwortlich)  
Telefon 08171 / 9307-10

**Erscheinungsweise:**  
22 Ausgaben jährlich  
(mit zwei Doppelausgaben)

**Jahresbezugspreis Inland:**  
€ 76,10 zzgl. MWST.

**Sammelo ab 10 Lieferanschriften:**  
(Abrechnung über eine Adresse)  
€ 38,25 zzgl. MWST.

**Sammelo ab 10 Zeitungen:**  
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

**Kündigung:**  
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

**Verlags- und Geschäftsleitung:**  
Anne-Marie von Hassel  
Constanze von Hassel  
Theresa von Hassel

**Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:**  
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:  
Postfach 825, 82533 Geretsried  
Paketanschrift:  
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried  
Telefon 08171 / 9307-11  
Telefax 08171 / 9307-22  
eMail: [info@gemeindezeitung.de](mailto:info@gemeindezeitung.de)  
Internet: [www.gemeindezeitung.de](http://www.gemeindezeitung.de)

**Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:**  
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:  
Anne-Marie von Hassel  
Constanze von Hassel  
Theresa von Hassel

**Druck und Auslieferung:**  
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG  
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg  
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

**Bezirkstag Oberpfalz:**

## Finanzspritzen für Kultur und Sport

Der Bezirk Oberpfalz unterstützt heuer mit mehr als 1,6 Millionen Euro Eigentümer denkmalgeschützter Häuser, Burgen und Schlösser, nichtstaatliche Museen, Festspiele, zahlreiche im Kulturbereich aktive Vereine und Institutionen sowie Sportverbände in der Oberpfalz. Größter Einzelposten bei den Zuschüssen ist mit gut einer Million Euro die Denkmalpflege.

Die Mitglieder des Kulturausschusses unter Vorsitz von Bezirkstagspräsident Franz Löffler bewilligten insgesamt 40.000 Euro für die Generalsanierung des Jüdischen Gemeindezentrums mit Synagoge in Regensburg und jeweils 40.000 Euro für die Sanierung der Spitalkirche St. Elisabeth in Sulzbach-Rosenberg und der historischen Stadelreihe in Königstein.

Im Rahmen des Burgen- und Schlösserprogramms erhält der Landkreis Amberg-Weizsach für die Generalsanierung des Kulturschlösses Theuern insgesamt 100.000 Euro, und für die Sanierung des Schlosses Haunritz (Gemeinde Weigendorf) stellten die Bezirksräte insgesamt 40.000 Euro zur Verfügung.

Im Landkreis Neumarkt i. d. OPf. werden mit jeweils insgesamt 40.000 Euro die Sanierung des ehemaligen Gasthauses „Bräustuben“ in Pyrbaum und in Neumarkt die Sanierung und den Umbau des „Schreiberhauses“ unterstützt. Zudem gehen 30.000 Euro nach Parsberg für die Sanierung und den Umbau des Bahnhofgebäudes samt Umfeld. Jeweils 40.000 Euro werden für den Umbau und die Sanierung des ehemaligen „Memory“ in Trabit (Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab) sowie für die Sanierung und Instandset-

zung eines historischen Stadthauses am Marktplatz in Neustadt a. Kulm zur Verfügung gestellt.

Den größten Einzelzuschuss bewilligten die Bezirksräte mit 42.600 Euro dem Verein Bavaria Bohemia in Schönsee (Landkreis Schwandorf) für sein Projekt „Barockregion Bayern Böhmen“, das noch bis 2020 läuft. Jeweils 40.000 Euro wurden für die Sanierung des ehemaligen Gefängnisturms „Fronfeste“ in Burglengenfeld und für die energetische Sanierung und Schaffung von Barrierefreiheit des Rathauses in Neukirchen-Balbini bewilligt. Ebenfalls 40.000 Euro gehen nach Kemnath (Landkreis Tirschenreuth) für die Sanierung des Rathauses.

**Breites Förderspektrum**

Rund 133.000 Euro schütten die Bezirksräte für die Bereiche Heimatpflege (25.000 Euro), Musikpflege (39.000 Euro), nichtstaatliche Museen (38.000 Euro) und Oberpfälzer Festspiele (27.000 Euro) sowie für Theater (3.700 Euro) aus. Unterstützt werden damit der Ankauf von Trachten und Instrumenten, elf Projekte der grenzüberschreitenden Kultur- und Heimatpflege, acht Konzertreihen, sechs nichtstaat-

liche Museen, acht Festspiele sowie die Stiftung Regensburger Domspatzen, der historische Verein für Oberpfalz und Regensburg und die Botanische Gesellschaft in Regensburg. Auch werden im Rahmen der Populärmusikförderung sieben Bands gefördert.

Ferner unterstützt der Bezirk Oberpfalz das Projekt „Barockregion Bayern Böhmen“ des Vereins Bavaria Bohemia in Schönsee (Kreis Schwandorf) mit 42.600 Euro. Das Projekt komme der Region kulturell und touristisch sehr zugute, begründete Löffler die Unterstützung des Bezirks.

Besondere Unterstützung erfährt auch dieses Jahr wieder der Sport in der Oberpfalz. Hierfür werden insgesamt über 131.000 Euro zur Verfügung gestellt, die für den Bayerischen Landesportverband und die Sportfachverbände auf Bezirksebene, für die Bayerische Sportjugend/Bezirk Oberpfalz und für das Projekt „BAERchen“ – Sportförderung für drei- bis sechsjährige Kinder sowie für die Oberpfälzer Schützen bestimmt sind.

Auf der Agenda des Kulturausschusses stand zudem die Benennung der diesjährigen Preisträger des Jugend-Kulturförderpreises und des Denkmalpreises. Dieser geht an das „Gelebte Museum“ in Mähring (Landkreis Tirschenreuth) und an die Auburg bei Barbing.

**Jugend-Kulturförderpreis**

Mit dem Jugend-Kulturförderpreis im Bereich Soziokultur wird das Gremium des Kepler-Gymnasiums Weiden für das Projekt „Naturphänomene im Grenzgebiet Oberpfalz und Karlsbader Region“ ausgezeichnet. Die Schüler tauschten sich mit tschechischen Schülern aus Marienbad über ihre gemeinsame Grenzregion aus und entdeckten sowohl gemeinsames in der Natur als auch im alltäglichen Leben.

In der Misch-Kategorie ästhetisch-künstlerisches Handeln und Soziokultur wurde die Albert-Schweitzer-Schule in Amberg für ihr langjähriges Engagement bei der Inklusion geehrt. An der Grundschule bestehen Partnerklassen mit der Grundstufe der Rupert-Egenberger-Schule, einer privaten Förderschule. Unter dem Motto „Anders ist normal – verschieden auch“ verbringen die Kinder etwa die Hälfte der Unterrichtszeit gemeinsam. Ein weiterer Preisträger ist die Mittelschule West in Neumarkt mit dem Kunst- und Literaturprojekt „Brücken bauen – Menschen begegnen“. Jede Schule erhält 1.000 Euro Preisgeld. **DK**

**Verwaltungsgemeinschaft Mammendorf:**

## Familienstützpunkt eröffnet

Das Angebot der Familienstützpunkte im Landkreis Fürstentfeldbruck wird stetig erweitert. Nach den Städten Fürstentfeldbruck, Puchheim, Germering und Olching hat die fünfte Anlauf- und Kontaktstelle in Mammendorf eröffnet.

Mit dem Familienstützpunkt für die Verwaltungsgemeinschaft Mammendorf ist der Landkreis dem Ziel einer flächendeckenden und gut zugänglichen Versorgung mit Angeboten der Familienbildung ein gutes Stück näher gekommen, meint Landrat Thomas Karmasin. „Familien stärken, da wo sie davon profitieren, heißt eben auch vor Ort sein, in räumlicher Nähe zu den Familien. Mit dem Familienstützpunkt wird auch der Westen des Landkreises mit eingebunden“, so Landrat Thomas Karmasin.

Träger ist das Brucker Forum, katholische Erwachsenenbildung im Landkreis Fürstentfeldbruck e.V., das sich seit vielen Jahren – insbesondere mit dem Eltern-Kind-Programm (EKP) – stark

in der Familienbildung im Landkreis engagiert.

Der neu eröffnete Familienstützpunkt ist auch als Anlaufstelle für alle Familien gedacht und bietet Information, Beratung und Veranstaltungen zu Themen rund um Erziehung und das Zusammenleben als Familie an. Ingrid Woller-Schleich, die Leiterin des Familienstützpunktes, betont: „Unser Angebot richtet sich an alle Familien, unabhängig von ihrer Lebensform, Konfession oder Nationalität.“ Besonders wichtig ist ihr die Erreichbarkeit: „Sollte der Weg aus den Gemeinden zum Familienstützpunkt nach Mammendorf für einzelne Familien nicht machbar sein, biete ich nach Absprache gerne eine mobile Sprechstunde vor Ort an.“ □



Ihr Ziel: Gemeinsam das Grüne Band Oberpfalz-Tschechische Republik zum Erfolg führen (v. l.): Alexander Flierl, MdL; Dr. Christian Barth, Amtschef des Bayerischen Umweltministeriums; Karl Holmeier; MdB; Jan Šíma, Umweltministerium der Tschechischen Republik; stellvertretender Landrat Markus Müller, Cham; Richard Mergner, 1. Vorsitzender des Bund Naturschutz in Bayern e.V.; Regionsrätin Mgr. Radka Trylčová, Region Pilsen; Landrat Andreas Meier, Neustadt a.d. Waldnaab; Regierungspräsident Axel Bartelt, stellvertretender Landrat Jakob Scharf, Schwandorf; stellvertretender Landrat Dr. Alfred Scheidler, Tirschenreuth und Bürgermeisterin Birgit Höcherl aus Schönsee. Bild: Markus Bauer

## Start für ein grenzüberschreitendes Juwel des Naturschutzes

Auftakt zur Machbarkeitsstudie „Grünes Band Oberpfalz – Tschechische Republik“

Das „Grüne Band“ in der Oberpfalz und in den Regionen Pilsen sowie Karlsbad mit Leben füllen. Dafür will die „Machbarkeitsstudie Grünes Band Oberpfalz – Tschechische Republik“ die Grundlagen schaffen. Bei der Auftaktveranstaltung im Centrum Bavaria Bohemia in Schönsee fiel der Startschuss, dabei wurden die bisherigen Schritte sowie die weiteren Planungen vorgestellt. Bis Ende des Jahres sollten konkrete Ergebnisse vorliegen.

Auf den bei der Sitzung des Bayerischen Kabinetts im April 2017 in Amberg eingebrachten entsprechenden Vorschlag wies Regierungspräsident Axel Bartelt in seiner Begrüßung hin. Im Juni 2017 habe er seinen Pilsener Amtskollegen dafür gewinnen können. Danach seien viele Gespräche geführt und dabei um Unterstützung gebeten worden. Die Erarbeitung der Machbarkeitsstudie wurde an das Planungsbüro Blum in Freising vergeben. „Das Grüne Band ist ein Mosaikstein im Rahmen des Zusammenrückens der beiden Staaten, Länder und Regionen; ein Beitrag, dass die Grenzen immer mehr verschwinden und wir das wieder verbinden, was über viele Jahrzehnte getrennt war“, schloss Regierungspräsident Bartelt seine Eröffnungsrede.

### Einzigartige Biotope

Aspekte aus dem Naturbereich stellte Dr. Christian Barth, Amtschef im bayerischen Umweltministerium, ins Zentrum seines Statements. „Hier konnten sich Rückzugsorte für seltene Tier- und Pflanzenarten entwickeln, einzigartige Biotope“, verdeutlichte er und lobte den

Bund Naturschutz für dessen gleich nach 1989 begonnenes Engagement in dieser Region. Konkret sollten bereits vorhandene Projekte gebündelt und neue umgesetzt werden, wovon auch der Tourismus profitieren könne. Von Anfang an sei, so Barth, die tschechische Seite mit ins Boot geholt worden.

Auf die Struktur des Projektgebietes in Tschechien ging Jan Šíma, Leiter des Sachgebiets Artenschutz im Umweltministerium der Tschechischen Republik, in seinem Statement ein. Die Fläche sei hier größer und habe sich nach 1945 anders entwickelt.

Der erst am Wochenende zuvor neu gewählte Vorsitzende des Bund Naturschutz in Bayern, Richard Mergner, charakterisierte in seiner Stellungnahme das „Grüne Band“ als „ein Herzensanliegen für den Bund Naturschutz“ seit 1989. Nun gehe es darum, diese „Erfolgsgeschichte aus dem Norden in der Oberpfalz zusammen mit den tschechischen Freunden fortzusetzen.“ Die Projektregion sei ein „toller Naturraum, ein kleines Schatzkästlein in der Oberpfalz“, so Mergner.

Das Konzept und den aktu-

ellen Stand der Studie erläuterte abschließend Dipl.-Ing. Peter Blum, Inhaber des Planungsbüros Blum. Aus drei miteinander zusammenhängenden Säulen setzt sich das Projekt zusammen: Biotopverbund und Biodiversität, historische Kulturlandschaft, naturverträglicher Tourismus. In diesen drei Bereichen wurden/werden Analysen und Bestandsaufnahmen gemacht und daraus Konzeptionen und Vorschläge erarbeitet. Darüber hinaus werden Einrichtungen, Behörden, Verbände, Vereine, Interessensgruppen usw. kontaktiert, um konkrete Kooperationspartner zu finden. Im letzten Schritt wird es um die Projektumsetzung – vor allem die Kostenschätzung und mögliche Träger – gehen. Das Ergebnis soll im Dezember vorliegen.

Markus Bauer

## Modellprojekte für die Zukunft der Region

Landkreis Rottal-Inn: Landkreis-Verwaltung hat gemeinsam mit Bürgern sieben Zukunftsvorhaben konzipiert

Das ist schon etwas Besonderes: Als einer von nur zwei Landkreisen – und nur einer von zwei verbliebenen bayerischen Teilnehmern – ist der Landkreis Rottal-Inn in der zweiten Phase beim „Wettbewerb Zukunftsstadt 2030+“ und blickt hoffnungsvoll auf die Auswahl der letzten acht Wettbewerber für die Phase 3.

Der Landkreis Rottal-Inn beteiligt sich bereits seit 2015 am Wettbewerb Zukunftsstadt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Am 30. Juni beendete der Landkreis Phase 2. Insgesamt sind von ca. 150 Bewerbungen nur noch 23 Kommunen (vorrangig größere Städte) in der aktuellen Phase.

Mit einer breiten Bürgerbeteiligung – etwa 600 Mitwirkende – während der vergangenen 18 Monate hat der Landkreis Rottal-Inn Modellprojekte entwickelt, die für die Herausforderungen der nächsten zehn Jahre von großer Bedeutung und darüber hinaus auch in andere Kommunen bundesweit übertragen werden können. Informationen dafür lieferten über 50 Veranstaltungen wie die Veranstaltungsreihe „Zukunftsorte bauen“, der Besuch des Campus Hagenberg, die Ausstellung „Hilfreiche Technik im Alter“, die Unternehmensbefragung sowie Gesprächsrunden mit Neubürgern während der vergangenen 1,5 Jahre. Zudem brachten zahlreiche Hochschulen und Universitäten Vorschläge für Rottal-Inn ein. Deren Erkenntnisse fließen in sieben Zukunftsvorhaben ein. Ein aktiver Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern zu Projektinhalten ist bereits während den Veranstaltungen erfolgt. Anfang



### Ehrung für Stadtrat Walter Zöllner

Für seine Verdienste um den Schwabinger Kunstpreis erhielt der Münchner Stadtrat Walter Zöllner von Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers eine Ehrenurkunde. Die Auszeichnung wurde dem „schwarzen Riesen“, wie der Kommunalpolitiker gerne genannt wird, anlässlich der Verleihung des Schwabinger Kunstpreises überreicht. Seit 40 Jahren ist Zöllner Mitglied des Kuratoriums dieses traditionsreichen Preises. Im Laufe der Zeit hat er bei der Auswahl von ca. 150 Preisträgerinnen und Preisträgern mitgewirkt. „Obwohl Walter Zöllner eigentlich unser politisches Schwergewicht in Sachen Stadtplanung ist, interessieren ihn durchaus alle Arten der Künste. Er ist ein ausgewiesener Kunst- und Kulturexperte, weshalb er sich schon lange Jahre im Kulturausschuss und in den zahlreichen Kunst-Jurys engagiert. Die Ehrenurkunde ist eine schöne Würdigung seines langjährigen Wirkens. Wir danken Walter Zöllner für sein kulturelles Engagement“, sagte Stadtrat Richard Quaas, kulturpolitischer Sprecher der CSU-Fraktion. □

GZ

GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Auch verlieren will gelernt sein. Und wer aus Niederlagen lernt, der legt das Fundament zu neuen Erfolgen.“ Mein Chef, der Bürgermeister, verlegt sich nach der 0:2-Klatsche gegen Südkorea und dem WM-Aus der Fußball-Nationalmannschaft aufs Philosophische.

Es bleibt ja auch fast nichts übrig, nachdem das große Fußballfest, das er mittels Großleinwand und Verpflegung mit der Stadt feiern wollte, nach drei Spielen schon in einem Mordskater endete. Tröstlich, dass nicht nur der Bürgermeister sich in dieser Hinsicht verschnitzelt hat, sondern viele andere auch. Die Werbesprüche in Funk und Fernsehen, die jetzt noch zum Kauf von Würsten oder Chips fürs Fußballgucken werben zeigen bitter, dass so eine Stolpererei auf in-

nen für das spätere Leben so wichtigen Felgaufschwung mal verpatzt, heißt es gleich: Das war nix, das kannst Du noch nicht. Streng Dich gefälligst an. In Amerika würde man hören: Nice try, try again. Netter Versuch, versuche es aber besser nochmal. Die Botschaft, dass was noch nicht so optimal lief, ist in beiden Fällen klar, aber in Amerika macht man die Schüler nicht so nieder.

Möglicherweise ist deshalb über dem großen Teich auch die Kultur des Scheiterns eine ganz andere als hierzulande. Dort gilt es nicht als Beinbruch, wenn mal ein Start-up kein Einhorn wird, sondern wie eine Primel eingeht. Try again. Bei uns wird man erst mal Liebling der Schufa und bekommt im Zweifel keinen Kredit mehr, wenn man wieder eine – jetzt vielleicht wirklich zukunftssträchtige – neue Idee hat. Deshalb ist Amerika das Land der Start-ups und Deutschland das Land der Sparbücher und Lebensversicherungen.

Vielleicht sollten auch wir Deutschen einmal anfangen, nicht mehr so nach Vollkommenheit zu streben, sondern zu erkennen, dass solange wir Menschen noch nicht von Algorithmen abgelöst sind, Fehler vorkommen werden, es Unzulänglichkeiten und Schwächen gibt. Dass aber auch jeder dieser Fehler eine Chance ist, es besser zu machen. Aus Fehlern kann man lernen.

Mein Chef, der Bürgermeister, wünscht sich, dass auch Politiker viel öfter in der Lage wären, mal einen Fehler zuzugeben. Insbesondere, wenn sie sich vor lauter Taktieren selbst in die Ecke gebracht haben. Statt mit den Füßen aufzustampfen und immer Recht haben zu wollen, würde ein „Das war ein Fehler“ nicht selten befreiend wirken. Und so manch einem politikverdrossenen Bürger sicherlich Respekt abnötigen. Die lebenskluge Marie von Ebner-Eschenbach liefert den passenden Kalenderspruch dazu: „Eine stolz getragene Niederlage ist auch ein Sieg.“

ihre  
Sabrina

### Aus Fehlern kann man lernen

ternationalem Rasen auch der Volkswirtschaft ganz schön ins Kontor schlägt.

Und dann die Reaktionen aus dem Ausland! Großbritannien hat ein neues Lehnwort: Schadenfreude. Die Mexikaner bieten den Südkoreanern verbilligte Urlaube an. Die Niederländer und Italiener, von deutschen Fußball Experten und solchen, die es sein wollen, ob ihrem Scheitern in der Vorrunde arg geschmäht, laden uns zur Loser-Liga ein. Selbst schuld. Wem ich den Triumph gönne sind die Schweden. Das ungehörige Verhalten von der deutschen Bank nach dem Sieg über die wackeren Nordmänner wäre nicht nur von meiner Mutter mit einem eiskalten „Hochmut kommt vor dem Fall“ zu quittieren gewesen.

Überhaupt muss man sich fragen, ob man in Deutschland noch mit Mäßigung gewinnen und mit Anstand verlieren kann. Wer erinnert sich nicht an das Pokalfinale 2018, als ein Spieler der unterlegenen Mannschaft sich sehr verächtlich hinsichtlich des zweiten Platzes zeigte. Motto: Der Zweite ist der erste Verlierer.

Aber das wird den Kindern ja schon im Sportunterricht so vorgelebt. Wenn man ei-

an der Projektumsetzung mitzuwirken, die ab 2019 geplant ist. Ab Herbst dieses Jahres haben haben die Bürger zudem die Möglichkeit, digital und jederzeit über die Online-Bürgerbeteiligungsplattform eigene Ideen für den Landkreis Rottal-Inn einzubringen.

Der Landkreis Rottal-Inn möch-

te sich für die Phase 3 bewerben und hofft laut jetzigem Zeitplan im Oktober 2018 als eine von acht Modellkommunen bundesweit ausgewählt zu werden. Mit der Bewerbung und mit den dabei in Aussicht gestellten Fördermitteln erhofft sich der Landkreis Rottal-Inn diese Projektvorhaben durchführen zu können. □



Unser Bild zeigt (v.l.): Thomas Rogler, Stadt Landshut; Carmen Roth, Transferagentur Bayern; Landrat Peter Dreier; Oberbürgermeister Alexander Putz und Dr. Tobias Schmidt, Transferagentur Bayern nach der Unterzeichnung der Zielvereinbarung. □

### Bei Bildung an einem Strang ziehen!

Für die Region Landshut ist Bildung ein wichtiger Standortfaktor. Vor dem Hintergrund des verstärkten Zuzugs in die Region, will die Stadt gemeinsam mit dem Landkreis eine übergreifende Bildungssteuerung einführen. Unterstützt werden sie dabei von der Transferagentur Bayern.

Ämterübergreifende Strukturen sollen die Koordination verbessern. Bestehende Kooperationsbeziehungen und -netzwerke zwischen Schlüsselakteuren im Bildungsbereich werden ausgebaut. Stadt und Landkreis Landshut bauen gemeinsam ein kommunales Bildungsmanagement auf.

„Themen wie demografische Entwicklung, Fachkräftemangel oder Digitalisierung beschäftigen Stadt und Landkreis gleichermaßen“, sagt Oberbürgermeister Alexander Putz. „Am besten können wir diesen Her-

ausforderungen gemeinsam begegnen.“ Landrat Peter Dreier umreißt die Ziele der Kooperation, die Vorbildcharakter besitzt: „Mit einer ganzheitlichen Bildungssteuerung wollen wir die Bildungsakteure in der Region besser koordinieren und die Bildungsangebote noch mehr auf die tatsächlichen Bedarfe der Bürgerinnen und Bürger hin abstimmen.“ Die übergreifenden Strukturen im Bildungsbereich, die in Landshut entstehen, können auch für die benachbarten Regionen interessant sein. □

# „Kommunen der Metropolregion Nürnberg investieren in Bildung“

100 Personalstellen für Bildungsmanagement in Nordbayern

**Bildung ist ein Schlüsselfaktor für eine prosperierende Region. Die Kommunen der Metropolregion Nürnberg haben das erkannt. 26 kommunale Bildungsbüros sind in den vergangenen drei Jahren entstanden.**

„Meine Kolleginnen und Kollegen in den Rathäusern und Landratsämtern wissen um den Stellenwert guter und gerechter Bildung. Deshalb wurden in den vergangenen drei Jahren in Nordbayern knapp 100 Personalstellen für kommunales Bildungsmanagement eingerichtet um Bildungsstrukturen vor Ort zu optimieren. Eine beeindruckende Erfolgsgeschichte!“, wie Andreas Starke, Ratsvorsitzender der Metropolregion Nürnberg und Oberbürgermeister der Stadt Bamberg betont.

Möglich wurden die Investitionen auch durch Förderunterstützung der „Transferinitiative für kommunales Bildungsmanagement“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Sie fördert den Strukturaufbau für Bildungsmanagement in der Region mit mind.estens 15 Millionen Euro in den Jahren 2014 – 2020. Zurückgegriffen werden konnte in vielen Kommunen auch auf Aktivitäten innerhalb der Landesinitiative „Bildungsregionen in Bayern“, die ebenfalls auf kommu-

nale Bildungssteuerung abzielt. Bildungsbüros bereiten wichtige Bildungskennzahlen auf, beraten politische Entscheidungs-trägerinnen und Entscheidungsträger und tragen durch Vernetzung aller relevanten Akteure dazu bei, Bildungsstrukturen vor Ort zu optimieren. Schon jetzt wurden viele Erfolge erzielt.

## Neue Online-Publikation

„Alleine in den letzten drei Jahren wurden in 14 Kommunen der Region Bildungskonferenzen durchgeführt und sind insgesamt 18 Publikationen mit kommunalen Fakten zum Thema Bildung erschienen. Diese Zahlen zeigen, dass wir uns aktiv den zukünftigen Bildungsherausforderungen stellen“, so Oberbürgermeister Starke.

Im Bamberger Rathaus stellte er kürzlich eine Online-Publikation vor, die Arbeit und Akteure in vielen Kommunen auch auf ein Gesicht gibt. Dabei half ihm eine „Wordcloud“, eine Schlagwort-Wolke, die in den Umrisen der Region die Schwerpunkte der

Arbeit der Bildungsbüros darstellt.

Auch der Landkreis Forchheim hat ein kommunales Bildungsbüro eingerichtet. Landrat Dr. Hermann Ulm war nach Bamberg gekommen, um von Ergebnissen zu berichten: Mit der Kampagne „FORlesen“ werden die Forchheimer zum Lesen animiert. Groß und



Einen Einblick in die Arbeit der Bildungsbüros in der Metropolregion Nürnberg gaben Bambergs Oberbürgermeister Andreas Starke (rechts), Forchheims Landrat Dr. Hermann Ulm (links) sowie die Geschäftsführerin der Metropolregion Nürnberg Dr. Christa Standecker.

Bild: Europäische Metropolregion Nürnberg

Klein greifen in der aktuell laufenden Fortbildungsreihe zur Leseförderung zu den Büchern. Daneben wirft das Bildungsbüro einen genauen Blick auf die Bildungslandschaft: „Mit unseren neuen Gemeindeprofilen, die aktuell erstellt werden, hat das Bildungsbüro eine neue Form des Bildungsberichts geschaffen, die auf unsere Besonderheiten als Landkreis eingeht. Wir wollen es jetzt genau wissen, bevor wir Entscheidungen z.B. im Kreistag treffen.“

Das freut auch Dr. Christa Standecker, Geschäftsführerin der Metropolregion Nürnberg. „Die Region lebt von den Kompetenzen und Talenten der Beschäftigten in Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Die Bildungsbüros optimieren den Boden, auf dem sich diese Talente entwickeln können. Mittlerweile zählen wir 26 Bildungsbüros in der Region. Die überwiegende Mehrheit ist in den letzten drei Jahren eingerichtet worden.“

In der Geschäftsstelle der Metropolregion Nürnberg ist, geför-

## Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt eine Einladung zum Forum Friedhof des Landesverbands Bayerischer Steinmetze bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

Landratsamt München:

## Zertifikat zum Audit berufundfamilie mit dauerhaftem Charakter

Seit 2008 verfolgt das Landratsamt München mit dem Audit berufundfamilie eine strategisch angelegte familien- und lebensphasenbewusste Personalpolitik. Nach zwei erfolgreichen Re-Audierungen 2011 und 2015 wurde dem Landratsamt München das Zertifikat dauerhaft durch die berufundfamilie Service GmbH verliehen.

„Aber wir ruhen uns natürlich nicht auf unseren Lorbeeren aus. Auch eine dauerhafte Zertifizierung beinhaltet eine kontinuierliche Weiterentwicklung dieses Managementinstruments, das mit verbindlichen Zielvereinbarungen einen fortlaufenden Prozess der Vereinbarkeit von Familie und Beruf steuert und neue Signale durch frische Impulse und Themen setzt“, so Gabriele Mahl, Fachbereichsleiterin Personal im Landratsamt.

## Auf Trends adäquat reagieren

Das Ziel ist es, auf Entwicklungen und Trends – sei es die Veränderung der Beschäftigtenstruktur, die Herausforderungen des Generationenmanagements oder der Digitalisierung – adäquat zu reagieren und diese im Sinne der Vereinbarkeit zu nutzen.

Die Arbeitswelt befindet sich in einer neuen Ausrichtung. Durch den demographischen Wandel entscheidet nicht mehr das Angebot, sondern die Nachfrage an Arbeitsplätzen über die Bedingungen. Und dies mit Bewerberinnen und Bewerbern, denen Angebote zu einem ausgewogenen Miteinander von Beruf- und Privatleben, guten Arbeitsbedingungen

oder Initiativen zur Gesunderhaltung am Arbeitsplatz noch wichtiger sind als monetäre Anreize.

Ziele, die das Landratsamt auf diesem Weg verfolgt:

- Die Förderung der Arbeitsfähigkeit und Gesundheit sowohl altersorientiert, also auf das gesamte Erwerbsleben bezogen, als auch altersorientiert mit der Fokussierung auf den Bedarf von Altersgruppen.

- Führungskräfte sollen verstärkt für eine gesunde, wertschätzende und mitarbeiterorientierte Führung, aber auch in Achtsamkeit und gesunder Selbstführung qualifiziert und sensibilisiert werden.

- Die Förderung des Wissensaustausches zwischen allen Beschäftigten, sowie die strukturierte Erfassung und Weitergabe von Wissen mit geeigneten Methoden.

„Für diese Ziele wurden bereits Maßnahmen, hinterlegt mit Meilensteinen, erarbeitet, und wir sehen uns auf einem guten Weg, auch weiterhin erfolgreich und für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamts München nicht nur ein interessanter, sondern auch achtsamer und zugewandter Arbeitgeber zu sein“, so Gabriele Mahl. □

## Vorschau auf GZ 14

In unserer Ausgabe Nr. 14, die am 19. Juli 2018 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunale Energiethemen
- Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV
- Öffentliche Beleuchtung · Straßenbeleuchtung
- Winterdienst-Planung · Kommunalfahrzeuge
- Fachliteratur für Kommunalpolitiker und Kommunalverwaltungen
- Kommunale Rechtsfragen

## LIEFERANTEN



## NACHWEIS

### Absperrpfosten



Heinkelstraße 44,  
71384 Weinstadt  
Tel.: 07151/99 51 643

**Hugo Knödler GmbH**  
www.apsederrpfosten.com

### Abzeichen



**Fahnen Koch**  
Thüringer Fahnenfabrik GmbH  
Querstrasse 8  
96450 Coburg  
Tel.: 09561-5527-0  
Fax: 09561-5527-23

### AVA-Software



orca-software.com

### Energiedienstleistung



erdgas schwaben

### Fahnenmaste + Fahnen



**Fahnen Koch**  
Thüringer Fahnenfabrik GmbH  
Querstrasse 8  
96450 Coburg  
Tel.: 09561-5527-0  
Fax: 09561-5527-23



Fahnen  
Maste  
Roll-Ups  
Bekleidung  
uvm.

### Fahnenmasten



Heinkelstraße 44,  
71384 Weinstadt  
Tel.: 07151/99 51 641

**Hugo Knödler GmbH**  
www.fahnenmast.com

### Gewerbebau



**Laumer Bautechnik GmbH**  
Bahnhofstr. 8  
84323 Masing  
Tel.: 087 24/88-0 Fax: 88-500

Kindergärten · Turnhallen · Mehrzweckhallen  
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume  
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de

### Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

**CONSTANCE VON HASSEL**  
Telefon 08171.9307-13  
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

### Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

**THERESA VON HASSEL**  
Telefon 08171.9307-10  
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

### Hydraulik Anbaukomponenten



Hydraulische Generatoren, Hochdruckwasserpumpen, Kompressoren, Schweißgeräte, Magnetenlagen, Straßen- und Rohrreinigungsanlagen, Vibrationspumpen, Staubbindungssysteme, Tauchpumpen, Bohrflüssigkeitspumpen

**PT-Hydraulik Vertrieb OHG**  
Untereggerstr. 15 · 86971 Peiting · Tel. +49 88 61/24 69-100  
info@pt-dynaset.de · www.pt-dynaset.de

### Kommunalfahrzeuge



## Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

**Henne Nutzfahrzeuge GmbH**  
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de  
**Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG**  
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de  
**Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge**  
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com  
**Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG**  
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de  
**Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG**  
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de  
**KLMV GmbH**  
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

### Kommunalfinanzierung

### Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de Bayern Labo

### Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

www.twitter.com/gz\_aktuell www.facebook.com/GZaktuell

### Nutzfahrzeuge



www.volkswagen-nutzfahrzeuge.de/kommunen-und-behoerden

### Schacht-Ausrüstungen



**Hailo-Werk GmbH & Co. KG** · Daimlerstr. 2 · 35702 Haiger  
Telefon: 02773 821256 · Fax: 02773 8212-18  
professional@hailo.de · www.hailo-professional.de

### Sitzmöbelhersteller



**KRENZER**  
Wir gestalten Räume.

**Walter Krenzer GmbH & Co KG**  
Sitz- und Polstermöbelfabrik  
Industriestraße 26  
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)  
Telefon: 02771/3208-0  
Telefax: 02771/3208-13  
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de  
www.krenzer-sitzmoebel.de

### Straßenbeleuchtung



**LEDiKit® Streetlight** **Laternix®**  
Digital LED-Upgrade bestehender Straßenleuchten mit Verstand und Verantwortung.  
Weitere Informationen:  
T 0861 90992040 www.laternix.de

### Weihnachtsbeleuchtung



**weihnachtsbeleuchtung**  
beratung · planung · vertrieb  
grünware · lichtschlauch · led  
bahnhofstraße 8  
91233 neunkirchen a. sand  
telefon: 09123/99 812 99  
telefax: 09123/99 812 98  
deko-jochum@t-online.de  
www.deko-jochum.de  
Vertragshändler für **Globe Star**  
Wir liefern in 8-14 Tagen -  
und das bis kurz vor Weihnachten!



LANDESVERBAND  
BAYERISCHER  
STEINMETZE



# FORUM FRIEDHOF



Jetzt kostenfrei  
anmelden!  
Diese Veranstaltung  
richtet sich an  
Mitarbeiter\* der  
Friedhofsverwaltungen,  
kommunale und  
konfessionelle  
Entscheidungsträger  
am Friedhof und  
Steinmetze.



NATUR  
STEIN

Jedes Stück ein Unikat  
[naturstein-unikat.de](http://naturstein-unikat.de)

# 27. Juli 2018

## Würzburg

### Hotel Melchior Park

\* Es sind stets Personen männlichen und weiblichen Geschlechts gleichermaßen gemeint; aus Gründen der einfacheren Lesbarkeit wird im Folgenden nur die männliche Form verwendet.

# PROGRAMM



Jetzt kostenfrei  
anmelden!

Foto: Margit Wild

- 10:30 Uhr Begrüßung und Vorstellung neuer Friedhofskonzepte –  
Organisation, Gestaltung, Durchführung  
Hermann Rudolph, stellvertretender Bundesinnungsmeister, Landesinnungsmeister Bayern,  
Vorsitzender des Arbeitskreises Grabmal im Bundesverband Deutscher Steinmetze
- 11:30 Uhr Neue BIV-Grabmalrichtlinie –  
Friedhofsrechtliche Hintergründe, Kernpunkte der Neufassung  
Raphael Holzer, Technische Informationstransferstelle,  
Bundesverband Deutscher Steinmetze
- 12:30 Uhr Mittagspause
- 13:30 Uhr Neue BIV-Grabmalrichtlinie – Technische Erläuterung  
Raphael Holzer, Technische Informationstransferstelle
- 14:15 Uhr Rechte und Pflichten rund um das Thema Sicherheit im Grabmalbereich –  
Erfahrungen der Friedhofsverwaltung Nürnberg  
Michael Gärtner, Friedhofsverwaltung Stadt Nürnberg
- 15:00 Uhr Abschlussrunde
- 15:15 Uhr Ende

## Anmeldung

Name \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

Berufliche Tätigkeit \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ / Ort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_



Per E-Mail an:  
info@liv-steinmetz.de

Per Fax an:  
069 / 57 60 90

Postalisch an:  
Landesverband  
Bayerischer Steinmetze  
Weißkirchener Weg 16  
60439 Frankfurt am Main